

thema. **M7**



Spuren jüdischen Lebens in Leipzig

Sammlung, Dokumentation und Projekte im Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig

Veröffentlichungen des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig
Im Auftrag der Stadt Leipzig herausgegeben von Volker Rodekamp

Danksagung	
	European Commission – Education, Audiovisual & Culture Executive Agency
	Kulturstiftung des Bundes
	Deutscher Museumsbund
	Fonds Erinnerung und Zukunft der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft
	Internationaler Museumsrat Deutschland
	Hieronymus-Lotter-Gesellschaft zur Förderung des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig e.V.
Titelfotos: <i>Olla Bamberger mit den Kindern Steffi und Henry, Foto um 1931</i> <i>Konfektionskaufhaus Bamberger & Hertz am Augustusplatz, um 1913</i> <i>Brennendes Kaufhaus Bamberger & Hertz in der Pogromnacht 1938</i> <i>(alle Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)</i>	
Impressum	
© Stadtgeschichtliches Museum Leipzig und Autoren 2007 Herausgeber: Dr. Volker Rodekamp, Direktor des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig Einrichtung der Stadt Leipzig Redaktion: Doris Mundus Gestaltung: TOUMAart / Gabine Heinze Druck und Herstellung: Merkur Druck- und Kopierzentrum GmbH Leipzig	
ISBN 978-3-910034-00-6	

Inhalt

Geleitwort / Dr. Georg Girardet	4
Vorwort / Dr. Volker Rodekamp	5
Juden in Leipzig. Ein geschichtlicher Überblick / Steffen Held	6

Sammlung und Dokumentation im Stadtgeschichtlichen Museum

Die jüdische Sammlung / Doris Mundus	8
Spuren jüdischen Lebens in der Fotothek / Christoph Kaufmann	12
Der jüdische Maler und Grafiker Eduard Einschlag in der Kunstsammlung / Ulrike Dura	14
Spurensuche / Dr. Andrea Lorz	16

Projekte

Das Fotoarchiv des Leipziger Fotografen Abram Mittelman / Dr. Andrea Lorz	24
„Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet. / Dr. Monika Gibas, Petra Knöller, Steffen Held	25
Die Deportation der Juden aus Leipzig in den Jahren 1942– 1945 / Steffen Held	59

Zeittafel zur Geschichte der Juden in Leipzig	88
Literaturverzeichnis	90

Geleitwort

Jüdisches Leben in Leipzig hat eine bis ins Mittelalter zurückreichende Geschichte.

Die Leipziger Messen, besonders des 17. und 18. Jahrhunderts, waren geprägt durch die jüdischen Kaufleute aus Osteuropa, die Leipzig zum Zentrum des europäischen Rauchwarenhandels machten. In Kunst und Kultur gab es zahlreiche berühmte Namen. Bekannte Verlage der Buchstadt Leipzig wurden von jüdischen Bürgern geführt. Juden traten als großzügige Stifter und Mäzene hervor. Sammlungen, Bildungs- und Sozialeinrichtungen und Bibliotheken der Stadt verdanken ihre Existenz jüdischen Stiftern.

Bis zum Machtantritt der Nationalsozialisten lebten Juden weitgehend integriert in die Zivilgesellschaft. Die Leipziger jüdische Gemeinde, einst die sechstgrößte Deutschlands, zählte 1933 etwa 12 000 Mitglieder. Die Verfolgung und Ermordung der nach der nationalsozialistischen Rassenideologie als Juden identifizierten Bürger ist das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte, auch der Stadt Leipzig.

Seit 1987 wird dieser wichtige Abschnitt der Leipziger Stadtgeschichte kontinuierlich wissenschaftlich aufgearbeitet. Quellen wurden und werden erschlossen, die Bibliotheken, Museen und Sammlungen nach ehemaligem jüdischen Besitz durchsucht, Eigentum zurückgegeben.

Das Stadtgeschichtliche Museum hat in den letzten Jahren eine Sammlung zum jüdischen Leben in Leipzig aufgebaut, zum Einen durch Sichtung der vorhandenen Sammlungen und Kennzeichnung der Stücke, die über jüdisches Leben in Leipzig Auskunft geben. Zum Anderen konnte durch den Aufbau und die intensive Pflege von Kontakten zu ehemaligen jüdischen Leipzigern bzw. deren Nachkommen die Sammlung durch Leihgaben und Schenkungen um wesentliche Stücke bereichert werden. Mit drei großen Projekten, gefördert mit Mitteln der Bundeskulturstiftung, der Europäischen Union und des Internationalen Stipendienprogrammes des Deutschen Museumsbundes zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, wurden und werden im Museum Forschungen zu jüdischer Geschichte und Kultur durchgeführt, die in Ausstellungen und Publikationen ihren Niederschlag finden.

Das Museum setzt mit seinen Aktivitäten Zeichen; es will Wissen über die Geschichte der Stadt und ihrer Menschen vermitteln und Auseinandersetzungen mit dem historischen Geschehen anregen. Dieser Band ist ein Baustein dazu.

Ich danke dem Stadtgeschichtlichen Museum unter Leitung von Dr. Rodekamp sehr herzlich für das große Engagement.

Dr. Georg Girardet

Bürgermeister und Beigeordneter für Kultur

Vorwort

Bis zum Jahr 1933 existierte in Leipzig ein vielgestaltiges jüdisches Leben, das in vielfältiger Weise auf das urbane Leben unserer Stadt ausstrahlte. Die Normalität jüdischen Lebens ging auch in der weltoffenen Messestadt mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und deren unmenschliche und judenfeindliche Politik zu Ende. Diesen Horizont hatte der Rabbiner Leo Baeck noch einige Zeit vorher hoffnungsvoll als eine Geschichtsepoche charakterisiert, „welche die Hoffnung, den Glauben und die Zuversicht beinhaltete, dass deutscher und jüdischer Geist auf deutschem Boden sich treffen und durch ihre Verbindung ein Segen werden könnte.“

Die Rigorosität des nationalsozialistischen Terrorregimes reichte von der Entrechtung und rücksichtslosen Verdrängung allen jüdischen Lebens bis hin zu massenhafter Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Dies bedeutete auch für Leipzig einen unwiederbringlichen Verlust und die Zerstörung eines wichtigen Teils seines kulturellen Erbes, das durch jüdisches Leben erkennbar geformt war. Gerade deren schöpferische Leistungen auf zahlreichen Gebieten des wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Lebens hatte Leipzig über Jahrhunderte hinweg gefördert und bereichert.

Das Stadtgeschichtliche Museum Leipzig hat im Jahr 1999 damit begonnen, die Geschichte der eigenen Sammlungen systematisch zu erforschen. Dabei wurde erkennbar, dass auch das Stadtgeschichtliche Museum Vieles großzügigen Stiftern und Mäzenen zu verdanken hat, darunter einigen, die zur Leipziger jüdischen Gemeinde zählten. Sie alle waren bekennende Leipzigerinnen und Leipziger, sorgten sich um das Gemeinwohl und waren interessiert an der Leipziger Stadtgeschichte. Besonders hilfreich auf dem Weg der Klärung waren die zahlreichen Kontakte mit und Hinweise und Anregungen von ehemaligen jüdischen Leipzigerinnen und Leipzigern. Sie unterstützten uns engagiert und vorbehaltlos dabei, die Geschichte des jüdischen Lebens in Leipzig der Vergessenheit zu entreißen und für eine junge nachgeborene Generation erlebbar und verstehbar zu machen. Unser Anspruch dabei ist, jüdisches Leben spätestens ab 2010 in der zeitgeschichtlichen Dauerausstellung des Stadtgeschichtlichen Museums zur Diskussion zu stellen als bedeutenden und integralen Bestandteil der Leipziger Stadtgeschichte.

Hierzu ist es notwendig, eigenständige Forschungsprojekte im Hause zu organisieren und durchzuführen. Für die finanzielle Unterstützung dieser Projekte bedanken wir uns bei unseren Förderern: der Bundeskulturstiftung, der Europäischen Union sowie dem Fonds ‚Erinnerung und Zukunft‘ in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Museumsbund und ICOM Deutschland.

Mit dem vorliegenden Band „Spuren jüdischen Lebens in Leipzig“ liegt ein Zwischenbericht unserer Forschungsprojekte vor. An dieser Stelle danke ich den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtgeschichtlichen Museums sowie unseren Projektpartnern Dr. Andrea Lorz, Dr. Monika Gibas, Petra Knöller und Steffen Held. Uns alle verbindet das persönliche Anliegen, jüdische Geschichte und Kultur in Leipzig zu würdigen und lebendig zu halten.

Dr. Volker Rodekamp

Direktor

Juden in Leipzig. Ein geschichtlicher Überblick

Steffen Held

Eine Mitteilung in einer jüdischen Quelle deutet auf die Anwesenheit von Juden in Leipzig in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts hin. 1349 wurden die Juden wahrscheinlich vertrieben. Wenige Jahre später erfolgte eine Neuansiedlung. Ende 1364 lebten mindestens drei jüdische Familien in Leipzig. Im 14. und 15. Jahrhundert bildeten die Juden in Leipzig keine eigene Gemeinde. Es handelte sich um eine jüdische Siedlung. Einen jüdischen Friedhof, eine der wichtigsten Einrichtungen einer jüdischen Gemeinde, besaßen die Juden nicht. Sie lebten separiert von der christlichen Gesellschaft. Die Juden blieben Fremde. Im zweiten Drittel des 15. Jahrhunderts kam es in Sachsen zu umfassenden Vertreibungen. Ein letzter Hinweis auf in Leipzig ansässige Juden datiert aus dem Jahr 1446. Doch Juden verschwanden nicht gänzlich aus dem Stadtbild. Es ist eine Besonderheit Leipzigs, dass zwar im 16. und 17. Jahrhundert keine Juden in Leipzig lebten, aber dreimal jährlich zu den Messen jüdische Kaufleute, Händler und Hausierer in großer Zahl für mehrere Wochen Leipzigs Straßen bevölkerten.

In Leipzig fehlte die Tradition einer Jüdischen Gemeinde im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Als 1710 der sächsische Kurfürst Friedrich August I. einen Schutzbrief für den jüdischen Kaufmann Gerd Levi aus Hamburg ausstellte und ein dauerhaftes Niederlassungsrecht aussprach, begann die neuzeitliche Geschichte der Juden in Leipzig.

Die Zahl der jüdischen Einwohner wurde aber klein gehalten. So lebten um 1733 etwa 30 Juden in Leipzig. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts blieb die Zahl der ansässigen Juden gering. Erst 1814 gelang es der jüdischen Kaufmannschaft aus dem galizischen Brody vom Rat der Stadt Leipzig die Zustimmung zur Anlegung des ersten jüdischen Friedhofs in Leipzig zu erwirken. Staatliche, kommunale und wirtschaftliche Restriktionen bestimmten lange Zeit das gesellschaftliche Auftreten der Juden. Nach den innenpolitischen Veränderungen im Königreich Sachsen seit 1830 gingen Regierung und Landesverwaltungen daran, auch ihre Vorgehensweisen gegenüber den Emanzipations- und Verbürgerlichungsbestrebungen der Juden zu modifizieren. Ein Gesetz von 1837 gestattete die Gründung von Jüdischen Gemeinden in Dresden und Leipzig. Der Gründungsprozess der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig fand am 2. Juni 1847 seinen Abschluss. Nach nur einjähriger Planungs- und Bauzeit konnte am 10. September 1855 die von dem Semperschüler Otto Simonson geschaffene Hauptsynagoge an der Gottschedstraße geweiht werden.

Zwei Ereignisse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts übten eine bahnbrechende Wirkung auf die Entwicklung jüdischen Lebens in Leipzig aus. Es waren die sächsische Gewerbeordnung von 1861 und die Aufhebung der Niederlassungsbeschränkungen für Juden durch die sächsischen Ausführungsbestimmungen zur Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1867. Daraufhin zog Leipzig mehr und mehr jüdische Kaufleute an.

Während der Leipziger Messe hatten die jüdischen Pelz- und Fellhändler aus Polen und Russland vor allem in den Herbergen am Brühl logiert. Dort befanden sich auch die Geschäftslokale und die Lagerräume. In kleinen Betstuben wurden die Gottesdienste gefeiert und zum Sukkot (Laubhüttenfest) in den Handelshöfen Laubhütten errichtet. Allmählich entwickelte sich der Brühl und die angrenzenden Straßen zum Mittelpunkt des jüdischen Handelsverkehrs. Den unteren östlichen Teil dieses Straßenzugs nannten die Leipziger den „Judenbrühl“. Als sich dann im Laufe des 19. Jahrhunderts die jüdischen Rauchwarenhändler etablierten, wurde der Brühl zum Synonym für Leipzig als Zentrum des internationalen Rauchwarenhandels. Kennzeichnend wurde die Zuwanderung von Juden aus Osteuropa. Im Rauchwarenhandel und den Kürschnereien, aber auch in anderen Branchen war ein jüdisches Proletariat zu Hause. Hier stellte Leipzig eine Besonderheit dar.

Nach dem Ersten Weltkrieg gingen in steigendem Maße antisemitische Parteien und Verbände mit gewaltbereiten Mitgliedern und Sympathisanten aggressiv gegen Juden vor. Im Jahre 1922 war in Leipzig eine NSDAP-Ortsgruppe gegründet worden. Andererseits wurden in der Weimarer Republik, der Blütezeit jüdischen Lebens in Leipzig, gesellschaftliche Barrieren im Zusammenleben von nichtjüdischen und jüdischen Bürgern, die im Kaiserreich bestanden hatten, aufgeweicht. Bedeutende wohltätige Stiftungen und Bauwerke wurden während der republikanischen Jahre geschaffen. Hervorzuheben sind das Israelitische Krankenhaus – Eitingon-Stiftung, das Israelitische Altersheim – Ariowitsch-Stiftung, die Ez-Chaim-Synagoge und der Neue Israelitische Friedhof.

Die Nationalsozialisten brachen nach dem 30. Januar 1933 sukzessive mit scheinbar fest verankerten zivilisatorischen Prinzipien. Nach der Einbeziehung in die Regierungsverantwortung ging die NSDAP gegen die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung vor; zugleich begannen die Nationalsozialisten mit einer rassenideologischen Durchdringung der Gesellschaft. Nach der Ausschaltung der parteipolitischen Gegner rückte nun ein antijüdisches Vorgehen ins Zentrum der Innen- und Außenpolitik des NS-Staates. Mit einer rassistischen Stoßrichtung sollten die Juden systematisch aus der „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen werden. Auftakt zu einem umfassenden antijüdischen Vorgehen war der Boykott jüdischer Geschäfte, Anwaltskanzleien und Arztpraxen am 1. April 1933. Es folgten Berufsverbote für jüdische Beamte, Hochschullehrer, Rechtsanwälte und Notare. In Leipzig wurden etwa 15 000 Männer, Frauen und Kinder als Juden identifiziert und verfolgt.

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, der so genannten Reichspogromnacht, wurden die Hauptsynagoge in der Gottschedstraße und die Ez-Chaim-Synagoge in der Otto-Schill-Straße zerstört. Weitere Brandstiftungen erfolgten auf dem Neuen Israelitischen Friedhof und im Kaufhaus Bamberger & Hertz am Augustusplatz. Fast alle Synagogen und Bethäuser, die jüdische Schule, mehrere Geschäfte und Wohnungen von Juden wurden geplündert. SA-Männer ermordeten den jüdischen Arzt Felix Benno Cohn. Im Laufe des 10. November 1938 wurden etwa 550 Leipziger Juden verhaftet und etwa 400 von ihnen in die Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt.

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939 verschärften die Nationalsozialisten in der antijüdischen Politik ihr Vorgehen drastisch. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurde im Reichssicherheitshauptamt ein unvorstellbarer Mordplan entwickelt. Es begann die Vernichtung der Juden Europas. Am 21. Januar 1942 erfolgte der erste Transport von Juden aus Leipzig nach Riga. Bis 1945 gingen weitere Transporte nach Belzyce, Auschwitz und Theresienstadt. Etwa 2000 Männer, Frauen und Kinder jüdischer Herkunft wurden von 1942 bis 1945 aus Leipzig deportiert, und nur etwa 220 von ihnen überlebten und kehrten zurück.

Unmittelbar nach dem Ende des Krieges begründeten die wenigen in Leipzig verbliebenen Juden die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig neu. Durch die Rückkehr der Überlebenden aus dem Sonderghetto Theresienstadt, dem Konzentrationslager Buchenwald und einigen anderen Lagern sowie jüdische Überlebende, die es nach Leipzig verschlagen hatte, auch Juden aus Polen, wie die späteren Gemeindevorsitzenden Eugen Gollomb und Aron Adlerstein, entstand wieder jüdisches Leben. Bis Juli 1949 stieg die Mitgliederzahl der Jüdischen Gemeinde auf 340 Personen. Seit 1948/49 wurden die Juden von der Staatspartei SED mit Misstrauen betrachtet, und Ende 1952 setzte eine antizionistische und antisemitische Kampagne ein, die zur Flucht vieler Juden aus Leipzig führte. In den folgenden drei Jahrzehnten erhielt die kleine Jüdische Gemeinde von staatlichen Stellen zwar materielle Unterstützung, sie kam aber in der politischen Kultur und Öffentlichkeit der DDR fast nicht mehr vor. Die Jüdische Gemeinde in Leipzig war zuletzt überaltert, und eine schleichende Auflösung war zu befürchten. Nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten kamen die ersten Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Leipzig. Dieser Zuzug, der weiter andauert, legte das Fundament für eine Renaissance jüdischen Lebens. Heute zählt die Jüdische Gemeinde etwa 1300 Mitglieder. Ein Rabbiner und eine Religionslehrerin tragen Sorge, dass sich das religiöse Leben vertieft und verbreitert. Seit Dezember 2005 trägt ein Thora-Zentrum zur Verbreitung jüdischen Wissens bei, und im Januar 2006 öffnete ein jüdischer Kindergarten seine Pforten.

Seit 1988 wird in Leipzig wieder öffentlich an die jüdische Geschichte erinnert. Nach der Wiedervereinigung hat die Stadtverwaltung in vielfältiger Weise die Erinnerung an die Geschichte und Kultur der Juden und das Gedenken an die Opfer des Holocaust befördert. Seit 1995 findet zweijährlich die „Jüdische Woche“ statt. Im Mittelpunkt steht eine Gruppe jüdischer Bürger, die für eine Woche ihre frühere Heimatstadt besuchen. Im Jahre 2001 konnte am Ort der in der Reichspogromnacht zerstörten Hauptsynagoge das Große Mahnmal für die jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft eingeweiht werden.

Ein neues Kapitel nachbarschaftlicher Begegnungen zwischen Juden und anderen Leipzigern knüpft sich an die Eröffnung des Kultur- und Begegnungszentrums „Ariowitsch-Haus“ in der Hinrichsenstraße am 9. November 2007.



Die jüdische Sammlung

Doris Mundus



Judenstern
zum Aufnähen auf die Kleidung,
1940er Jahre
(alle Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)

Im Stadtgeschichtlichen Museum gab es keine spezielle Sammlung zur jüdischen Geschichte und zum jüdischen Leben in Leipzig. Die wenigen vorhandenen bekannten Judaica waren, wie üblicherweise in Museen, nach Materialgruppen in den Sammlungen untergebracht. Die Mesusa aus der Synagoge in der Gottschedstraße z. B. lagerte folgerichtig in der Metallsammlung, der auf die Kleidung aufzunähende „Judenstern“ in der Textilsammlung. Es gab auch nur bei den tatsächlichen jüdischen Kultgegenständen diesbezügliche Kennzeichnungen auf den Karteikarten – um Spuren jüdischen Lebens in den Museumssammlungen zu finden, musste man wissen, wonach man konkret suchte.

Mit dem Einsatz der elektronischen Datenerfassung im Museum kam der Museumsdokumentation ein neuer Stellenwert zu. Mit Hilfe der EDV, hier konkret mit der Museumssoftware GOS, konnten nun die Daten der Objekte in einer Datenbank verknüpft und zusammen geführt und bisher nicht bekannte oder verschüttete Informationen wieder sichtbar gemacht werden. Es ist nun möglich, Schnittstellen in den Sammlungen zu finden.

Konnte man bisher zum Beispiel in der Autographensammlung mit Hilfe der Karteikarten die Schreiber recherchieren, ist es jetzt möglich, auch die Adressaten und die in den Briefen und Dokumenten erwähnten Personen, Ereignisse und Orte zu finden. Gemälde sind nun nicht mehr nur unter dem Namen des jeweiligen Künstlers verzeichnet, sondern auch unter dem dargestellten Ort oder bei Porträts unter dem Namen des Porträtierten.

Im Jahr 1999 wurde in einem ersten Schritt mit der „Spurensuche“ begonnen, mit dem Ziel, Zeugnisse jüdischen Lebens in den Sammlungen aufzufinden. Dafür mussten sowohl die Sammlungen als auch die Rapportbücher (Eingangsbücher) mit folgender Fragestellung durchsucht werden: Was ist an ehemaligem jüdischen Eigentum vorhanden, woher und unter welchen Umständen ist es ins Museum gekommen? Bücher in der Bibliothek wurden nach Exlibris und Stempeln, Gegenstände nach ihrer ursprünglichen Herkunft und Nachlässe nach Besitz- bzw. Eigentumsverhältnissen durchsucht. Gab es Ankäufe jüdischen Besitzes und Eigentums und wenn ja, von wem? War es vom Eigentümer selbst verkauft worden, unter welchen Bedingungen, oder zum Beispiel vom Auktionshaus Klemm, das nachweislich „arisiertes“ jüdisches Eigentum versteigert hatte? Waren es Schenkungen; wenn ja, gab es darüber einen Schenkungsnachweis?

Um es hier vorweg zu nehmen: In den Sammlungen gab es nur spärliche Hinweise auf eventuell unrechtmäßig erworbenes jüdisches Eigentum; auch die Akten des Staatsarchivs Leipzig gaben darüber keine Auskunft. Erst bei den Arbeiten an der Ausstellung „Arisierung“ in Leipzig und nach Auswertung der Akten im Sächsischen Staatsarchiv Dresden konnten in den Beständen einige wenige Stücke nachgewiesen werden, die 1941 vom Auktionshaus Klemm erworben worden waren. Sie werden jetzt den Erben zurückgegeben (vgl. hierzu Beitrag „Arisierung“ in Leipzig, S. 25).

Voraussetzung für die erste Suche in den Sammlungen war die Kenntnis jüdischen Lebens in Leipzig, Kenntnis von Namen und Schicksalen, von Firmen und Institutionen. Die Historikerin Dr. Andrea Lorz wurde mit dem Projekt betraut, und ihrer Kompetenz und Energie ist es zu danken, dass in relativ kurzer Zeit erste Ergebnisse vorlagen.

(vgl. Beitrag Lorz: *Spurensuche*, S. 16). Sie recherchierte in Leipziger Archiven, um Namen und Familien- bzw. Firmengeschichten ausfindig zu machen; im Museum durchsuchte sie die Sammlungen Kunst (Porträts, Grafik), Münzen und Medaillen, Alltagskultur, Stadt- und Landesgeschichte mit Sondersammlungen (Urkunden, Plakate, sog. „Grüne und Blaue Kästen“, Exlibris, Nachlässe), Musik (hier war vor allem der Nachlass Barnet Licht von Bedeutung) und die Bibliothek (Firmengeschichten, Zeitungsausschnittsammlung, Nachlässe, Bücher mit Exlibris).

Durch diese Spurensuche konnten etliche Stücke der Museumssammlungen jüdischen Lebenskreisen zugeordnet werden. Dabei ging es nicht in erster Linie um jüdische Kultgegenstände, sondern um Alltagskultur, um Gegenstände oder Papiere, die in einem jüdischen Lebenszusammenhang standen bzw. stehen. Dazu können Schulbücher gehören, die mit dem Stempel einer jüdischen Schule versehen sind oder Kleiderbügel, die man mit eingepackt bekam, wenn man ein Kleidungsstück bei Bamberger & Hertz oder im Kaufhaus Gebrüder Held kaufte.

Der zweite und, wie sich zeigte, wesentlich wichtigere Schritt war die Kontaktaufnahme und -pflege zu ehemaligen jüdischen Leipzigern bzw. deren Nachfahren, um Informationen über die Familien und – wo möglich – Zeugnisse ihres Lebens in die Museumssammlung zur dauerhaften Aufbewahrung zu bekommen. Auch hier war die Projektverantwortliche Dr. Andrea Lorz ein Gewinn für das Museum und damit für die Erhaltung wichtiger Zeugnisse für die Erinnerung und die Erforschung jüdischer Geschichte. Kontinuierlich und mit viel persönlichem Einsatz baute sie schon bestehende Kontakte aus, bahnte neue an und pflegte diese. Ihr sind eine große Zahl jüdischer Lebensspuren im Museum zu verdanken.

Der sachgerechten Aufbewahrung und Dokumentation jüdischer Lebenszeugnisse ging eine Diskussion voraus: Soll eine eigene Sammlung angelegt werden, oder übernehmen wir die Zeugnisse wie bisher in die bestehenden Sammlungen und kennzeichnen sie nur entsprechend? Vor dem Hintergrund, dass die Leipziger Geschichte bis zum Holocaust untrennbar mit dem Leben und den Leistungen der jüdischen Leipziger verbunden war und keinesfalls getrennt zu betrachten ist, hätte sich Zweites angeboten. Im Interesse einer besseren Auffindbarkeit entschieden wir uns jedoch für eine separate Sammlung „Jüdisches Leben“ als Sondersammlung des Bereiches Stadt- und Landesgeschichte. „Jüdisches Leben“ deshalb, weil keinesfalls nur jüdische Kultgegenstände und Judaica aufgenommen werden sollten, sondern ebenfalls alles, was im Weitesten mit jüdischem Alltag zu tun hatte.

Im Verlauf von wenigen Jahren konnte so die Sammlung zur Geschichte des jüdischen Lebens in Leipzig aus bestehenden Sammlungen aufgebaut und um wertvolle Zeugnisse erweitert werden.

Eines der Glanzstücke der Sammlung ist die Mesusa aus der Synagoge in der Gottschedstraße, gefunden 1968 bei Bauarbeiten. Mesusa wird im Hebräischen die am Türpfosten angebrachte Schriftkapsel genannt. Der jüdische Brauch geht auf die Abschnitte in der Thora zurück, in denen steht: „Du sollst die Worte, die ich dir heute sage, schreiben an die Pfosten deines Hauses und an deine Türe“ (5. Moses 6,9 und 11,20). Es werden zwei Abschnitte aus dem Schma auf ein Pergament geschrieben, auf



Trinkglas.
Werbeaufdruck des Kaufhauses Held,
1925
(Foto: Christoph Kaufmann)



Schmetterling.
Kundenzeitschrift des Kaufhauses Held,
Mitte der 1930er Jahre



Mesusa
vom Türpfosten der Synagoge
in der Gottschedstraße,
1968 bei Bauarbeiten gefunden
(Foto: Stephan Waldek)



Einlasskarte zur Einweihung der Synagoge in der Gottschedstraße, 10. September 1855



Tallit-Tasche. Tasche für den Tallit, das Gebetstuch, das gläubige Juden über dem Kopf tragen



Kippah. Als Zeichen des Respekts vor Gott bedecken die Juden während des Gebets ihren Kopf mit einer Kippah (Gebetskappe). Diese ist aus blauem Samt, silberbestickt



der Rückseite das Wort Schadaj (Allmächtiger), und aufgerollt in einen kleinen Behälter, meist aus Metall, am Türpfosten angebracht. Ebenso erwähnenswert ist eine Menora, der siebenarmige Leuchter der jüdischen Liturgie, eine blaue Gebetstasche (Tallit) mit aufgesticktem Davidstern und eine Kippah, ein Käppi aus blauem Samt. Doch meist sind es die Alltagsgegenstände, die nichts Besonderes an sich haben, außer dass sie einst jüdischen Leipzigern gehörten oder einer jüdischen Firma oder aus einem jüdischen Kaufhaus stammen, die Leipziger jüdische Stadtgeschichte erzählen. Beispielhaft dafür seien hier genannt: der Hochzeitsanzug eines Leipzigers, der 1931 im Kaufhaus Bamberger & Hertz gekauft wurde, ein von einem jüdischen Mädchen handgestrickter Topflappen, Tragegriffe für Einkaufspakete des Kaufhauses Ury Gebrüder, der Lehrplan für die Volksschule der Stadt Leipzig mit dem Stempel der Israelitischen Volksschule. Ebenso gehören dazu eine Einlasskarte zur Einweihung der Leipziger Synagoge von 1855, der „Schiffs-Koffer“ aus den 1920er Jahren, mit dem der Buchenwald-Überlebende Rolf Kralovitz nach Amerika auswanderte, ein Trinkglas mit dem Werbeaufdruck „Kaufhaus Held“, eine Tasse mit der Aufschrift „Kosher“ und viele persönliche Papiere und Fotos von jüdischen Leipzigern, die diese dem Museum dankenswerterweise überlassen haben. Oft sind es die einzigen Erinnerungen an die Familie, an Freunde und Bekannte, an die alte Heimat. Um so dankbarer sind wir für das Vertrauen, das uns ehemalige Leipziger und deren Nachkommen entgegenbringen. Unter dem Schlagwort Judentum finden sich in der Datenbank des Museums (Intranet) mittlerweile insgesamt 669 Datensätze; in der Jüdischen Sammlung sind 204 Objekte versammelt. Die Differenz von 465 Objekten – Bücher, Fotos, Kunstwerke, Autographe, Textilien, Dokumente – ergibt sich daraus, dass diese in ihrem ursprünglichen Sammlungszusammenhang belassen und „nur“ per Schlagwort gekennzeichnet wurden. Gemälde von jüdischen Künstlern blieben in der Gemäldesammlung; Briefe von Felix Mendelssohn Bartholdy in der Autographensammlung, Noten von Meyerbeer in der Musik- und Theatersammlung, um nur einige zu nennen.

Die Sammlungen sind in der Regel am Benutzercomputer der Bibliothek dienstags bis donnerstags von 14 bis 18 Uhr recherchierbar. Der Dienstag ist Servicetag in den Sammlungen; man kann auf Anmeldung von 10 bis 17 Uhr in den Sammlungen bzw. mit den Kuratoren arbeiten.

Eintrittskarte zum Seder-Abend der Israelitischen Gemeinde zu Leipzig 16. April 2003. Der Seder-Abend ist der Auftakt des jüdischen Pessach-Festes.



Jahrzeitafel. Gedächtnistafel für Israel Gersten, gestorben 16. März 1915



Papiere von Rosalie Cohn aus der DDR-Zeit (vgl. dazu S. 75)



Spuren jüdischen Lebens
in der Fotothek des
Stadtgeschichtlichen Museums

Christoph Kaufmann

In der Fotothek des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig findet man in den verschiedensten Sammlungen wenige, aber bedeutsame Spuren jüdischen Lebens.

Es war die erste Berufsfotografin in Leipzig, Bertha Wehnert-Beckmann, in deren Atelier auch Juden als Kunden verkehrten. Aus dem leider nur sehr lückenhaften Material ihres Nachlasses, das fast ausschließlich aus Studioaufnahmen besteht, lassen sich bedeutende jüdische Familien herausfiltern. Dazu gehören Familien mit den Namen Auerbach, Byk, Cohn, Goldschmidt, Magnus, Rosenstock, Rosenthal, Rosenzweig. Sicher zugeordnet werden konnte auch ein Porträt von Professor Moritz Lazarus .

Zu den wenigen Architekturaufnahmen, die von Wehnert-Beckmann überliefert sind, gehört das bislang älteste Foto der Hauptsynagoge in der Gottsched-/ Ecke Zentralstraße. Das Glasnegativ, das um 1860 entstanden ist, zeigt die Synagoge im ursprünglichen Erbauungszustand etwa 5 Jahre nach der Einweihung. Weiterhin existiert noch eine Stereoaufnahme mit diesem Motiv.

Von dem Altmeister der Leipziger Architekturfotografie, Hermann Walter, gibt es zahlreiche Fotografien von Gebäuden, in denen sich Geschäfte jüdischer Leipziger befanden. Diese waren vorwiegend am Brühl und in der Nikolaistraße zu finden, wo sich der Rauchwarenhandel konzentrierte. Leider besitzt das Stadtgeschichtliche Museum keine Aufnahme der Hauptsynagoge in der Gottschedstraße von Hermann Walter. An diesem Sakralbau wurden in der Schaffenszeit des Fotografen keine wesentlichen baulichen Veränderungen vorgenommen, die aber für Hermann Walter eine Bedingung für Architekturaufnahmen waren. Nach dem Tod Hermann Walters im Jahre 1909 wurde die Firma von seinem Sohn fortgeführt. In dieser Zeit entstanden die wertvollen Glasnegative mit den Abbildungen der Geschäftshäuser



Prof. Moritz Lazarus,
Völkerpsychologe (1824–1903),
1864
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig,
Foto: Bertha Wehnert-Beckmann)



Synagoge in der Gottschedstraße,
um 1860
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig,
Foto: Bertha Wehnert-Beckmann)

von Bamberger & Hertz am Augustusplatz, Ury Gebrüder am Königsplatz (heute Wilhelm-Leuschner-Platz) und der Gebrüder Finkelstein am Brühl. Zu den bedeutendsten Objekten der Sammlung der Fotothek aus diesem Zeitraum zählen zwei Glasnegative der Ez-Chaim-Synagoge in der Otto-Schill-Straße. Die Synagoge ist als Postkartenmotiv dreimal in der Sammlung vertreten, wobei eine Kombination von Synagoge, Matthäikirche und Nikolaikirche sicher eine ungewöhnliche Komposition darstellt.

In den 1920er Jahren wurden vergleichsweise wenige Fotografien in die Sammlung des Museums aufgenommen. Da die Nationalsozialisten ihr verbrecherisches Treiben gegen jüdische Bürger vorwiegend im Schutze der Dunkelheit der Nacht durchführten und auch am Tag nicht unbedingt beobachtet werden wollten, gibt es kaum unmittelbare Aufnahmen. Doch gibt es einige wenige Fotodokumente mutiger Leipziger, die Ausschreitungen gegen jüdische Leipziger mit ihrer Kamera im Bild festhielten. Dazu gehören Aufnahmen vom Boykott jüdischer Geschäfte, hier der Kaufhäuser Held und Joske, im April 1933. Weiterhin befinden sich Fotos von den Brandstiftungen und Zerstörungen in der Reichspogromnacht vom 9. zum 10. November 1938 im Bestand der Sammlung. Der in unmittelbarer Nähe der Hauptsynagoge wohnende Fotograf Johannes Widmann hat von seinem Wohnzimmerfenster aus deren Ruine im Bild festgehalten. Auch wenn es von Deportation und Vertreibung keine direkten Aufnahmen gibt, so zeugt eine kleine Amateuraufnahme von einem Schild mit der Aufschrift „Juden: Aufnimmerwiedersehen!“ von dem größten Verbrechen der deutschen Geschichte.

Die meisten Fotografien entstanden im privaten Bereich. Man findet wohl noch Fotos aus dieser Zeit in Leipziger Familien oder an Orten des Exils.



Kaufhaus Ury Gebrüder,
Königsplatz 15 (heute
Wilhelm-Leuschner-Platz),
vor 1914,
Atelier Hermann Walter
(Stadtgeschichtliches
Museum Leipzig)



Kaufhaus Bamberger &
Hertz, Augustusplatz,
10.11.1938
(Stadtgeschichtliches
Museum Leipzig)



Brand der Synagoge
in der Gottschedstraße/
Ecke Zentralstraße,
10. November 1938,
Sammlung Arthur Wolf,
Dresden
(Stadtgeschichtliches
Museum Leipzig)

Der jüdische Maler und Grafiker Eduard Einschlag in der Kunstsammlung des Stadtgeschichtlichen Museums

Ulrike Dura



Sitzender Knabe,
Bleistiftzeichnung 1898



Bildnis Barnet Licht,
Pastell, 1909

Zur lebendigen und blühenden Leipziger Kunstszenen der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts gehörten auch jüdische Künstler, die später Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungsmaschinerie wurden. Dazu zählen Persönlichkeiten wie der Buchgestalter Hugo Steiner-Prag, die Bildhauer Rudolf Saudek und Raphael Chami-zer und der Grafiker Fritz Eichenberg. Während sich von diesen nur wenige Spuren in der Sammlung des Stadtgeschichtlichen Museums befinden, ist einer der bekanntesten jüdischen Künstler Leipzigs hier stark vertreten: der Maler und Graphiker Eduard Einschlag. Eduard David Einschlag wurde am 28. Februar 1879 in Leipzig als Sohn eines jüdischen Pelzhändlers am Brühl geboren. Nach einer Lehre im Geschäft seines Vaters studierte er von 1896 bis 1898 Kunst an der Königlich-akademie in Leipzig, danach in München, Berlin und Paris. 1910 ließ er sich wieder in Leipzig nieder, heiratete Louise Victoria Croner und wurde bald zu einer führenden Persönlichkeit im Leipziger Kunstleben. Einschlag war Mitglied des Leipziger Kunstvereins, Gründungs- und Vorstandsmitglied der Leipziger Sezession und des Vereins Leipziger Jahres-Ausstellungen (LIA). Künstlerisch war Einschlag ein Hauptvertreter der Leipziger Impressionisten, nach 1919 weisen seine Werke auch starke Bezüge zum Expressionismus auf.

Einen besonderen Höhepunkt in seinem Werk bilden die zahlreichen ausdrucksstarken Porträts bekannter Persönlichkeiten seiner Zeit, von denen außer im Stadtgeschichtlichen Museum etliche im Museum der bildenden Künste, in der Kunstsammlung der Universität und der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig erhalten sind.

Ab 1934 war Einschlag Mitglied des Jüdischen Kulturbundes, 1937 wurde er als „entartet“ verfemt – einer seiner Plakatentwürfe wurde im Museum der bildenden Künste beschlagnahmt.

Eduard Einschlag war polnischer Staatsangehöriger. Am 28. Oktober 1938 wurden Eduard und Victoria Einschlag mit etwa 1600 Juden aus Leipzig über die deutsche Grenze nach Polen abgeschoben. 1940/41 wa-



Zwei Pferde,
Kohle über Bleistift, 1891

ren sie im Warschauer Ghetto. Eduard und Victoria Einschlag kamen in das Vernichtungslager Treblinka und sind dort ermordet worden. Das Stadtgeschichtliche Museum bewahrt mehr als 40 Arbeiten Einschlags auf, darunter neben Radierungen und Lithografien 12 Handzeichnungen und Gemälde, die teilweise noch nie veröffentlicht wurden und hier erstmals vorgestellt werden.

Darunter sind Beispiele frühester Studien, eine noch aus dem Kindesalter, andere aus der Leipziger Akademiezeit, wunderbare weibliche Aktzeichnungen, ein Entwurf für eine Gebrauchsgrafik und, als Beispiel für Einschlags Meisterschaft im Porträtfach, das überaus lebendige und warmherzige Porträt des bekannten Leipziger Musikers und Chorleiters Barnet Licht von 1909.

Einen großen Teil der Einschlag-Blätter erhielt das Museum zum Geschenk durch die Leipzigerin Hannelore Törl, die aus ihrer Kindheit noch sehr persönliche Erinnerungen an Eduard Einschlag und dessen Frau hat. Sie ist die Tochter des Kunsthändlers, Rahmenmachers und Vergolders Reinhold Berger, der seine Geschäftsräume in der Kolonnenstraße und in der Zentralstraße hatte, in unmittelbarer Nähe des Künstlerhauses am Nikischplatz. Reinhold Berger bot jungen Künstlern Ausstellungs- und Verdienstmöglichkeiten; seine Kunsthandlung wurde zu einem Treffpunkt der Leipziger Avantgarde, zu der auch Eduard Einschlag gehörte. Nationalsozialismus und Krieg beendeten die Ausstellungstätigkeit Reinhold Bergers. Nach dessen Tod Anfang der 1980er Jahre fand Hannelore Törl zahlreiche Grafiken Einschlags in einer Mappe hinter einem Schrank; möglicherweise befanden sie sich dort bereits seit dem Krieg. Die Familie hatte davon nichts gewusst.

Weiterführende Literatur:

Hubert Lang, Der Maler Eduard Einschlag. In: Sächsische Heimatblätter Heft 5/1990, S. 271-273.

Sabine Schubert, Jüdische Künstler in Leipzig 1900-1938. Diplomarbeit Institut für Museologie, Leipzig 1992.

Renate Hartleb, Eduard Einschlag. In: Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler, Bd. 33 S. 14-16.



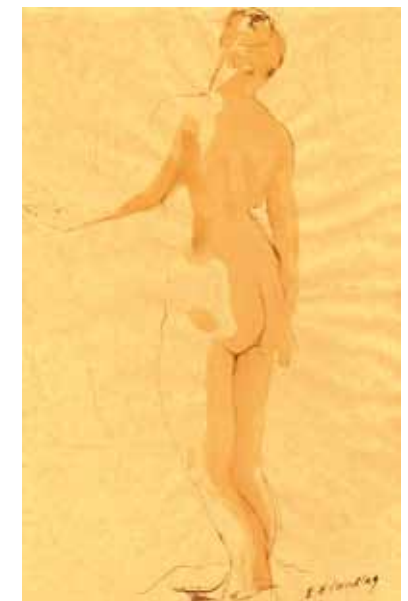
Bildnis einer alten Frau, Herrn Professor Hackel gewidmet,
Kreide, Bleistift, weiß gehöht, undatiert



D. Kölner Rauchwaren Preis-Liste,
Entwurf für eine Gebrauchsgrafik,
Zeichnung, 1900



Bildnis einer Dame, Deckfarben auf
Leinwand, undatiert



Weiblicher Rückenakt, Feder in Braun,
laviert über Bleistift, undatiert (1911)

Spurensuche

Dr. Andrea Lorz



Menora.
Siebenarmiger Leuchter der jüdischen Liturgie,
1801
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig,
Foto: Christoph Sandig)

Im Dezember 1999 begann im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme am Stadtgeschichtlichen Museum die Arbeit zum Aufbau einer Dokumentation und Sammlung zur Leipziger jüdischen Stadtgeschichte.

In den Bereichen Fotothek und Bibliothek gab es die ersten sichtbaren Ergebnisse: Fotos von Geschäftshäusern, die jüdische Bauherren hatten, Literatur aus jüdischen Verlagen oder Verlagen, die jüdische Gründer aufwiesen, Firmenschriften, das erste Foto der Großen Synagoge, um 1860 aufgenommen von Berta Wehnert-Beckmann.

Ein nächster Schritt war die gründliche Auswertung der Rapportbücher seit Gründung des Museums 1909. Auswertungsschwerpunkte waren mittelbare unmittelbare Judaica sowie Gaben jüdischer Donatoren. Nicht wenige jüdische Mäzene wurden entdeckt, die Gemälde, bibliophile Schätze oder andere Kostbarkeiten dem Museum als Geschenk übereignet hatten. Hermann Heine und Henri Hinrichsen seien hier als pars pro toto genannt.

Persönliche und briefliche Kontakte zu ehemaligen jüdischen Leipzigern und deren Nachkommen, Zeitzeugen und anderen der jüdischen Stadtgeschichte verpflichteten Menschen waren bereichernd für die Sammlung. Die Kontakte wurden gepflegt, intensiviert, erweitert. Diese Bemühungen trugen Früchte. Die unten genannten Namen stehen hier stellvertretend für die vielen Helfer in der Sache. Ihnen allen gebührt herzlichster Dank, denn ohne deren Hilfe und Beistand wäre die Arbeit nicht möglich gewesen. Mit beeindruckendem Engagement halfen vor allem ehemalige Leipziger: Vertreter der Familien Bamberger, Bar-Joseph (Joske), Held, Kralovitz, Kremnitzer, Simoni und Ury. Aber auch nichtjüdische Leipziger reagierten auf das inzwischen öffentlich bekannt gewordene Anliegen des Museums und stellten ihre persönlichen Erinnerungen zur Verfügung. Stellvertretend seien hier Familie Laubsch, Frau Dr. Heiland und Herr Kujawa genannt. Die neue Sammlung begann zu wachsen.

Zu den Aufgaben gehörte auch die Recherchetätigkeit zu etwaigen „Lost Art“-Beständen in den Museumssammlungen und in der Bibliothek des Museums. Die Verantwortung für diesen Teil der Arbeit wurde zuständigkeitshalber an einen, für diese Recherchen beauftragten Mitarbeiter abgegeben.

Dem Auftrag und der daraus resultierenden Verantwortung entsprechend wurden die Sammlungen des Museums systematisch überprüft. Eine unverzichtbare Grundlage für die Erforschung der Provenienz waren wiederum die Rapportbucheinträge, um eventuelle unklare Zugänge von Museumsbeständen heraus „filtern“ zu können. Hilfreich erwiesen sich dazu auch Kontakte zur Jewish Claims Conference und zum Art Loss Register in London. Es konnten in den untersuchten Sammlungen keine a priori fragwürdigen Zugänge entdeckt werden. (Vgl. hierzu auch Beitrag „Arisierung“ in Leipzig, S. 25)

Öffentlichkeit: Ausstellungen und Kontakte

Nach neun Monaten der Sucharbeit konnte eine Ausstellung zu den ersten Arbeitsergebnissen auf diesem Sammlungsgebiet konzipiert und realisiert werden. Unter dem Titel „Lebensspuren jüdischer Leipziger. Entdecken – Erinnern – Bewahren.“ wurde sie ab September 2000 im Alten Rathaus in den zwei Räumen neben der Ratsstube, ehemals Bürgermeisterzimmer und Syndikusstube, gezeigt. Sie stellte Lebenswege und Leistungen jüdischer Leipziger anhand von Originalen und Kopien von persönlichen und Firmendokumenten vor. Dazu gehörten auch religiöse Sachzeugnisse, wie z.B. die auf Ziegenlederpergament handgeschriebene Rabbinerinauguration von Rabbi Feldmann, zur Verfügung gestellt von seinem in Manchester lebende Sohn Abraham, Kizzurim (religionsgesetzliche Bestimmungen für das jüdische Leben), Werbegegenstände und Sachzeugnisse von Firmen, Autographe und Familienfotos.

Das Thema der Ausstellung sollte als Arbeitsthema verstanden werden; wir wollten keinesfalls die jüdische Geschichte wieder separieren.

Erstmals nach der großen Ausstellung 1988 im Kroch-Hochhaus anlässlich des 50. Jahrestages der Pogromnacht konnten sich Leipziger und ihre Gäste nun, wenn auch vorerst in bescheidenem Ausmaß und nicht mit dem Anspruch auf Vollständigkeit, mit der facettenreichen Geschichte jüdischer Leipziger beschäftigen, und sie konnten gleichzeitig zumindest erahnen, wie groß der Verlust an menschlichen, geistigen und materiellen Werten war, der mit der erzwungenen Emigration von Tausenden jüdischen Leipzigern und mit den Deportationen ab 1942 und den Morden auch an Tausenden Leipziger Juden einherging. Meinen viele bis heute, von den Verlusten an Menschen nichts gewusst zu haben, war die Vernichtung materieller Werte im Zusammenhang mit der verordneten Zerstörung jüdischen Lebens nicht zu übersehen. Die Mitwirkung des Stadtgeschichtlichen Museums an der inhaltlichen Ausgestaltung der alle zwei Jahre stattfindenden „Jüdischen Woche“ wurde zur Selbstverständlichkeit. Nicht nur ein „Familientreffen“ mit Nachkommen ehemaliger Leipziger, fand sie eine erfreuliche Resonanz. Ebenso auch die Ausstellung zur Tradition Leipziger jüdischen Lebens. Drei Vorträge zu den Themen „Jüdische Familienforschung“, „Zum Wirken jüdischer Mediziner in Leipzig“ und zu dem noch völlig unerforschten Thema der Kindertransporte von Leipziger Kindern nach England fanden interessierte Zuhörer. Der ehemalige Zögling des Leipziger jüdischen Kinderheimes in der Jacobstraße 7, Günter Brüg (heute Guy Bishop), war der erste, der mit der Lebens- und Überlebensgeschichte seiner Familie half, mit diesem Thema vertraut zu machen und zu weiterführenden Ergebnissen, Leipziger Kinder betreffend, zu gelangen. Nahezu unerschöpflich war die Unterstützung durch Thea Hurst (England) – vor allem durch viele Schenkungen an das Museum, wie u.a. Jahrzeittafeln und letzte persönliche Briefe ihres in Treblinka ermordeten Vaters.

Im Schulmuseum, wo die ersten Ergebnisse der Dokumentation zum Thema „Kindertransporte aus Leipzig nach England“ in einer Ausstellung präsentiert wurden, konnten auch andere Dokumente aus der Kinder- und Jugendzeit erstmalig der Öffentlichkeit vorgestellt werden.



Kleiderbügel aus dem Kaufhaus Bamberger & Hertz
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig,
Foto: Christoph Kaufmann)

Mittlerweile war die Museumssammlung so gewachsen, dass auch Ausstellungen außerhalb des Museums mit Dokumenten und Materialien unterstützt werden konnten, wie die der Ephraim Carlebach Stiftung, der Galerie Süd und des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur. Recherchearbeiten für Dritte wurden durchgeführt, für Institutionen und wissenschaftliche Einrichtungen, Film und Presse und Privatpersonen.

Wir konnten die Sammlung auch in anderer Form der Öffentlichkeit vorstellen: als Thema beim „Kaffeeklatsch“ im Museum Coffé Baum. Eine Kaffeetasse mit der Aufschrift „kosher“, ein Geschenk eines Leipzigers an das Museum, gab bei dieser Gesprächsrunde den Auftakt. Wer wußte schon, ob es „koscheren Kaffee“ gab und wann überhaupt der Kaffee „koscher“ ist. Unter den Gästen befand sich auch die zufällig in Leipzig weilende Tochter von Ludwig Bamberger aus Israel. Notwendige Recherchearbeiten dienten gleichzeitig auch dem Aufbau von neuen Kontakten: zu Museen und Archiven, zu jüdischen Institutionen und Organisationen sowie zu Einzelpersonen im In- und Ausland. So gelangte zum Beispiel durch die engagierte Unterstützung der Goethe-Universität Frankfurt/M. eine Kopie des Original-Manuskripts „Erzähltes aus sieben Jahrzehnten“ von Georg Witkowski in die Museumssammlung.

Auch die Teilnahme an den jährlichen Arbeitstagungen der internationalen Arbeitsgruppe „Jüdische Dokumentation und Sammlungen“ erwies sich als wichtige Quelle für neue Arbeitskontakte, insbesondere zu Vereinen, die sich in ehrenamtlicher Arbeit bisher unbearbeiteten Themen jüdischer Geschichte widmen, z. B. der Genealogie.

Ein Arbeitsaufenthalt im Yad Vashem-Archiv Jerusalem im Jahre 2001, finanziert von der Stadt Leipzig und von jüdischen Helfern, brachte neben institutionellen auch persönliche Kontakte zu in Israel lebenden ehemaligen Leipziguern.

Kontakte zu Nachkommen von Arztfamilien, Anfragen bei Periodika des Auslands wie „Kinder-Link“, „Voices of Second Generation“, „Association of Jewish Refugees-Journal“, „Wiener Library-News“ brachten neue Erkenntnisse.

Ein Besuch in der Londoner Redaktion und das Gespräch mit dem damaligen Chefredakteur des monatlich erscheinenden Journals der „Association of Jewish Refugees“ sowie mit der Leiterin des „World Jewish Relief“, Mrs. L. S. Montague in London, die unkompliziert und engagiert mit Unterlagen zu jüdischen Leipziguern, bei denen sich in Leipzig scheinbar jede Spur verloren hatte, half, führte zur Intensivierung der bereits bestehenden Kontakte. Diese persönlichen Gespräche erbrachten auch die Möglichkeit, kostenlos in dem Periodikum zu annoncieren und so ehemalige Leipziger um Hilfe auch für unser neues Dokumentations- und Sammlungsgebiet zu bitten, bzw. das Archiv von „World Jewish Relief“ zu nutzen.

Wir wollten das weithin unbekannte Wirken und die bemerkenswerten Leistungen Leipziger jüdischer Mediziner wieder ans Tageslicht holen. Doch außer der Kopie eines persönlichen Briefes von Sir Bernard Katz und zwei Postkarten des Zahnarztes Dr. Paul Freudenthal war über jüdische Ärzte im Museum nichts zu finden. Die Jahrtausende alte Tradition der Heilkunst im Judentum und die Tatsache, dass der medizinische Beruf als einer der freien Berufe zu den wenigen Berei-

chen gehörte, in denen sich Juden betätigen durften, hat sie bis in die Neuzeit mit zu Trägern dieser Wissenschaft gemacht. Das galt auch für Leipzig. Dieses verloren gegangene Wissen wollten wir den Leipziguern und nicht nur ihnen, wieder ins Bewusstsein rücken.

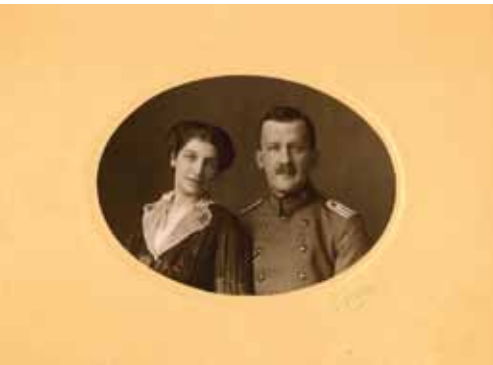
Wiederum wirkten die Kontakte zu dem Journal „Association of Jewish Refugees“ und zu „World Jewish Relief“ förderlich auf den Fortgang der Arbeiten. Die Recherchen über jüdische Leipziger Mediziner wurden von beiden Einrichtungen intensiv unterstützt. Originaldokumente wie Approbations- und Promotionsurkunden, Zulassungen im Asylland, Bücher, Fotos und anderes fanden den Weg ins Museum.

Einen Höhepunkt bildete der Vortrag von Irene Lawford-Hinrichsen, der Enkelin von Henri Hinrichsen, über das Leben und Wirken des ersten Direktors der Chirurgischen Abteilung des Israelitischen Krankenhauses, Dr. med. Ludwig Frankenthal, sowie die damit verbundene Übergabe der Kopie einer Dokumentation von Ilse Frankenthal zum Schicksal ihrer Familie in der Alten Handelsbörse.

Mit einer ersten Studioausstellung zum Leben und Wirken Leipziger Mediziner – angefangen beim ersten jüdischen Arzt in Leipzig, Dr. Burghheim, bis zum bitteren Ende des Israelitischen Krankenhauses (Eitingonstiftung) –, die von November 2004 bis Februar 2005 gezeigt wurde, konnten erste Arbeitsergebnisse auf diesem bedeutenden Fach- und Sachgebiet vorgestellt werden. Wieder hatten vor allem ehemalige Leipziger, insbesondere Angehörige von einst in Leipzig praktizierenden jüdischen Ärzten, dazu beigetragen, dass diese Ausstellung möglich wurde. Sie gaben außerdem unser Anliegen an ihre Freunde und Bekannten weiter, und die Resonanz blieb nicht aus. Hedda Michaelis, die inzwischen verstorbene Tochter des ersten Leipziger Sportarztes, Dr. med. Willy Michaelis, war die erste, die ihre Unterstützung zusagte und uns in der darauffolgenden Zeit mit Rat und Tat und Dokumenten unterstützte. Sie hatte in den 40er Jahren in London bei ihrem Vater in der Praxis mitgearbeitet. Dr. med. Dunn sandte aus Kanada neben anderen wertvollen Originalen die Promotionsurkunde seines Vaters, Dr. med. Felix Danziger. Dr. med. Deuel aus St. Gallen half mit Unterlagen zu seinem Vater Dr. med. Pascal Deuel, dem Leiter des Jüdischen Krankenhauses und späteren ersten Direktor der Inneren Abteilung des Israelitischen Krankenhauses. Der bereits erwähnte Guy Bishop erleichterte über seine Schwester, die bis zur Liquidation des „Eitingon“ dort Krankenschwester war, den Zugang zur Personalgeschichte dieses Krankenhauses.



Tasse mit Aufschrift KOSHER.
Koscher sind im jüdischen Speisegesetz Speisen, die „rein“, „tauglich“ oder „geeignet“ sind.
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig,
Foto: Christoph Kaufmann)



Papiere und Foto von
Dr. med. Felix Salo Danziger (1880–1953),
Leipziger Arzt
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)

Publikationen

Es begann mit dem Flyer zur Ausstellung „Lebensspuren jüdischer Leipziger“, ihm folgte ein Informationsblatt mit einem kurzen Abriss der Entwicklung des jüdischen Lebens in Leipzig (Nr. 22 der Museumsinformationen). Es soll den Museumsbesuchern Hilfe und Anregung sein, sich über dieses Gebiet der Stadtgeschichte zu informieren. Das Buch „Schuhhaus H. Nordheimer“ zum Wirken Leipziger jüdischer Unternehmer wurde vom Direktor des Museums, Dr. Volker Rodekamp, herausgegeben. Die Publikation entstand im Rahmen freier Forschung und unter Nutzung der entsprechenden Museumsbestände. Finanziert wurde das Buch durch ehemalige jüdische Leipziger. Neue, bisher unbearbeitete Themen im Rahmen der Stadtgeschichte taten sich auf, insbesondere durch Anfragen, durch Memoiren, durch Hinweise und Bitten, die an der Stadtgeschichte interessierte Leipziger und ehemalige Leipziger an das Museum herantrugen, dem Museum zusandten oder übergaben. Das betraf zum Beispiel genealogische Themen oder das Wirken Leipziger jüdischer Wissenschaftler, besonders der Mediziner. Neu war auch die Fokussierung auf den schon erwähnten Aspekt der Kindertransporte nach England, die z.T. von ehemaligen Leipziguern, die inzwischen selbst ausgewandert waren, organisiert wurden und die vielen Leipziger jüdischen Kindern das Leben retteten. Es folgte die Publikation zum Leben und Wirken jüdischer Ärzte in Leipzig, wieder in freier Forschung und mit finanzieller Unterstützung ehemaliger Leipziger und ideeller durch das Museum. Einem Leipziger Mediziner ist der Kontakt zur einzigen noch lebenden Retterin der Leipziger jüdischen Familie Dr. Leopold, Frau Josephine Hünerfeld, zu danken. In Leipzig 1913 geboren, lebt sie heute, noch aktiv im Leben stehend, in Schweich bei Trier. Sie knüpfte gemeinsam mit ihrem Vater ein Netzwerk von Rettern für die dreiköpfige Familie Leopold, die damit der Deportation nach Theresienstadt am 19. September 1942 entkommen konnte. Viele Wochen beherbergten beide diese Familie in ihrer Wohnung. Die Tochter von Dr. Walter und Hilda Leopold und die Autorin dieses Beitrages stellten den Antrag an die Kommission bei Yad Vashem, diese mutige Frau als „Gerechte unter den Völkern“ zu ehren. Am 28. September 2006 erhielten Frau Josephine Hünerfeld und postum ihr Vater in einer bewegenden Festveranstaltung, ausgerichtet von der Botschaft des Staates Israel und der Stadt Bonn, im Alten Rathaus zu Bonn aus den Händen des Gesandten des Staates Israel Medaille und Urkunde als „Gerechte“. Ihre Namen wurden im Yad Vashem – Gedenkhain in Jerusalem – in Stein gehauen.



Faltblatt zur Ausstellung „Lebensspuren jüdischer Leipziger“, 2000

Seit 1911 hatte das renommierte Konfektionskaufhaus Bamberger & Hertz eine Niederlassung in Leipzig. In der Pogromnacht im November 1938 wurde das Kaufhaus niedergebrannt und die Inhaber selbst der Brandstiftung beschuldigt, so dass die Versicherung nicht zahlte. Das bedeutete den Ruin für die Firma.



Ludwig und Olla Bamberger mit Tochter Steffi, Foto 1939 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)



Familie Bamberger auf Norderney, Foto um 1930 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)



Henry und Steffi Bamberger beim Spielen mit anderen Kindern, Foto um 1930 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)



Konfektionskaufhaus Bamberger & Hertz am Augustusplatz, um 1913 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)



Brennendes Kaufhaus Bamberger & Hertz in der Pogromnacht 1938 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)



*Ruth Kormes, 1939
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)*

Das nachfolgende Gedicht einer ehemaligen Leipzigerin soll an unsere Verantwortung erinnern.

Ruth, verheiratete Lansley, trauert noch immer um ihre Eltern, deren Spur sich 1943 verloren hat. Das letzte Lebenszeichen bekamen die Schwestern zum Zeitpunkt der Deportation der Eltern am 17. Februar 1943 nach Auschwitz. Es gibt keine Information über den Verbleib der Eltern. Die Schwestern waren rechtzeitig nach England geschickt worden.

Am Trauma einer Überlebens„schuld“ leiden nicht wenige Überlebende des Holocaust. Es gelingt nur schwer, den Verlust der nächsten Angehörigen zu verarbeiten, wenn man selbst überlebt hat.

Did You Close the Door Softly?

Von Ruth Lansley, geb. Kormes,
geboren in Leipzig, sie lebt heute auf der Isle of Man

And what was it
You packed into your small cases
As you were ordered to
As you left your home
Your bed
Your chairs and table
The unfinished embroidery
Oh, dear mother
Never to be finished
Now by you?
Did you close the door softly
Glancing
Not believing
Never aigain
To see all the photographs
Looking at you for the last time
Hanging on walls
Of us when we were babies
And those on the sideboards
Standing side by side
Of us
Your children
As we grew up
All saying farewell?
Did you close the door softly
For the last time
As you left
Fearful
Tearful
Frightened
Lonely without us
Gone long ago
Not giving comfort
To say dear mother
And dear father?
Were you able to give comfort
To each other

PROJEKTE

Das Fotoarchiv des Leipziger Fotografen Abram Mittelman

Dr. Andrea Lorz

„Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

Dr. Monika Gibas, Dr. Cornelia Briel, Petra Knöller, Steffen Held

Die Deportation der Juden aus Leipzig in den Jahren 1942–1945

Steffen Held



Das Fotoarchiv des Leipziger Fotografen Abram Mittelman

Dr. Andrea Lorz

Im Jahr 2005 wurden dem Museum Projektgelder von der Kulturstiftung des Bundes zur Bearbeitung des Archivs des jüdischen Fotografen Abram Mittelman bewilligt. Das Ergebnis des Projektes sollte eine Ausstellung sein. Der Nachlass beinhaltet über 2700 Negative, vor allem Personendarstellungen, aber auch Gruppenaufnahmen, Architekturfotos und Postkartenvorlagen, Reklamefotos (Handwerkermesse u.a.) und Ereignisfotos, z.B. aus der Zeit des Kapp-Putsches. 1987 waren Fotokartons auf dem Dachboden des Hauses Peterssteinweg 15/Ecke Härtelstraße aufgefunden worden, die seitdem von der Leipziger Fotografin Gudrun Vogel aufbewahrt werden. Erstmals wurde ein Teil der noch weitgehend unbearbeiteten Fotos in der großen Ausstellung zum 50. Jahrestag des Gedenkens an die Pogromnacht 1988 im Kroch-Hochhaus ausgestellt (publiziert im Katalog „*Juden in Leipzig*“), später soweit wie möglich namentlich recherchiert im damaligen Wissenschaftszentrum e.V. und im Stadtarchiv. Die Familie Mittelman in Paris war über das Vorhaben des Museums informiert; ein Teil der Familie reagierte positiv, der andere Teil antwortete auf die Schreiben nicht. Frau Vogel stellte die schon vorhandene Namensliste und Herkunftsgeschichte des Nachlasses und die ersten etwa 300 Scans von 259 Personen, einige mit mehreren Fotos, zur Verfügung. Von den Personen wurden die Grundlebensdaten erfasst und auf Grundlage der im Staatsarchiv Leipzig vorhandenen Personenmeldelisten Biogramme erstellt. Von abgebildeten bekannten Leipzigern wurden Biografien erarbeitet und weitere Dokumente zum beruflichen und persönlichen Umfeld und weitere Fotos zusammengetragen. Für die Recherche wurden die Mitgliederkartei der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, Stand 1935, das Deportationsbuch von Adolf Diamant, das Theresienstädter Gedenkbuch aller von Deutschland aus nach Theresienstadt Deportierten, Auszüge aus „Memorial to the Jews deported from France 1942–1944“ (hier sind die Leipziger Juden benannt!) und das Gedenkbuch von Auschwitz einschließlich Auschwitz Hefte herangezogen. Weiter wurde im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig (einschließlich Zentralstelle für Genealogie), im Polizeipräsidium Leipzig (Meldekartei), in der Devisenstelle Leipzig, im Amtsgericht, in Unterlagen des Versteigerungshauses Klemm, in genealogischen Akten (Unterlagen Provinz Posen u.a.) recherchiert und nach Daten gesucht. In dem kleinen Archiv der Israelitischen Religionsgemeinde wurden, soweit relevante Unterlagen vorhanden sind, ebenfalls erste Recherchearbeiten durchgeführt, die vor allem der Gemeindemitgliederkartei galten. Im Stadtarchiv wurden Forschungen zur Niederlassung der Familien in Leipzig vor 1911 begonnen. Jüdische Periodika, wie das AJR-Journal, wurden um Hilfe bei der Suche gebeten. Die umfangreichen Kontakte zu ehemaligen Leipzigern halfen, um Suchanfragen zu den Porträtierten zu stellen. Es erwies sich, dass sogar Verwandte der angefragten ehemaligen Leipziger zu den Porträtierten gehören. Insgesamt sind ca. 350 Porträtierte mit Adresse und Beruf, teils auch mit weiterem Schicksal im Holocaust, soweit es jüdische Leipziger betrifft, in der Gesamtdatei erfasst. Subjektive Gründe der Besitzerin des Archivs verhinderten die Weiterarbeit, und das Projekt musste abgebrochen werden.

Gefördert durch
die Kulturstiftung des Bundes

„Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

Dr. Monika Gibas, Dr. Cornelia Briel, Petra Knöller, Steffen Held



Ausstellung

Stadtgeschichtliches Museum Leipzig
Neubau
11. Juli 2007 bis 11. September 2007

Gefördert durch die Kulturstiftung des Bundes
und den Fonds Erinnerung und Zukunft
der Stiftung
Erinnerung, Verantwortung und Zukunft

Einführung

„Arisierung“ – so nannten die Nationalsozialisten die systematische kulturelle und ökonomische Verdrängung und Beraubung jenes Teils der Bevölkerung, der unter ihrer Herrschaft in den Jahren 1933 bis 1945 als „Juden“ verfolgt wurde. Der Raubzug, der die „Entjudung der deutschen Wirtschaft“ zum Ziele hatte, wie es in der NS-Propaganda hieß, begann unmittelbar nach der auf legalem Wege erreichten Machtbeteiligung Hitlers und seiner Partei. Im Frühjahr 1933 rief die NSDAP zu einem reichsweiten Boykott auf: „Kauft nicht bei Juden, kauft in deutschen Geschäften!“. Das war der Auftakt zu einem der größten Raubzüge in der modernen Geschichte, der in den folgenden zwölf Jahren Deutschland und schließlich ganz Europa erfassen sollte.¹ Auch in Leipzig, der berühmten sächsischen Messe- und Buchmetropole, waren im April 1933 viele Leipziger Schaufenster und Hauswände von Geschäften jüdischer Inhaber mit antisemitischen Parolen beschmiert, so auch am Kaufhaus Joske in der Karl-Heine-Straße. SA-Trupps blockierten Ladeneingänge und versuchten, die Kundschaft einzuschüchtern. Mit dem so genannten „Arierparagraphen“ von 1933 und den im Jahre 1935 beschlossenen berüchtigten Nürnberger Rassegesetzen wurden die Juden als „rassisch minderwertig“ eingestuft und zu „Volksverderbern“ abgestempelt. Ihre Ausgrenzung aus der „deutschen Volksgemeinschaft“ wurde nun ganz offen zum wichtigsten politischen Ziel der NS-Diktatur erklärt. Die nationalsozialistische Staatsbürokratie hat dieser Bevölkerungsgruppe in den Folgejahren mit Berufsverboten, einer rassistisch ausgerichteten Steuerungs- und Wirtschaftspolitik, durch Erpressung und Vermögenskonfiskationen systematisch ihre bürgerliche Existenzgrundlage zerstört. Reichs- und Kommunalbehörden jagten den zur Auswanderung gedrängten, in „Judenhäuser“ gezwungenen, später auch den in die Ghettos und Vernichtungslager deportierten Juden die letzte Habe ab.

Die nationalsozialistische Politik der „Arisierung“ der deutschen Gesellschaft, die das NS-Regime betrieb, bedeutete nicht nur die Zerstörung eines seit der Mitte des 19. Jahrhunderts stetig gewachsenen wichtigen Teils des deutschen Kultur- und Wirtschaftslebens. Die Umsetzung dieser rassistischen Gesellschaftspolitik war vor allem auch ein gigantischer Eigentumstransfer zugunsten des NS-Staates, „arischer“ Unternehmen und Institutionen sowie vieler „Volksgenossen“. Arztpraxen und Rechtsanwaltskanzleien, Antiquariate und Kunstgalerien, Banken, Kaufhäuser, Industrieunternehmen wechselten die Besitzer oder wurden liquidiert. Der Schritt für Schritt verschärften Enteignungspraxis fiel schließlich alles zum Opfer, was Begehrlichkeiten erweckte oder sich in irgendeiner Weise „verwerten“ ließ: Häuser, Grundstücke, selbst jüdische Gotteshäuser und Friedhöfe, aber auch Bücher und Briefmarkensammlungen, Schmuck und Kunstgegenstände aller Art; selbst der letzte Silberlöffel wurde den Juden abgejagt und landete im Versteigerungshaus oder bereicherte die NS-Staatskasse, die bald eine reine Kriegskasse war.

Diese Ausstellung veranschaulicht gestützt auf erste Ergebnisse von Forscherinnen und Forschern, die zu einzelnen Aspekten der „Arisierung“ in Leipzig arbeiten, wie auch in Leipzig in den Jahren 1933 bis 1945 systematisch alle Juden aus dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben verdrängt, wie sie beraubt und in die Emigration getrieben wurden. Jene Leipziger Juden, denen die Flucht nicht gelang, wurden schließlich in den Vernichtungslagern der NS-Diktatur ermordet. Die Ausstellung versucht eine erste Annäherung an dieses erschütternde Stück Leipziger Stadtgeschichte. Sie zeigt, dass dieser Raubzug auch hier vor aller Augen, also im gesellschaftlichen Nahraum der Kommune geschah. Jeder konnte es miterleben: im Kaufhaus Joske, wo man Kunde war, im Tuchhandelsunternehmen Heine und im weltberühmten Musikverlag C. F. Peters, wo man arbeitete, oder im Nachbarhaus. Zahlreiche Leipziger Bürger waren unmittelbar oder mittelbar daran beteiligt – als Schreibtischtäter und als Vollstrecker der Maßnahmen, als Nutznießer und als Beobachter. Beamte setzten die Verordnungen um, Berufskollegen übernahmen die Lehrstühle der in den Ruhestand Versetzten oder die Firmen der Enteigneten, Nachbarn beobachteten die Vorgänge. Bei Versteigerungen der Leipziger Firma Klemm erwarben auch kommunale Institutionen wie die Leipziger Bibliotheken, Museen und viele Privatpersonen Kunstgegenstände oder Hausrat aus dem Besitz von Juden und waren so in die ungeheuerlichen Vorgänge involviert.

Dieses dunkelste Kapitel im Buch der Geschichte der Stadt aufzuschlagen fällt nicht leicht, gerade wenn man sich mit Leipzig als einer Stadt des weltoffenen Handels und der Kultur verbunden fühlt. In einem Interview in den 1980er Jahren wurde dem israelischen Diplomaten Michael Elizur die Frage gestellt, was man sich nach all den Unmenschlichkeiten, die während der Zeit der NS-Diktatur geschehen sind, für ein Bild machen soll, „... von einem Gott, der Auschwitz nicht verhindert hat.“² Michael Elizur, der im Jahre 1921 in Leipzig geborene Sohn jüdischer Eltern, der schon zu Beginn der NS-Herrschaft im Jahre 1933 als Zwölfjähriger gezwungen war, seine und seines Vaters Geburtsstadt Leipzig zu verlassen und nach Palästina auszuwandern, antwortete: „Ich muß sagen, daß ich mich nicht für kompetent halte, diese Frage zu beantworten. Persönlich weigere ich mich, Auschwitz mit Sinn zu vereinbaren. Wenn ich von einer anderen als einer religiösen Warte dazu etwas sagen soll, dann dies, daß ich glaube, die Pflicht jedes Menschen heute ist, dafür zu sorgen, daß diese Erfahrung in lebendigem Bewußtsein bleibt. Bevor das alles geschehen war, konnte man vielleicht sagen, daß Menschen noch nicht wußten, was sie tun. Aber diese Unschuld haben sie verloren. Deshalb muß jeder in seiner eigenen Gesellschaft dazu mithelfen, daß sie so human und demokratisch wie möglich wird, um zu verhindern, daß es irgendwelchen Verbrechern erneut möglich wird, so etwas zu tun. Leider ist ja auch nach dem Krieg schon wieder einiges vorgefallen. Jeder Mensch in seiner Umgebung, ich als Jude eben in Israel, ein Deutscher in Deutschland und ein Amerikaner in Amerika, ist dafür verantwortlich und muß soviel tun, wie er kann, damit solche Sachen nicht mehr geschehen. Aber darüber sollte man nicht predigen. Mit Predigten kann man das nicht aus der Welt schaffen. In diesem Fall ist Selbstkritik nicht nur die beste, sondern die einzige Medizin.“³ In der Ausstellung ist das Thema „Arisierung“ in Leipzig erstmals für ein breiteres Publikum bearbeitet. Sie versteht sich als eine Aufforderung, dieses Geschehen im Gedächtnis zu behalten und sich bewusst zu machen, dass eine demokratische Kultur keine Selbstverständlichkeit ist, sondern dass es zu allen Zeiten immer wieder Menschen braucht, die sich für den Erhalt einer demokratischen und humanen Gesellschaft auch engagieren.

¹ Vgl. stellvertretend für die zahlreiche Literatur zum Thema: „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis. Hrsg. vom Fritz-Bauer-Institut, Frankfurt a. Main 2000; „Arisierung“ in Leipzig. Annäherung an ein lange verdrängtes Kapitel der Stadtgeschichte der Jahre 1933 bis 1945. Hrsg. v. Monika Gibas, in Zusammenarbeit mit Cornelia Briel und Petra Knöller, Leipzig 2007. Im weiteren Text wird auf Anmerkungen weitgehend verzichtet. Das Literaturverzeichnis am Ende des Katalogs verweist auf die Standardwerke zum Thema.

² Herlinde Koelbl: Jüdische Portraits. Photographien und Interviews. Frankfurt a. M. 1989, S. 63-65, hier S. 65.

³ Ebenda.

1933 „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet..

Die Anfänge einer rassistischen Gesellschaftspolitik

Am 30. Januar 1933 wird Adolf Hitler zum Reichskanzler in einem Präsidialkabinett bürgerlicher Parteien ernannt. Damit gelangte der Führer der NSDAP in das höchste Regierungsamt der Weimarer Republik. Die Ziele dieser Partei waren seit ihrer Gründung im Jahre 1920 bekannt. Die Nationalsozialisten forderten öffentlich die „Säuberung des deutschen Volkskörpers“ durch konsequente Bekämpfung aller Juden, Marxisten und Republikaner, die Schaffung einer auf rassischen Kriterien beruhenden „deutschen Volksgemeinschaft“ sowie die „Wiederherstellung der Ehre Deutschlands“ durch einen Revanchekrieg, der zugleich der „Eroberung neuen Lebensraumes“ dienen sollte. Der Kern der nationalsozialistischen Weltanschauung war ein militanter Antisemitismus. Der war keine Erfindung Hitlers und seiner Partei, sondern schon im späten Kaiserreich fester Bestandteil der politischen Kultur Deutschlands. Seit Beginn der Modernisierungskrise der 1880er Jahre trugen zahlreiche völkisch-nationalistische Organisationen und Vereine dazu bei, dass sich in der deutschen Gesellschaft ausgeprägte antisemitische Ressentiments etablieren konnten. Diese Tendenz verstärkte sich besonders nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg, die Deutschland politisch und wirtschaftlich an den Rand des Zusammenbruchs gebracht hatte. Die im Ergebnis der Novemberrevolution des Jahres 1918 entstandene erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik, blieb weitgehend eine „Republik ohne Republikaner“. Im Kontext von Inflation und politischen Spannungen, die zeitweilig zu bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen führten, gewannen antisemitische Einstellungen weiter an Boden. Das war auch in Sachsen zu beobachten. Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts waren hier ganze Regionen – so etwa das von der Textilindustrie geprägte Vogtland und das Erzgebirge – von einer lang anhaltenden Strukturkrise geschüttelt. Hier propagierten schon in den frühen 1920er Jahren Teile des völkisch-nationalistischen Lagers die Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben und die Herstellung einer „arischen Wirtschaftsordnung“ als einzigen Weg aus der Krise. Die erste NSDAP-Ortsgruppe außerhalb Bayerns, der Wiege der nationalsozialistischen Bewegung, entstand im Oktober 1921 in Zwickau.



Theodor Fritsch, Handbuch der Judenfrage, Hammer-Verlag Leipzig, 1923

Auch in Leipzig gründete sich im Jahre 1922 eine Ortsgruppe der NSDAP. Sie zählte im Frühjahr 1923 etwa 210 Mitglieder. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 konnte im Wahlkreis Leipzig ein Wahlbündnis aus NSDAP und Deutsch-völkischer Freiheitspartei schon 7,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Zwar hatten die Nationalsozialisten in Leipzig, einer alten Hochburg der organisierten Arbeiterbewegung mit ihren starken SPD- und KPD-Gliederungen einen potenten Gegner. Ausschlaggebend für den Erfolg der NSDAP war letztlich jedoch, dass auch in der Handels- und Buchmetropole die bürgerliche Mitte durch antirepublikanisch-antisemitische Vorstellungen beeinflusst war. So kamen im Februar 1923 über 50 Prozent der Mitglieder der Leipziger Ortsgruppe der NSDAP aus dem Mittelstand, nur ein Drittel aus dem Arbeitermilieu. Wie überall in Deutschland hatten sich in Leipzig zahlreiche Organisationen, Vereine und Verlage etabliert, die solches Gedankengut verbreiteten. Der Schriftsteller und Verleger Theodor Fritsch (1852–1933), Leiter des Leipziger Hammer-Verlags, wirkte schon seit den 1880er Jahren als unermüdlicher Propagandist rassistisch-antisemitischer Ideen. Mit seinem ganz auf Rassenpropaganda ausgerichteten Verlagsprogramm zählte der „Altmeister der völkischen Bewegung“ zu den geistigen Wegbereitern eines aggressiven „Antisemitismus der Tat“. Im Jahre 1923 erschien hier die 29. Auflage seiner antisemitischen Streitschrift „Handbuch der Judenfrage“. Auch sächsische Unternehmer förderten den Aufstieg der NSDAP und gehörten schon frühzeitig zu ihren aktivsten Protagonisten, so auch der mittelständische Plauener Textilunternehmer und spätere Gauleiter Sachsens, Martin Mutschmann (1879–1947), ein fanatischer Antisemit.



Werbeanzeige des Hammer-Verlags, 1925 (Der deutsche Buchhandel und das Judentum, Leipzig 1925)



Zeitungsartikel, Juli 1932 (Sächsische Arbeiter-Zeitung Leipzig vom 8.7.1932)

Ende der 1920er Jahre geriet Deutschland in den Sog der großen Wirtschaftskrise. Die bürgerlichen Präsidialkabinette reagierten darauf mit einer Politik der sozialen Kälte, was den Boden für den Aufstieg der NSDAP zu einer Massenpartei bereitete. Das zeigte sich auch in Sachsen. Hier erlangte der von Wilhelm Wittke (1884–943) geführte Verband sächsischer Industrieller (VSI) mit seinen scharfen antigewerkschaftlichen Positionen erheblichen Einfluss auf die Landesregierung, die er in Richtung einer unternehmerfreundlichen Politik des radikalen Sozialabbaues drängte. Das schürte in der Arbeiterschaft, aber auch in den verunsicherten Mittelschichten den Hass auf die Republik. Die Forderung nach Veränderung der politischen Machtverhältnisse und nach einer neuen „Ordnungsmacht“ fand daher immer mehr Befürworter. Vor allem in weiten Kreisen des bürgerlichen Milieus Sachsens nahm die Akzeptanz der antirepublikanisch-antisemitisch orientierten Nazi-Bewegung schnell zu. Ende des Jahres 1928 hatte die NSDAP in Sachsen 4600 Mitglieder. Im Wahlkreis Leipzig, in dem Sozialdemokraten und Kommunisten noch bis zum Ende der Weimarer Republik zusammen das stärkste Wählerpotential zu rekrutieren vermochten, gewann die Hitler-Partei ebenfalls an Einfluss. Gab es 1926 hier erst drei SA-Sturmabteilungen, so waren es 1929 schon 600. Und als Adolf Hitler am 3. Mai 1929 in Leipzig auf einer Kundgebung anlässlich der Landtagswahlen sprach, kamen mehrere Tausend Zuschauer. Zwar brachte es die NSDAP in jenem Jahr in Sachsen nur auf einen Stimmenanteil von 5 Prozent und auf nur 5 Sitze im Landesparlament. Bei der Landtagswahl im Juni 1930 jedoch waren es dann schon 14,4 Prozent und bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 votierten in Sachsen 41,2 Prozent der Wähler für die Hitler-Partei. Die NSDAP war damit auch im „roten Sachsen“ zur stärksten Partei geworden. Die zersplitterten bürgerlichen Parteien mussten sich mit nur 8,9 Prozent Wählerstimmen begnügen. Am 22. November 1932 hatten Großindustrielle und Großagrarier in einer Eingabe an den Reichspräsidenten Hindenburg erfolgreich zugunsten einer Kanzlerschaft Hitlers interveniert. Hindenburg demissionierte und übergab das Amt an Adolf Hitler. Seit dem 30. Januar 1933 bekleidete damit ein bekennender Rassist und glühender Antisemit das höchste Staatsamt. Innerhalb kurzer Zeit besetzten seine Gefolgsleute Schlüsselpositionen der deutschen Gesellschaft und konnten nun beginnen, den Antisemitismus als tragende Säule ihrer Gesellschaftspolitik zu etablieren. Die Partei Adolf Hitlers, die im Jahre 1923 vergeblich versucht hatte, die „ungeliebte Republik“ gewaltsam zu beseitigen, gelangte wenige Monate nach den Reichstagswahlen 1932, im Januar 1933, nicht durch einen Putsch sondern auf legalem Wege und nach demokratischen Spielregeln zur Macht. Die Reichstagswahlen am 5. März 1933 brachten den Nationalsozialisten mit 44,1 Prozent der Stimmen nicht die erhoffte absolute Mehrheit im Parlament. Sie errangen nur 288 von 647 möglichen Mandaten. Die absolute Mehrheit erreichten sie erst am 8. März 1933 nach Annullierung der 81 KPD-Reichstagsmandate. Am gleichen Tag ernannte Reichskanzler Adolf Hitler den SA-Führer Manfred von Killinger zum Polizeikommissar für den Freistaat Sachsen. Am 10. März 1933 trat die sächsische Landesregierung Schieck zurück, Manfred von Killinger wurde Reichskommissar. Damit begann der Vormarsch von NSDAP-Funktionsträgern in die Landes- und die Kommunalverwaltungen Sachsens.

1933 „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

„Vorkämpfer“ des Antisemitismus: Theodor Fritsch



Theodor Fritsch,
o. J.
(Neue Leipziger
Tageszeitung,
vom 8.9.1943)

Theodor Fritsch wurde am 28. Oktober 1852 in Wiesenena (Landkreis Delitzsch) als Sohn eines Landwirts geboren.

Nach dem Schulbesuch schloss Fritsch eine Maschinenlehre ab und besuchte die Gewerbeschule in Halle (Saale). Anschließend studierte er an der Technischen Hochschule in Berlin. Fritsch strebte eine selbstständige Tätigkeit an. Er ging Ende der 1870er Jahre nach Leipzig und eröffnete ein mühlentechnisches Büro. Neben der beruflichen Tätigkeit begann er sich verbandspolitisch und journalistisch zu betätigen. Fritsch gründete den Deutschen Müllerbund und gab das Mühlenjournal, später „Der deutsche Müller“, als Fachzeitschrift für das Müllergewerbe heraus. Aus der Betätigung im Müllerverband resultierte sein Interesse für die Probleme des Mittelstands. In den gesellschaftlichen Krisenjahren des wilhelminischen

Kaiserreichs um 1900 gehörte Fritsch zu den Mitbegründern der Deutschen Mittelstandsvereinigung, die sich als Interessenvertreter des alten und neuen Mittelstands verstand und verschiedene Organisationen vom Kleinhändler bis zum Hausbesitzer einschloss.

Bereits Ende der 1870er Jahre hatte Fritsch die Forderungen des politischen Antisemitismus aufgenommen und sich zu einem radikalen völkischen Antisemiten entwickelt. Er gab den Juden die Schuld an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Mittelstands. Im November 1905 wurde Fritsch Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen. Fritsch war Reichstagsabgeordneter der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Er besaß einen ausgeprägten völkisch-sozialen Sinn und gehörte zu den ersten, die in Deutschland Planungen für eine Gartenstadt entwarfen.

Als politischen Hauptfeind sah Fritsch die Sozialdemokratie an. Ihr Aufstieg war für ihn das Resultat einer von Juden geförderten staatsfeindlichen Bewegung. Fritsch intensivierte seine Aktivitäten gegen eine vermeintliche jüdische Bedrohung. Im Jahre 1880 gründete er den Hammer-Verlag in Leipzig und verbreitete teilweise unter dem Pseudonym Thomas Frey antisemitische Flugblätter. Im Jahre 1885 begann er mit der Herausgabe der Antisemitischen Korrespondenz. Fritsch profilierte sich mehr und mehr als Verleger und Publizist und verstärkte seine antisemitische Verbandsarbeit. Er wurde Geschäftsführer der Deutschen Reformpartei und gründete 1886 die Deutsche Antisemitische Vereinigung. Im Jahre 1887 erschien mit dem Titel „Antisemiten-Katechismus“, seit 1907 „Handbuch der Judenfrage“, ein Standardwerk der völkischen Bewegung im Kaiserreich. Fritsch gehörte 1891 zu den Mitbegründern der Deutsch-Sozialen Partei. Wenige Jahre später zog er sich aus der antisemitischen politischen Bewegung zurück. Im Jahre 1900 erwarb Fritsch ein Grundstück in Gautzsch, dem heutigen Markkleeberg-West.

Fritsch konzipierte eine neue antidemokratische Zeitschrift, die sämtliche emanzipatorischen Bewegungen seiner Zeit im Visier hatte. 1902 erschien der „Hammer. Blätter für deutschen Sinn“. Im Jahre 1912 gründete er in Leipzig den Reichshammerbund als eine nationale Organisation. Er wollte damit die Ära eines überparteilichen Antisemitismus einleiten.

Für seine antisemitischen Hetztiraden stand Fritsch mehrmals vor Gericht. Die Urteile fielen überwiegend milde aus.

Am 8. September 1933 starb Fritsch in Gautzsch. Die Nationalsozialisten nannten ihn einen „Vorkämpfer des Antisemitismus“; und sie sahen Fritsch als einen weltanschaulichen Ideengeber ihrer Bewegung an. Die Beerdigung am 12. September 1933 glich einem Staatsbegräbnis und wurde als eine propagandistische Großveranstaltung der neuen Machthaber inszeniert. Am Grabe von Fritsch hatten sich der NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter in Sachsen Martin Mutschmann, Reichsinnenminister Wilhelm Frick, der Leipziger NSDAP-Kreisleiter Walter Dönicke und der nationalsozialistische evangelische Landesbischof Friedrich Coch versammelt.

1933 „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

Wissenschaftler im Dienst der nationalsozialistischen Weltanschauung: Otto Reche



Otto Reche, um 1938
(Universitätsarchiv Leipzig)

Otto Reche wurde am 24. Mai 1879 im niederschlesischen Glatz (polnisch Klodzko) als ältester Sohn des Apothekers Paul Reche geboren. Er studierte Zoologie, vergleichende Anatomie und Anthropologie in Jena, Berlin und Breslau. Hier wurde er im Dezember 1904 promoviert. Seit 1906 war er wissenschaftlicher Hilfsarbeiter und später Abteilungsleiter am Museum für Völkerkunde in Hamburg. Vom Juni 1908 bis September 1909 nahm Reche an einer Expedition in die Südsee teil. Nach der Rückkehr wurde er Dozent am

Hamburger Kolonialinstitut und 1911 am Museum für Völkerkunde verbeamtet. Reche heiratete, die erste Tochter wurde geboren.

Im ersten Weltkrieg stand Reche von 1915 bis 1917 als Offizier der Landwehr an der Ostfront. 1919 habilitierte sich Reche an der Universität Hamburg für Anthropologie und Ethnologie. Im Sommer 1924 folgte er einem Ruf als ordentlicher Professor für Völkerkunde an die Universität Wien.

Im Juni 1927 nahm Reche einen Ruf an die Universität Leipzig auf den Lehrstuhl für Völkerkunde an. Reche vertrat eine biologistische Richtung der Anthropologie. In Leipzig leitete er das Ethnologisch-Anthropologische Institut, das im November 1933 in Institut für Rassen- und Völkerkunde umbenannt wurde.

Auf Rechens Forschungen über die Blutgruppen ging die Entdeckung der Fluoreszenz des Blutserums Kränker zurück. Er hatte maßgeblichen Anteil an der Begründung und am Ausbau des so genannten rassenbiologischen Abstammungsgutachtens. Während der NS-Zeit waren erb- und rassenbiologische Abstammungsuntersuchungen ein zentrales Instrument der nationalsozialistischen Rassenpolitik. Auch Reche betätigte sich als Gutachter.

Bis 1933 war Reche Vorsitzender der Ortsgruppe Leipzig der Gesellschaft für Rassenhygiene. In Rechens Schriften vor der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ kommen Äußerungen über Juden kaum vor. Er betrachtete die Juden als eine dem deutschen Volk fremde Rasse. Unter den neuen politischen Verhältnissen seit 1933 veränderte sich sein öffentliches Auftreten. Reche trug nun als Antisemit aktiv zur Ausgrenzung der Juden bei. Die nationalsozialistische Leipziger Tageszeitung würdigte Reche zu seinem 55. Geburtstag mit einem Artikel und nannte ihn einen „Vorkämpfer für den nordischen Rassegedanken“. Seit dem 1. Mai 1937 gehörte Reche der NSDAP an.

In dem 1938 erschienenen Werk „Verbreitung der Menschenrassen. Kleine Rassenkunde“, eine Schulwandtafel mit Textheft, hatte Reche alle bekannten antijüdischen Stereotypen aufgenommen. Das Werk wurde in der NS-Zeit im Schulunterricht verwandt.

Nach dem Ende des NS-Diktatur galt Reche an der Universität Leipzig als politisch belasteter Hochschullehrer. Er ging nach Hamburg, wo er ein Entnazifizierungsverfahren als unbelastet (Kategorie V) durchlief. 1953 zog Reche mit seiner zweiten Ehefrau nach Schmalenbek bei Ahrensburg. Reche wurde mit anthropologisch-erbbiologischen Vaterschaftsgutachten beauftragt und er publizierte weiter. Er starb am 23. März 1966 in Großhandsdorf bei Hamburg.

1933 „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

Boykottaktionen am 1. April 1933: Der Beginn der Ausschaltung der Juden aus dem gesellschaftlichen Leben Leipzigs



Litfasssäule mit Plakat zur Kundgebung im Festsaal am Zoo mit Rudolf Haake, Gießergasse in Leipzig, März 1933 (ullstein-bild)

Das unübersehbare Großplakat an einer Litfasssäule in der Gießergasse war nicht das einzige Medium, das die Leipziger zum antisemitischen Boykott am 1. April 1933 rief. Die Leipziger Tageszeitung titelte am 29. März 1933: „Wir warnen die Juden!“ In anderen Städten und Gemeinden gab es schon unmittelbar nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 zahlreiche „wilde“ Boykottaktionen. SA-, NSDAP- und HJ-Trupps postierten sich vor jüdischen Geschäften und Warenhäusern. Auf den hochgehaltenen Plakaten war zu lesen: „Kauft nicht bei Juden, kauft in deutschen Geschäften!“ Sie beschmierten Schaufenster und Fassaden mit antijüdischen Parolen und hinderten Kunden am Zutritt. Vielfach kam es zu Gewalttaten. Jüdische Geschäftsinhaber wurden misshandelt, inhaftiert und erpresst. Scheinheilig wandte sich die NSDAP-Führung zunächst gegen diese „Einzelaktionen“ ihrer Ortsgruppen. In einem Erlass des Reichsinnenministeriums vom 13. März 1933 hieß es, man warne vor „Schließungen und Bedrohungen von Einzelhandelsgeschäften.“ Hitler hatte im „Völkischen Beobachter“ schon am 10. März 1933 behauptet, dass kommunistische Spitzel die Gewaltaktionen provoziert hätten. Er erklärte seiner Klientel, der weitere „Vollzug der nationalen Erhebung“ werde von der Reichsregierung als ein von oben geleiteter „planmäßiger“ Prozess gestaltet und forderte Disziplin bei der Umsetzung der nationalsozialistischen Ziele. Wie man sich eine solche konzertierte Aktion vorstellte, demonstrierte die NSDAP-Führung schon wenige Wochen später. Das „Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze“ unter Leitung von Julius Streicher veröffentlichte am 31. März 1933 im Völkischen Beobachter einen Aufruf, im ganzen Reich am 1. April 1933 ab 10 Uhr einen Tag des antijüdischen Boykotts zu veranstalten. Darin hieß es: „Millionen Deutsche haben mit Sehnsucht auf diesen Tag gewartet, an dem das deutsche Volk in seiner Gesamtheit aufgerüttelt würde, auf dass es endlich im Juden den Weltfeind erkenne ... Alljuda hat den Kampf gewollt, es soll ihn haben! Es soll ihn so lange haben, bis es erkannt haben wird, dass das Deutschland der Braunen Bataillone kein Deutschland der Feigheit ist und der Ergebung. Alljuda soll den Kampf so lange haben, bis der Sieg unser ist! Nationalsozialisten! Schlagt den Weltfeind! Und wenn die Welt voll Teufel wär, es muss uns doch gelingen!“

Auch in Leipzig wurden am 1. April 1933 jüdische Geschäfte, Warenhäuser, Arztpraxen und Rechtsanwaltskanzleien boykottiert und ihre Inhaber drangsaliert. Der „Aprilboykott“ von 1933 war der Beginn einer in den folgenden Jahren öffentlich exekutierten rassistisch-antisemitischen Gesellschaftspolitik des NS-Regimes, deren Ziel die Erschaffung einer „rassereinen deutschen Volksgemeinschaft“ war.



Boykottaufruf, 1933
(Leipziger Tageszeitung vom 1./2.4.1933, S. 1)



Plakat, 1933
(Deutsches Historisches Museum Berlin)



Schikanierung jüdischer Rauchwarenhändler am Brühl, 3. v. l. Chaim Bleiweiß, 1933
(United States Holocaust Memorial Museum Washington)



Bänderrolenartiges kleines Schriftplakat, 1933
(Deutsches Historisches Museum Berlin)

Kaufhaus Gebrüder Held, Leipzig-Lindenau, während des Boykotts am 1. April 1933
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)



1933 „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

Boykottiert und „arisiert“:
Das Beispiel Kaufhaus M. Joske & Co. und
die Rauchwarenhandlung Marcus Harmelin

Im Jahre 1904 errichtete der Kaufmann Michaelis-Max Joske ein Kaufhaus im westlichen Stadtteil Plagwitz in der Karl-Heine-Straße 43. Das Unternehmen firmierte als M. Joske & Co. und wurde als eine offene Handelsgesellschaft betrieben. Es war das erste Kaufhaus in Plagwitz. In den nächsten zwei Jahrzehnten wurde das Kaufhaus durch Grundstückszukäufe und einen Umbau erweitert. Im Jahre 1924 schied M. Joske aus dem Unternehmen aus. Er starb am 10. Mai 1933 im Alter von 74 Jahren in Leipzig. Die Söhne Julius und Hans Joske übernahmen als neue Gesellschafter die Leitung des Geschäfts.

Der erweiterte Eingangsbereich vor dem Kaufhaus war seit dem Ende der 1920er unter den Plagwitzer SA-Männern zu einem beliebten Sammelpunkt geworden. Mehrmals gingen Schaufenster des Kaufhauses zu Bruch.

Am 1. April 1933, dem Tag des Boykotts jüdischer Geschäfte, Arztpraxen und Anwaltskanzleien, wurden Hans und Julius Joske gezwungen, sich am Kaufhauseingang aufzustellen. Von den nationalsozialistischen Boykottposten und Passanten wurden sie verhöhnt und gedemütigt. Diese Szene hatte Auswirkungen auf das Kaufverhalten der zumeist nichtjüdischen Kundschaft. Viele der alten Stammkunden mieden das Geschäft. Neue Kunden kamen nicht mehr hinzu. Die Umsatzverluste nahmen existenzgefährdende Ausmaße an. Im September 1933 konnte durch ein Vergleichsverfahren ein drohender Konkurs abgewendet werden. Vierzehn Monate später war das Schicksal des Kaufhauses besiegelt. Am 8. November 1934 meldete Julius Joske Konkurs an. Die Handelsgesellschaft ging in Liquidation. Im Jahre 1939 wurde das Grundstück zwangsversteigert.



Max Harmelin, um 1930
(Wilhelm Harmelin: Marcus Harmelin Rauchwaren und Borstenkommission Leipzig 1830–1930, Zum Einhundertjährigen Bestehen, Leipzig 1930)

Die Familie Harmelin stammte aus Brody, einem Handels- und Produktionszentrum in Galizien. Im Jahre 1818 war die erste Generation in Leipzig sesshaft geworden. 1830 gründete der Kaufmann Marcus Harmelin ein Pelzgeschäft und betrieb Borstenhandel. Das Unternehmen hatte großen geschäftlichen Erfolg. Im Jahre 1905 wurde ein repräsentativer Firmensitz am Brühl 47 und noch vor 1914 das Geschäftshaus Nikolaistraße 57/59 errichtet. Nach dem Ersten Weltkrieg trat Max Harmelin als Mitgesellschafter neben Josef Garfunkel in die Firma ein. Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ ging die Geschäftstätigkeit stark zurück. Im Frühjahr 1933 verhängte der sächsische Justizminister gegen den Rechtsanwalt Wilhelm Harmelin, den Bruder von Max Harmelin, Berufsverbot. Der Jurist trat als Gesellschafter in die Firma ein. Im August 1935 wurde ihm „Rassenschande“ vorgeworfen. Er kam in das KZ Sachsenburg bei Chemnitz. Nach neun Monaten wurde Wilhelm Harmelin entlassen. Während der Haftzeit wurde die Firma in ihrem wirtschaftlichen Nerv getroffen. Importbeschränkungen brachten den Handel mit Fellen und Borsten fast vollständig zum Erliegen. In der Folge beschränkte sich die Firma vor allem auf die Grundstücksverwaltung und -vermietung. Max Harmelin emigrierte nach England und betrieb in London eine Pelzhandlung. Im März 1939 konnte auch Wilhelm Harmelin, der Geschäftsführer und Gesellschafter der Ostrabor Ltd. London war, nach England reisen. Der Leipziger Oberfinanzpräsident hatte vor der Reise eine Sicherungsanordnung über das Vermögen erlassen. Es wurde dann vom Reichsfiskus beschlagnahmt.



Kaufhaus M. Joske & Co, Karl-Heine-Straße 43-45, während des Boykotts am 1. April 1933
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)



Firma Marcus Harmelin, Brühl 47, kleiner Vorhof, Aufgang zu den Kantorräumen und Eingang zu den Lagerräumen
(Wilhelm Harmelin: Marcus Harmelin Rauchwaren und Borstenkommission Leipzig 1830–1930, Zum Einhundertjährigen Bestehen, Leipzig 1930)



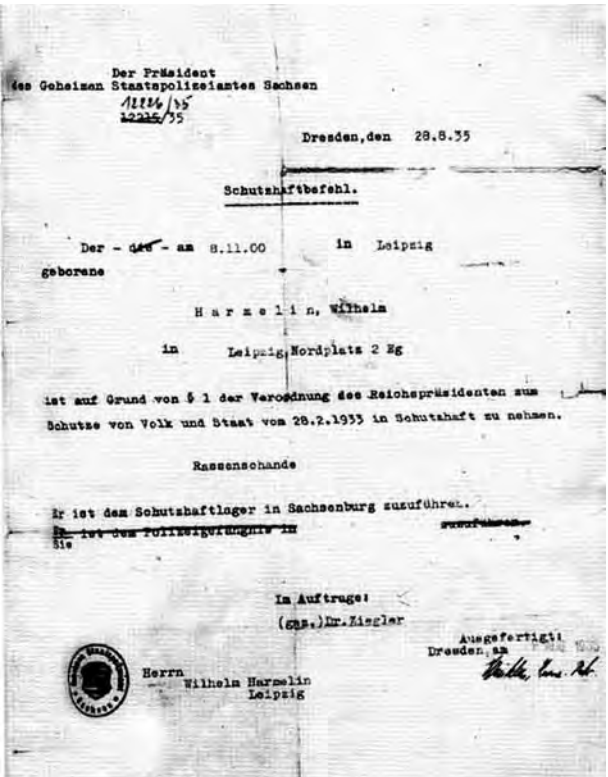
Wilhelm Harmelin, um 1937
(Sächsisches Staatsarchiv Leipzig)



Berufsverbot Wilhelm Harmelins als Rechtsanwalt 1933
(Sächsisches Staatsarchiv Dresden)



Kinderfoto Ruth Joske, Tochter von Hans Joske, 1. Reihe, 4. von links, um 1934, Einschulung in der 47. Volksschule Leipzig
(Privatbesitz Öhmigen, Leipzig)



Dokumente zur Inhaftierung Wilhelm Harmelins in das KZ Sachsenburg, 28. August 1935
(Privatbesitz Rosemary Preiskel Harmelin)

1935 „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

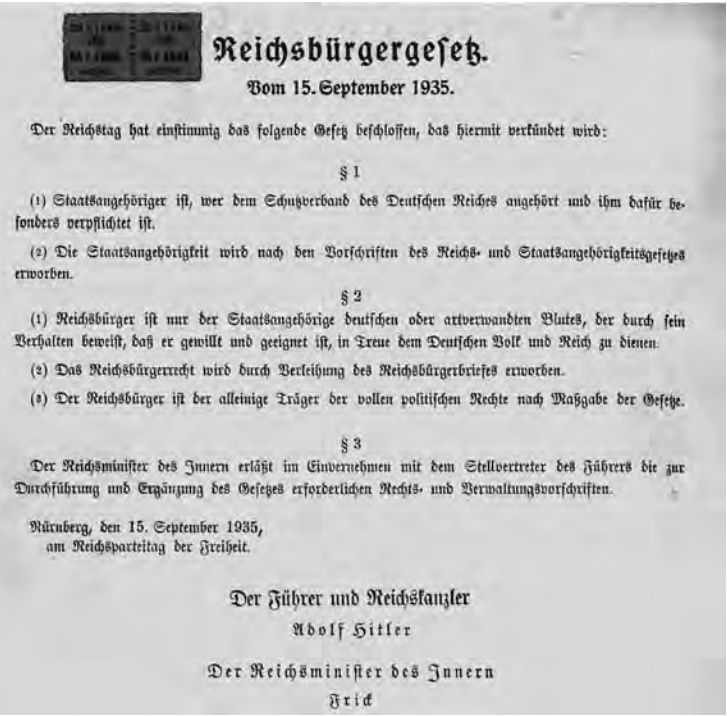
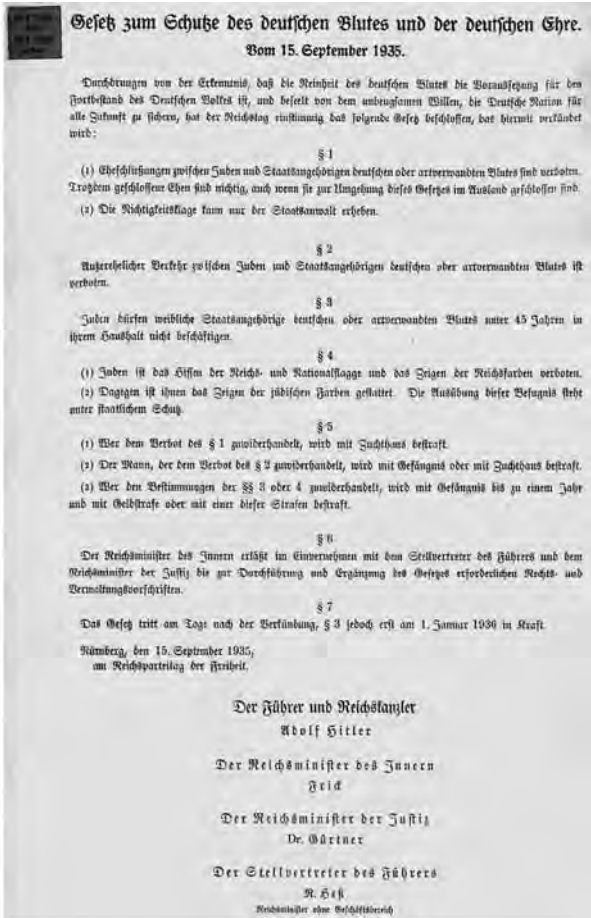
Die Dynamisierung und Institutionalisierung der Judenpolitik

Nach den Boykotten und Gewaltexzessen gegen jüdische Geschäftsleute, Ärzte und Juristen im März/April 1933, die vor allem von den Aktivisten an der Basis ausgegangen waren, begann eine Phase der Legalisierung der antisemitischen Politik. Reichsregierung und Landesregierungen erließen in den folgenden Monaten und Jahren zahlreiche Gesetze und Verordnungen, welche die Ausgrenzung der Juden aus dem gesellschaftlichen Leben Deutschlands in bürokratische Bahnen lenkte. Das begann am 7. April 1933 mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ und seinem so genannten „Arierparagrafen“. Dieser verfügte, dass Juden künftig von der Ausübung aller beamteten Berufe ausgeschlossen waren. Lehrer und Wissenschaftler jüdischer Abstammung wurden in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, Verwaltungsangestellte und Staatsbedienstete aus ihren Stellen vertrieben.

Auch in der Wirtschaft begann unmittelbar nach der Boykottaktion von 1933 die Ausgrenzung jüdischer Unternehmer. Das „Einzelhandelsschutzgesetz“ vom 12. Mai 1933 sollte verhindern, dass die aus staatlichen Verwaltungen, Schulen und Universitäten entlassenen Juden sich im Wirtschaftssektor neue Betätigungsfelder suchen konnten. Anders als für die Reichs-, Landes- und Kommunalverwaltungen gab es für den wirtschaftlichen Bereich aber zunächst keine gesetzlichen Regelungen zur „Entjudung“. Der Konsolidierungsprozess der Wirtschaft sollte nicht unnötig gestört werden. Denn von einem raschen wirtschaftlichen Aufschwung hing wesentlich die Akzeptanz der neuen Machtverhältnisse durch die Bevölkerung ab. Außerdem war eine starke Wirtschaft für den Revanchekrieg notwendig, den die Nationalsozialisten planten. An eine schnelle und radikale „Entjudung der Wirtschaft“, die von der NSDAP wie von völkisch-nationalistischen und konservativen Vereinen seit Jahrzehnten propagiert worden war, dachten die nationalsozialistischen Verantwortungsträger aus all diesen Gründen zunächst nicht. Die Initiativen zur Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftssektor gingen dagegen von der „kampfbereiten“ NSDAP-Basis in den Kommunen sowie von „arischen“ Konkurrenten aus. Zu den Vorkämpfern der „Arisierung“ der Wirtschaft gehörte die 1933 gegründete „Arbeitsgemeinschaft deutsch-arischer Fabrikanten der Bekleidungsindustrie e.V.“ (ADEFA). Auch in der Leipziger Lokalpresse warb die ADEFA in großen Anzeigenkampagnen für „arische Unternehmen“ und für „Waren aus arischer Hand“. Zudem wurden Verzeichnisse zur Orientierung der Kundschaft erstellt. So veröffentlichte die Leipziger Tageszeitung am 9. Oktober 1935 eine Liste „arischer“ Geschäfte und Handwerker. Mit den „Nürnberger Rassengesetzen“ vom Herbst 1935 begann

eine neue Phase der nationalsozialistischen Judenpolitik. Zwar enthielt das Gesetzespaket keine bürokratischen Regelungen zur jüdischen Wirtschaftstätigkeit. Doch die nun per Gesetz verkündete „Minderwertigkeit der jüdischen Rasse“ und ihre Einstufung als „Gefahr“ für die „deutsche Volksgemeinschaft“ dynamisierte auch im wirtschaftlichen Bereich die Praxis der gesellschaftlichen Diskriminierungen und Ausgrenzungen von Juden. Behörden-Schikanen, Denunziationen und Anfeindungen, aber auch gezielte Behinderungen unternehmerischer Tätigkeiten trieben viele Juden schon in den ersten Jahren des NS-Regimes ins Exil. So waren 1936 in Leipzig schon über 100 Firmen der Rauchwarenbranche liquidiert oder „arisiert“.

Werbeanzeige der ADEFA „Arbeitsgemeinschaft Deutsch-Arischer Fabrikanten der Bekleidungsindustrie“ (Leipziger Neueste Nachrichten vom 11.11.1938, S. 21)



„Nürnberger Gesetze“ (Reichsgesetzblatt I 1933, S. 1146f)

Auszug aus der Liste „arischer“ Geschäfte und Handwerker: Friseurgeschäfte bis Konditoreien, Oktober 1935 (Leipziger Tageszeitung vom 9.10.1935, S. 10f)



1935 „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

Kriminalisiert und „arisiert“:
Das Beispiel Textilhaus Sonder & Co.

Anfang 1928 eröffnete der jüdische Kaufmann Arthur Sonder gemeinsam mit einem Geschäftspartner ein Etagengeschäft für Seiden-, Woll- und Baumwollstoffe, Gardinen und Teppiche in der Petersstraße 16 in Leipzig.

Sonder wurde am 27. Mai 1886 in Stadtlengsfeld/Thüringen geboren. Er besuchte die Volksschule und erhielt Privatunterricht. Nach einer kaufmännischen Lehre bei einer Textil- und Manufakturwarenfabrik in Eisenach nahm er ein Studium an der dortigen Handelshochschule auf. Es folgten Tätigkeiten als Einkäufer und Abteilungsleiter bei Textil-Großhandels-Unternehmen in mehreren Städten Deutschlands. Im Jahre 1910 gründete Sonder das Textilkaufhaus A. Sonder & Co. GmbH in Gelsenkirchen. Arthur Sonder heiratete Fridel Engel. Das Ehepaar hatte zwei Töchter, Lore und Ellen.

Das Unternehmen in Leipzig entwickelte sich hervorragend. Auch unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise seit Anfang der 1930er Jahre und den Bedingungen von Boykott und Drangsal gegenüber jüdischen Firmen im NS-Staat, konnte das Textilhaus Sonder die Umsätze stabil halten. Das Geschäft hatte durch gute Qualität und niedrige Preise eine große jüdische und nichtjüdische Stammkundschaft. Aber die äußeren Umstände der antijüdischen Politik blieben nicht ohne Folgen. Im April 1933 schied der Geschäftspartner Bernhard Wartensleben aus. Arthur Sonder wurde Alleininhaber.

Im Frühjahr 1935, nach einem Rabattverkauf von Stoffresten, begannen gezielte Angriffe gegen die Firma. Die Angriffe gingen von der Nationalsozialistischen Handels- und Gewerbe-Organisation (NS-Hago) aus, die das Geschäft in „arische“ Hände überführen wollte.

Da Sonder nicht „freiwillig“ einem Verkauf zustimmte, wurden Anschuldigungen gegen seine Unternehmensführung erhoben. Schnell fand sich ein Staatsanwalt, der Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes und Verstoßes gegen das Wettbewerbsgesetz erhob und ein Richter, der am 25. Juli 1935 eine unvorstellbar hohe Strafe in einer Sache verhängte, die höchstens als geringfügige Ordnungswidrigkeit angesehen werden konnte. Als Nebenkläger war der Leipziger Verband des Einzelhandels aufgetreten. Als Sachverständiger wurde ein 22-jähriger kaufmännischer Angestellter vom Kaufhaus Theodor Althoff gehört.

Sonder wurde zu 30 000 RM Geldstrafe, ersatzweise fünf Monate Gefängnis, verurteilt. Das Urteil besiegelte den Zwangsverkauf seiner Firma. Im August 1935 verständigte sich der Leiter der NS-Hago und stellvertretende Kreisleiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF) mit einem Vertreter der Kreishauptmannschaft (Regierungspräsidium) über den Verkauf. Die Firma ging an den Berliner Kaufmann Curt Hentschel, der über den Berliner Rechtsanwalt der Salamander AG, die Eigentümerin des Grundstücks Petersstraße 16 war, ins Spiel gebracht wurde.



Petersstraße 16, Leipzig, um 1935 (Stadtarchiv Leipzig)



Betriebsausflug der Mitarbeiter des Textilhauses Sonder & Co, Oktober 1933 (Privatbesitz Ellen Leikind, Great Neck)



Arthur Sonder, um 1938 (Privatbesitz Ellen Leikind, Great Neck, Foto: Ernst Hoenisch)

Fridel Sonder, geb. Engel, mit Töchtern Lore und Ellen Sonder, um 1935 (Privatbesitz Ellen Leikind, Great Neck, Foto: Ernst Hoenisch)



Werbeanzeige Kaufhaus Sonder & Co, Petersstraße 16, März 1934 (Neue Leipziger Zeitung vom 8.3.1934, S. 6)

Werbeanzeige Firma Hentschel & Co, Petersstraße 16, März 1937 (Leipziger Neueste Nachrichten vom 21.3.1937, S.12)



Stadtverwaltung im NS-Staat: Rudolf Haake, Walter Dönicke und Alfred Freyberg

Kommunalverwaltungen waren in der NS-Zeit Schnittstellen nationalsozialistischer Herrschaftspolitik in den Städten. Seit dem Frühjahr 1933 entwickelten die Kommunen ganze Kataloge örtlicher Maßnahmen zur kollektiven und individuellen Ausgrenzung der Juden und eilten damit teilweise den Bestimmungen auf Reichsebene um Jahre voraus.

In Leipzig vollzog sich das antijüdische Vorgehen der Stadtverwaltung über Absprachen mit der Kreisleitung der NSDAP, dem Regierungspräsidium, dem Oberfinanzpräsidium und der Staatspolizeistelle.

Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 geriet zum Auftakt einer Beurlaubungs- und Entlassungswelle von Beamten, Angestellten und Künstlern jüdischer Herkunft im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung. Nach der lokalen „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten im Leipziger Rathaus wurden Straßen umbenannt und jüdische und paritätische Stiftungen durch Namensänderungen und Überführung des Vermögens in kommunale Sammelstiftungen „arisiert“. Jüdische Unternehmen wurden von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossen und erhielten von den kommunal beaufsichtigten Geldinstituten keine Firmenkredite mehr. Seit 1938 wurden für jüdische Händler keine Wandergewerbescheine und Legitimationskarten mehr ausgestellt.

Im August 1935 gab die Stadtverwaltung ein Verzeichnis der jüdischen Ärzte und Zahnärzte in Leipzig mit der Aufforderung in Umlauf, nur noch nichtjüdische Ärzte aufzusuchen. Anfang 1938 folgte eine Androhung beruflicher Sanktionen, wenn nichtjüdische Mitarbeiter der Stadtverwaltung beim Einkauf in jüdischen Geschäften beobachtet werden.

Ende 1938 hatte sich die Stadtverwaltung entschlossen, Juden rücksichtslos in Zwangsarbeit zu pressen. Im April 1940 führte Leipzig als erste deutsche Großstadt einen uneingeschränkten Arbeitszwang für Juden ein. An Leipzig orientierten sich spätere zentrale Entscheidungen von Reichsbehörden.

Im Jahre 1937 leitete die Stadtverwaltung die „Arisierung“ von Immobilien und Wohnraum für kommunale Zwecke ein. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erwarb die Stadtverwaltung mehrere Grundstücke, darunter das Israelitische Krankenhaus, zwei Altersheime und ein Kindertagesheim.

Zur Umsetzung des „Gesetzes über die Mietverhältnisse mit Juden“ vom 30. April 1939 wurde beim Amt zur Förderung des Wohnungsbaues eine „Judenstelle“ eingerichtet. Im Herbst 1939 standen 47 so genannte Judenhäuser fest, in denen die jüdischen Bürger und nichtjüdische Ehepartner von „Mischehen“ auf engsten Raum einquartiert wurden.

Als im Januar 1942 die Deportation der Juden aus Leipzig begann, beteiligten sich auch Mitarbeiter der „Judenstelle“ an der namentlichen Zusammenstellung der Transportlisten. Sie handelten als radikale Antisemiten aus innerer Überzeugung. Diese Mitarbeiter waren Haupttäter. Sie trafen ihre Entscheidungen in dem Bewusstsein, über Leben und Tod der als Juden verfolgten Menschen bestimmen zu können.



*Bürgermeister
Rudolf Haake,
o. J.
(Stadtgeschichtliches
Museum Leipzig)*

Bürgermeister Rudolf Haake

Rudolf Haake wurde am 17. Oktober 1903 als Sohn eines Kaufmanns in Leipzig geboren. Haake absolvierte eine kaufmännische Ausbildung und war bis Ende 1924 als Kontorist und Lagerist tätig. 1922 hatte sich Haake der NSDAP angeschlossen. Er war maßgeblich am Aufbau der Leipziger Hitlerjugend beteiligt. 1926 zog Haake nach Kelbra/Kyffhäuser, wo er in der Firma seines Vaters mitarbeitete. In Kelbra gründete er eine Ortsgruppe der NSDAP und leitete den Bezirk Kyffhäuser der NSDAP. 1928 kehrte Haake nach Leipzig zurück. Im Januar 1930 zog er, nun Geschäftsführer der NSDAP in Leipzig, als Stadtverordneter in das Leipziger Rathaus ein. Er wurde Kreisamtsleiter für Gemeindepolitik. Seit 1. Januar 1933 war Haake Geschäftsführer der nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion in Leipzig.

Mitte März 1933 wurde Haake vom Staatskommissar zur besonderen Verwendung bei der Kreishauptmannschaft Leipzig, Walter Dönicke, zur „Wahrung der Interessen der NSDAP“ in der Leipziger Stadtverwaltung eingesetzt. Im Mai 1933 wählte ihn die nun gleichgeschaltete Stadtverordnetenversammlung zum ehrenamtlichen Bürgermeister. Im September 1934 stieg der Nationalsozialist zum hauptamtlichen Bürgermeister und Stellvertreter des Oberbürgermeisters Dr. Carl Goerdeler auf. Während der Amtszeit Goerdelers gingen von Haake fast alle

antijüdischen Maßnahmen in der Stadtverwaltung aus. Nach dem Ausscheiden des Oberbürgermeisters 1936 und des Nachfolgers Walter Dönicke im Jahre 1938 führte Haake die Amtsgeschäfte im Rathaus bis zur Berufung Alfred Freybergs 1939.

Ende 1941 traten erste Differenzen mit Oberbürgermeister Freyberg auf. Im November 1942 wurde Haake vom Dienst beurlaubt. Nach der Versetzung in den Ruhestand im April 1943 zog Haake mit seiner Frau und den sieben Kindern nach Kelbra. Als am 12. April 1945 amerikanische Soldaten Kelbra besetzten, hatte sich Haake im Rathaus verschanzt. Nach einem kurzen Schusswechsel starb er an einer Schussverletzung.



*Oberbürgermeister
Walter Dönicke,
1938
(Stadtgeschichtliches
Museum Leipzig)*

Oberbürgermeister Walter Dönicke

Walter Dönicke wurde am 27. Juli 1899 als Sohn eines Werkmeisters in Eisenach geboren. 1902 siedelte die Familie nach Leipzig über. 1914 begann Dönicke eine Tischlerlehre. Nach dem Ende der Lehrzeit wurde er 1917 als Soldat eingezogen und stand bis zum Ende des Ersten Weltkrieges im Feld. Nach der Rückkehr arbeitete er als Tischler in einem Leipziger Großbetrieb.

1925 trat Dönicke in die NSDAP ein. Ein Jahr später wurde er zum Kreisleiter der Partei in Leipzig berufen. 1929 wurde Dönicke in den Sächsischen Landtag gewählt.

Am 11. März 1933 ernannte der Reichskommissar für Sachsen, Manfred von Killinger, den Leipziger NSDAP-Kreisleiter Dönicke zum Staatskommissar zur besonderen Verwendung der sächsischen Regierung bei der Kreishauptmannschaft (seit 1939 Regierungspräsidium) Leipzig. Am 1. Oktober 1933 wurde Dönicke zum Kreishauptmann ernannt und vereinte nun in seiner Person die administrative Macht einer staatlichen Mittelbehörde und die politische Macht eines NSDAP-Kreisleiters.

Als für den 1936 zurückgetretenen Oberbürgermeister Dr. Carl Goerdeler ein Nachfolger mit den nationalsozialistischen Meriten eines alten Kämpfers gesucht wurde, fiel die Wahl auf Dönicke. Am 12. Oktober 1937 wurde er in sein neues Amt eingeführt. In der Amtszeit Dönickes verschärfte die Stadtverwaltung ihr antijüdisches Vorgehen.

Wenige Tage vor Ablauf der Probezeit traf der Reichsinnenminister die Entscheidung, Dönicke zum Rücktritt zu bewegen. Am 12. Oktober 1938 wurde die Meldung über sein Ausscheiden verbreitet. In der Rolle des Oberbürgermeisters einer führenden deutschen Großstadt, einer Position im Rampenlicht der Öffentlichkeit, war Dönicke überfordert.

Nach seinem Ausscheiden wechselte er in die Wirtschaft. 1939 wurde er Abteilungsleiter bei den Arado-Flugzeugwerken in Potsdam-Babelsberg.

Beim Vormarsch der US-Armee auf Leipzig im April 1945 zog sich Dönicke als Mitglied des Kreisführungsstabes des Volkssturms mit anderen nationalsozialistischen Funktionsträger in das Neue Rathaus zurück. Am 19. April 1945 beging er Selbstmord.

1935 „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

Stadtverwaltung im NS-Staat: Rudolf Haake, Walter Dönicke und Alfred Freyberg



Oberbürgermeister
Alfred Freyberg,
um 1940
(Leipziger Jahrbuch 1940,
S. 205)

Oberbürgermeister Alfred Freyberg

Alfred Freyberg wurde am 12. Juli 1892 als Sohn eines Landwirts in Harsleben (Kreis Halberstadt) geboren. Freyberg besuchte das Realgymnasium in Halberstadt. Nach dem Abitur studierte er Rechtswissenschaften an den Universitäten München, Königsberg, Halle und Genf. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges meldete er sich als Kriegsfreiwilliger und kam an die Westfront. Kurz vor Kriegsende kehrte er in den Hörsaal zurück und legte die Erste Juristische Staatsprüfung ab. Es folgte die Referendarausbildung, und im Jahre 1922 bestand er die Zweite Juristische Staatsprüfung. Den Einstieg in die Berufslaufbahn begann Freyberg in einem Finanzamt.

Freyberg hatte sich 1922/23 als junger Jurist der nationalsozialistischen Bewegung angeschlossen und 1925 die Ortsgruppe der NSDAP in Quedlinburg mitbegründet.

Er trat in die SS ein und nahm einen schnellen Aufstieg. Durch seine Parteiaktivitäten für die NSDAP geriet Freyberg in Konflikt mit seiner Dienstbehörde. 1926 schied er aus dem Staatsdienst aus und eröffnete eine Anwaltskanzlei in Quedlinburg. Er wurde als Stadtverordneter in das Quedlinburger Rathaus gewählt. Nach dem Wahlsieg der NSDAP bei den anhaltinischen Landtagswahlen im April 1932 wurde Freyberg von der NSDAP-geführten neuen Regierungskoalition zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen und ernannt. Seit 1933 lautete die Bezeichnung Staatsminister von Anhalt. Freyberg war der erste nationalsozialistische Ministerpräsident im Deutschen Reich. Bis 1939 blieb er Staatsminister in Dessau.

Als im Oktober 1938 der Leipziger Oberbürgermeister Walter Dönicke aus seinem Amt ausschied, gestaltete sich die Suche nach einem Nachfolger schwierig. Unter Vermittlung von Hitler und Reichsinnenminister Frick und mit Zustimmung des Gauleiters und Reichsstatthalters in Sachsen, Martin Mutschmann, fiel die Wahl auf Freyberg. Freyberg war ein fähiger Verwaltungsfachmann und in hohem Maße geeignet, Leipzigs Position im Konkurrenzkampf der deutschen Großstädte zu behaupten und die Stadtverwaltung in einem bevorstehenden Krieg zu führen. Er besaß eine ausgesprochen antisemitische Denkart. Zu seinem 50. Geburtstag 1942 wurde er von Hitler zum SS-Gruppenführer ernannt.

Als Anfang April 1945 amerikanische Truppen vor den Toren Leipzigs standen, sprach sich Freyberg gegen eine Verteidigung der Stadt aus.

Die letzten Kriegstage hielt sich der Oberbürgermeister im Rathaus auf. Am 18. April 1945 begingen Freyberg, seine Frau und eine seiner Töchter Selbstmord.

1935 „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

Entweiht und „arisiert“: Das Beispiel Erster Jüdischer Friedhof im Johannistal

Der erste jüdische Friedhof in Leipzig entstand auf Initiative jüdischer Kaufleute aus Brody. Im Oktober 1814 wurde mit dem Leipziger Rat ein Erbpachtvertrag über einen Begräbnisplatz in der östlichen Vorstadt, im Johannistal, unterzeichnet. Die erste Beerdigung fand am 28. November 1814 statt. Im Zeitraum von fünfzig Jahren wurden 334 Personen beerdigt. Der Platz war damit ausgeschöpft. Eine Erweiterung des Friedhofsgeländes war nicht möglich. Jüdische Grabstätten symbolisieren die Unsterblichkeit der Seele und sind für alle Zeit angelegt. 1864 wurde ein neuer jüdischer Friedhof eröffnet und der alte Friedhof geschlossen. Dieser Friedhof war schon vor der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ Anwohnern ein Dorn im Auge. Nach 1933 war es vor allem der nationalsozialistische Bürgermeister Rudolf Haake, der als radikaler Antisemit federführend an der Verdrängung der Juden aus dem Stadtbild beteiligt war. Als sich der Oberbürgermeister Carl Goerdeler im November 1936 auf einer Auslandsreise befand, nutzte Haake die Abwesenheit zu zwei folgenschweren Schritten. Er veranlasste den Abriss des Mendelssohn-Bartholdy-Denkmals am 9. November 1936 und suchte im sächsische Ministerium für Volksbildung für die Zustimmung zur Einebnung des jüdischen Friedhofs im Johannistal nach. Anfang Dezember 1936 lag ein Antwortschreiben im Leipziger Rathaus vor. Ende Februar 1937 erhielt die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig vom städtischen Grundstücksamt die Kündigung des Erbpachtvertrages zum 30. Juni 1937. Als Kündigungsgrund gaben die Verfasser an, dass der Friedhof von Wildwuchs überwuchert und der Eingangsbereich mit Schutt bedeckt sei und das Gelände für eine öffentliche Grünanlage mit Kinderspielplatz benötigt werde. Die Interventionen der Jüdischen Gemeinde beim städtischen Grundstücksamt und beim Volksbildungsministerium gingen ins Leere. Auch ein juristisches Gutachten der Jüdischen Gemeinde, das den Erbpachtvertrag von 1814 als unkündbar anerkannte, änderte nichts an der Situation. Am 12. Juni 1937 teilte die Jüdische Gemeinde der Stadtverwaltung mit, dass „wir [...] also gegen unsere Rechtsüberzeugung und unter schwersten religiösen Bedenken diesen Friedhof räumen.“ Die Jüdische Gemeinde begann mit der Umbettung der Grabstellen. Die Gebeine der Verstorbenen wurden getrennt voneinander in einem Sammelgrab auf dem Neuen Israelitischen Friedhof bestattet. Fast alle Grabsteine wurden zerschlagen und als Grabfundamente verwendet. Nur 17 Grabsteine, die man nach kulturhistorischen Gesichtspunkten auswählte, sind auf der Grabanlage aufgestellt worden. Die Jüdische Gemeinde beauftragte den Bildhauer Rudolf Saudek mit der Anfertigung eines Grabmals in Form einer Stele, auf der die Namen der Bestatteten verewigt sein sollten. Der Novemberpogrom 1938 und die Zerstörung jüdischen Lebens in Leipzig verhinderten die Ausführung.

Zitat: Henning Steinführer, *Der Alte israelitische Friedhof im Leipziger Johannistal*, in: Ephraim Carlebach Stiftung (Hg.), *Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig*, S. 248.



Erster jüdischer Friedhof im Johannistal, 1906
(Illustrierte Zeitung, Nr. 3308, Bd. 127, Leipzig, 22.11.1906, S. 850)



Gelände des jüdischen Friedhofs im Johannistal nach der Einebnung, 1937
(Stadtarchiv Leipzig)

1938 „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

Schlüsseljahr der „Arisierung“

Am 9. und 10. November 1938 brannten in ganz Deutschland die Synagogen. Jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden angezündet, so auch das Kaufhaus Bamberger & Hertz in Leipzig. Nazihorden zerschlugen im ganzen Reich tausende Fensterscheiben, plünderten und mordeten. Nach offiziellen Angaben forderte die so genannte „Reichskristallnacht“ 91 Todesopfer, wahrscheinlich aber waren es viel mehr. Den Vorwand für die Gewaltorgie lieferte das Attentat des 17-jährigen Herschel Grynszpan auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath am 7. November 1938 in Paris. Der NS-Staat machte die Juden für diesen „spontanen Ausbruch des Volkszorns“ verantwortlich, dessen Initiator wahrscheinlich der Reichspropagandaminister Joseph Goebbels war. Mit der „Verordnung über die Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit“ vom 12. November 1938 wurde ihnen die Zahlung von 1 Milliarde Reichsmark als Strafe und Wiedergutmachung für den angerichteten wirtschaftlichen Schaden auferlegt.

Der Beauftragte der NS-Regierung für den Vier-Jahres-Plan, Hermann Göring, entwickelte nun einen Vorschlag zur staatlich gelenkten „Arisierung“ der Wirtschaft. Mit dem Novemberpogrom begann damit eine neue Phase der Verfolgung der Juden im Dritten Reich. Das Jahr 1938 wurde zum Schlüsseljahr der fiskalischen Ausplünderung der Juden und ihrer endgültigen Verdrängung aus der Wirtschaft. Wo bislang noch das „freie Spiel der Kräfte“ und der Markt zu gelten schien, schaltete sich der Staat nun direkt in die „Arisierung“ ein. Die einträglichen Übernahmen von zumeist weit unter Verkehrswert gekauften jüdischen Firmen wollte der NS-Staat nicht länger privaten Wirtschaftakteuren überlassen. Die Staatskasse sollte ab jetzt viel stärker an den Gewinnen beteiligt werden.

Die Vorbereitungen für diese systematische, staatlich gelenkte Ausplünderung jüdischer Bürger begann schon im Frühjahr 1938. Zunächst verschaffte sich der NS-Staat einen detaillierten Überblick über die Zahl der noch existierenden jüdischen Unternehmen und über die vorhandenen Vermögenswerte der etwa 390 000 noch im Lande verbliebenen Juden. Das geschah u.a. mit Hilfe der „Verordnung gegen die Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe“ vom 22. April 1938, der „Verordnung über die Anmeldung des jüdischen Vermögens ab 5000 Reichsmark“ vom 26. April 1938 und der „Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz“, die am 14. Juni 1938 in Kraft trat. Letztere bestimmte, dass Listen mit jüdischen Wirtschaftsunternehmen anzulegen seien. Ausgestattet mit solchen Verzeichnissen begannen die Devisenstellen und Finanzämter mit der Eintreibung der den Juden auferlegten Zwangsabgaben und Sondersteuern. An dieser Erfassung jüdischen Besitzes und der anschließenden Ausplünderung beteiligten sich eine Reihe von Behörden, Institutionen und Einzelpersonen: die Banken und Sparkassen meldeten die Kontoguthaben ihrer jüdischen Kunden, die Industrie- und Handelskammern sowie die kommunalen Gewerbeämter stellten ihre Kenntnisse über jüdische Firmen zur Verfügung, schließlich betätigten sich Wirtschaftsprüfer und Kunstsachverständige als Gutachter bei der Schätzung von Grundstücken, Häusern und Wohnungseinrichtungen. Dabei wurden auch ganze Kunstsammlungen und wertvolle Möbel erfasst und bei angemeldeter Auswanderung oder „Fluchtgefahr“ konfisziert. Diese Mobilien gelangten in die Leih- und Versteigerungshäuser, das wertvollere Raubgut, das als „nationales Kulturgut“ eingestuft wurde, aber auch in die Depots von Museen. Wer sich dieser staatlich organisierten und exekutierten Ausplünderung zu entziehen suchte, wurde von der Gestapo verfolgt und verhaftet. Die Erlöse aus den Versteigerungen und Zwangsverkäufen des Eigentums der Juden wurden auf so genannte „Sperrkonten“ überwiesen, auf die die Beraubten keinen Zugriff hatten. Die Finanzbehörden überwiesen schließlich die Guthaben, die konfiszierten Wertpapiere und Aktien an die Reichsfinanzverwaltung. Ende November 1938 waren in Leipzig nach Angaben der Industrie- und Handelskammer schon 1600 Firmen an „deutschstämmige“ Erwerber zwangsverkauft. Nur noch ganze 40 Industriebetriebe, 900 Großhandelsunternehmen und 450 Einzelhandelsgeschäfte befanden sich in jüdischem Besitz.



Ruine der Hauptsynagoge, Gottschedstraße, nach dem Novemberpogrom 1938 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Foto: Johannes Widmann)

Zeitungsartikel, 1939 (Leipziger Neueste Nachrichten vom 28.2.1939)

Brand im Kaufhaus Bamberger & Hertz, Augustusplatz, 10.11.1938 (Leipziger Neueste Nachrichten vom 11. November 1938, S. 5)



Aktie Gebrüder Heine, 13. Juli 1938, Umbenennung nach „Arisierung“ (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)

Ausgeraubt und „arisiert“: Das Beispiel Musikverlag C. F. Peters



Familie Hinrichsen, Leipzig 1919, Henri (i. v. l.) und Martha Hinrichsen (5. v. l.) mit den Kindern (v. l.) Ilse, Hans-Joachim, Robert, Paul, Max, Charlotte und Walter (Privatarchiv I. Lawford, London)

Sitz Musikverlag C. F. Peters, Talstraße 10, um 1920 (Universität Leipzig, Kustodie)



Im 19. Jahrhundert hatte sich Leipzig zum bedeutendsten Verlagsort des deutschen Musikalienhandels entwickelt. Anteil an diesem Erfolg hatte auch der C. F. Peters Verlag. Seit 1900 war Henri Hinrichsen Alleininhaber. Hinrichsen war ein erfolgreicher Unternehmer und ein bedeutender Stifter und Mäzen. Unter seinen großartigen Stiftungen ragen die 1911 eröffnete Hochschule für Frauen und der Ankauf einer bedeutenden Musikinstrumentensammlung für die Universität Leipzig heraus. C. F. Peters war ein Familienunternehmen. Ab 1931 traten drei Söhne von Henri Hinrichsen in den Verlag ein. Im März 1933 begann eine schleichende Diskriminierung und Ausgrenzung Henri Hinrichsens aus den Be-

rufs- und Standesorganisationen der Musikverleger und den Gremien seiner Stiftungen. Die Beziehungen des Verlags zu einzelnen Autoren änderten sich. 1936 gehörte C. F. Peters zu den 17 von der Reichsmusikkammer zugelassenen „jüdischen“ Musikverlagen in Deutschland. Henri Hinrichsens Söhne Max und Walter verließen Deutschland, während der Sohn Hans-Joachim in Leipzig blieb. Der Novemberpogrom 1938 brachte die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft zum Abschluss. Am 10. November 1938 wurden die Verlagsräume von C. F. Peters in der Talstraße 10 verwüstet und Noten von Mendelssohn Bartholdy im Verlagshof verbrannt. Mit der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ vom 12. November 1938 wurde die letzte Phase der „Arisierung“ und der „Entjudung der Wirtschaft“ eingeleitet. Mit ihrem Inkrafttreten am 1. Januar 1939 gab es für jüdische Unternehmer keine Existenzmöglichkeit mehr in Deutschland. Am 15. November 1938 erfolgte der Ausschluss von Henri und Hans-Joachim Hinrichsen aus der Reichsmusikkammer. Es begann die „Zwangsarisierung“ des Verlags durch einen Treuhänder aus dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, den SS-Standartenführer Gerhard Noatzke. Im Juli 1939 wurde ein Kaufvertrag abgeschlossen. Neue Gesellschafter waren Kurt Hermann und Dr. Johannes Petschull, der auch die Geschäftsführung übernahm. Als Kaufpreis wurde eine Million Reichsmark für Verlag und Grundstücke, einschließlich der Musikbibliothek Peters, vereinbart. Im Januar 1940 verließen Henri Hinrichsen und seine Frau Martha völlig mittellos Leipzig in Richtung Brüssel. Zwei Monate später folgte der Sohn Hans-Joachim. Die angestrebte Einwanderung in die USA gelang nicht. Hans-Joachim Hinrichsen starb 1940 in einem Lager in Perpignan in Frankreich. Martha Hinrichsen starb 1941 in Brüssel und Henri Hinrichsen wurde ein Jahr später nach Auschwitz deportiert und ermordet.



Belegschaft des Musikverlages C. F. Peters am 1. Mai 1934 (Sächsisches Staatsarchiv Leipzig/ Musikverlag C. F. Peters)



Schreiben von Staatskommissar Hans Hinkel an Dr. jur. Hans-Joachim Hinrichsen zum Ausschluss aus der Reichsmusikkammer, 15. November 1938 (Sächsisches Staatsarchiv Leipzig/ Musikverlag C. F. Peters)



Johannes Petschull, Widmung von Walter Hinrichsen, um 1945 (Sächsisches Staatsarchiv Leipzig)

Dr. Johannes Petschull

Johannes Petschull wurde am 8. Mai 1901 in Diez/Lahn als Sohn eines Medizinalrates geboren. Er besuchte das Gymnasium in Limburg. Von 1918 bis 1920 absolvierte er eine Apothekerlehre. Anschließend studierte er an der Universität Gießen Musikwissenschaft, Philosophie und Staatswissenschaft und gleichzeitig am Dr. Hoch'schen Konservatorium in Frankfurt am Main Klavier. 1923 wurde Petschull an der Universität Gießen promoviert. Er trat als Mitarbeiter in einen Verlag ein. Im Jahre 1927 wurde Petschull Verlagsleiter im Musikverlag B. Schott's Söhne Mainz. Als im Zuge der „Zwangsarisierung“ der Musikverlage jüdischer Inhaber nach dem Novemberpogrom 1938 mehrere Interessenten um die Übernahme des Musikverlags C. F. Peters buhlten, erhielt ein Protegé Hermann Görings, der Preußische Staatsrat Kurt Hermann, den Zuschlag. Hermann zog Petschull als Fachmann an seine Seite. Beide wurden 1939 Gesellschafter von C. F. Peters. Petschull übernahm die Geschäftsführung. Hermann war der kapitalkräftige Finanzier im Hintergrund. Petschull baute durch eine gezielte Übernahme bereits „arisierte“ Musikverlage, insbesondere der Universal Edition in Wien, einen bedeutenden privaten Musikverlagkonzern auf. Als nach dem Zweiten Weltkrieg Walter Hinrichsen, ein Sohn des in Auschwitz ermordeten Inhabers von C. F. Peters Henri Hinrichsen, im Juni 1945 von der amerikanischen Besatzungsmacht als rechtmäßiger Inhaber des Verlags anerkannt worden war, erhielt Petschull das Angebot, auch weiterhin die Geschäftsführung auszuüben. Walter Hinrichsen ernannte Petschull zu seinem Generalbevollmächtigten in Deutschland. Nachdem der erste Versuch der SED in Leipzig den Verlag im Herbst 1946 in ihren Besitz zu bringen gescheitert war, begannen Walter Hinrichsen und Johannes Petschull im Frühjahr 1947 Musikalien in den Westen zu verlagern. Sie sollten den Grundstock für einen dort zu errichtenden Verlag bilden. Im November 1948 wurde Petschull durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) verhaftet. Der Vorwurf lautete auf illegale Musikalientransporte in den Westen. Petschull blieb bis Anfang 1950 in Haft. Er wurde völlig überraschend in die Bundesrepublik entlassen. Petschull erhielt die Geschäftsleitung des Verlags C. F. Peters in Frankfurt am Main. Er starb am 9. Januar 2001 in Königsstein/Ts.

Exkurs

„Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

Geraubt und präsentiert: Schlaglichter auf das Leipziger Netzwerk der Täter und Profiteure am Kunstraub

„Arisierung“ bedeutete nicht nur den Zwangsverkauf oder die Enteignung von Wirtschaftsunternehmen. Auch die Einrichtungen von Privatwohnungen sowie die letzte Habe der in „Judenhäuser“ gepferchten und später in die Vernichtungslager deportierten Menschen war von der sogenannten „Überführung“ von jüdischem Besitz in „arische Hände“ betroffen, wie es in der Propagandasprache hieß. Dabei wurden neben Privatbibliotheken, wertvollen Briefmarken- oder Münzsammlungen, Schmuck, Porzellanen, Fayencen und antiken Möbeln in erheblichem Umfang auch Werke der bildenden Kunst – Gemälde, Grafiken, Skulpturen und Plastiken – „arisiert“. Der Übernahme von Kunstgegenständen und ganzen Kunstsammlungen jüdischer Bürger in „arische Hände“ – in die von Instanzen der NSDAP oder des Staates, von Kunsthändlern, Privatsammlern oder Museen – geschah in den ersten Jahren des NS-Regimes durch Verkäufe, die jüdische Kunstsammler noch selbst tätigten. Formal betrachtet waren das also ganz normale Rechtsgeschäfte. Schaut man sich diesen Prozess des Eigentumstransfers allerdings genauer an, wird rasch deutlich, dass sich die jüdischen Eigentümer spätestens mit dem Machtantritt Hitlers in einer historischen Sondersituation befanden. Denn der Verkauf von Kunstwerken und ganzen Sammlungen war nach 1933 in den wenigsten Fällen ein freiwilliger Akt. Die seit 1933 getätigten Verkäufe wurden in den überwiegenden Fällen durch Zwänge verursacht, denen sich die jüdischen Kunstbesitzer in der neuen politischen Situation zunehmend ausgesetzt sahen. Hier fand eine subtile Form des Eigentumsentzugs statt.

Die Kunstschatze, die jüdische Sammler besaßen und zu veräußern gezwungen waren, weckten in der Kunst- und Kulturszene sofort Begehrlichkeiten. So auch in Leipzig. Die Museen, einzelne Kunsthändler und die kommunalen Behörden bemühten sich eifrig darum, Zugriff auf dieses Kulturgut zu erlangen und es nicht in andere Kanäle abfließen zu lassen. Die Sammlungen jüdischer Kunstliebhaber wie die der Tuchhändlerfamilie Heine, des weltbekannten Musikverlegers Henri Hinrichsen oder der Witwe des als Buchbinder und Künstler berühmten Carl Sonntag wurden zwangsverkauft oder konfisziert. Die Akteure der „Arisierung“ und des Raubes von Kunst- und Kulturgut waren auch hier das Oberfinanzpräsidium und dessen Leipziger Devisenstelle, die städtischen Behörden (Oberbürgermeister, einzelne Stadträte, Stadtkassenbeamte), die städtischen kulturellen Einrichtungen, also Museen und Bibliotheken, aber auch Banken, Rechtsanwälte, Notare, Kunsthändler, Versteigerungshäuser und Spediteure. Und natürlich auch – durch systemkonforme Berichterstattung – die lokalen Medien. Zu den Leipziger Aktivisten der „Arisierung“ von Kunstgut gehörten u.a. der Leipziger Kunsthändler Gustav Werner, die Inhaber der traditionellen, seit 1826 in Leipzig ansässigen Kunsthandlung C. G. Boerner, Hans und Wolfgang Boerner, das Versteigerungshaus Hans Klemm aber auch der Direktor des Museums der bildenden Künste, Werner Teupser.

Mit der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ vom 12. November 1938 wurde die letzte Phase der „Arisierung“ und der „Entjudung der Wirtschaft“ eingeleitet. Mit ihrem Inkrafttreten am 1. Januar 1939 gab es für jüdische Unternehmer keine Existenzmöglichkeit mehr in Deutschland.



Eingangstor des Verwaltungsgebäudes des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen mit Sitz der Devisenstelle Leipzig, ehemals Adolf-Hitler-Straße 12, um 1939 (Stadtarchiv Leipzig)

Museum der bildenden Künste Leipzig, Augustusplatz, um 1930 (Stadtarchiv Leipzig)



Oberfinanzpräsident Friedrich Sobe

Friedrich Sobe wurde am 30. Dezember 1881 in Leipzig als Sohn des Volksschullehrers Hermann Sobe geboren. Er besuchte das Wettiner Gymnasium Dresden und legte 1901 das Abitur ab. Sobe studierte Rechtswissenschaften in Leipzig und Marburg. Nach dem Assessorexamen begann er 1912 eine Laufbahn im sächsischen Justizdienst. Er arbeitete als Staatsanwalt und Amtsrichter. Im Jahre 1915 wechselte Sobe in das Finanzressort. Seit 1917 war er zuerst als Finanzamtmann, später als Finanzrat bei der Generalzolldirektion tätig. Im Jahre 1920 wechselte Sobe in die Reichsfinanzverwaltung und wurde Referent beim Landesfinanzamt Leipzig. Im September 1921 heiratete er Bertha Raab.

Im Jahre 1923 wurde Sobe zum Vorsteher des Finanzamtes Leipzig-Ost befördert. Sobe engagierte sich zunächst in den Standesorganisationen der Finanzbeamten und Juristen, trat aber im Jahre 1930 der NSDAP bei. In den Jahren von 1931 bis 1933 gehörte er den Ausschüssen des NS-Juristenbundes für nationalsozialistische Rechtsgestaltung an und war Mitglied der NSDAP-Gaurechtsstelle in Sachsen. Er gehörte damit zu den frühen Mitgliedern des nationalsozialistischen Juristenbundes. Sobes nationalsozialistische Aktivitäten in der Republik von Weimar empfahlen ihn für eine Karriere nach der „Machtergreifung“. Am 1. Oktober 1933 wurde Sobe zum Landesfinanzamtsdirektor und Leiter der Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern beim Landesfinanzamt Leipzig ernannt. Am 1. Februar 1935 übernahm Sobe die Präsidentenstelle des Landesfinanzamtes Leipzig. Die Bezeichnung der Behörde wurde später in Oberfinanzpräsidium geändert. Seit 1935 nahm die Überwachungsfunktion des Oberfinanzpräsidenten über Vermögensangelegenheiten von Juden stetig zu. Seit 1938 war Sobe als Oberfinanzpräsident im Auftrage der Reichsfinanzministeriums zunehmend für den Raub des Vermögens der emigrierten und später auch der deportierten Juden verantwortlich. Bei den Versteigerungen des beweglichen Eigentums durch das Versteigerungshaus Klemm konnten auf mündliche Anweisung Sobes Beamte des Oberfinanzpräsidiums für den Behördenbedarf Gegenstände kostenlos entnehmen und für den persönlichen Bedarf zum Schätzwert erwerben.

Friedrich Sobe, um 1935 (Leipziger Neueste Nachrichten, vom 20.2.1935, S. 9)

den Werkstatt Michelangelos anzusprechen.

VERSTEIGERUNGEN . . .

Leipzig.
Am 18. und 19. Februar verauktioniert die Leipziger Firma C. G. Boerner zwei schon von zahlendendig äußerst bemerkenswerte Bestände an Stichen, Holzschnitten und Studienblättern alter Meister und Handzeichnungen, vornehmlich des 19. Jahrhunderts. Unter dem reichen Angebot befinden sich vor allem in erlesenen, zum Teil ungemein seltenen Abdrucken 70 graphische Werke Dürers, darunter ein prachtvoller mit 12.000 M. vorgeschätzter Frühdruck vom „Heiligen Hubertus“. Von Ostade sind mit dem raren Erstdruck des „Christus“ über zweiig Stiche vorhanden. In einer Folge von etwa sechzig Rembrandt-Radierungen befinden sich die mit 15.000 M. vorzeigte „Landschaft mit den drei Hütten“ und andere von Sammlern hoch geschätzte Stücke. Auch nur noch ganz gelegentlich auf dem Kunstmarkt vorkommende Blätter wie „Christus in der Vorhölle“ von Schongauer, der „Heilige Georg in der Landschaft“ von Cranach, Aldegrevers „Selbstbildnis in Mantel und Fischer Mütze“, Hans Burgkmair „Salomons Götzenanbetung“ und bedeutende Frühdarstellungen von Lucas van Leyden wurden voraussichtlich häufig umstritten werden. Mit einer kleinen Folge neuerer Graphiken, die

Gemalte Anhaltischer Meier
Stiche der Chalcographischen Gesellschaft zu Dessau.
Besten - Eisenstücke
kauft Böhnd, Dessau
Bismarckstraße 37

Waffen - Silber - Holzplastiken
gute Bilder
und große alte Vasen etc.
kauft
WENDEL-MÜNCHEN
Münchenergasse 16

Liebhaver-Sammlung
Sehr Manheimer Drucke bis
1820, Manheimer Ansichten,
Blätter Manheimer Stichter.
Dr. Fritz Basse mann
Mannheim L. 9. 3. 1947

H. Mittelstenschied Düsseldorf
Bismarckstraße 10 - Fernruf 18113
kauft ständig
Alte Düsseldorfer Ansichten, alte Merianstiche,
Rheinansichten, Sportblätter, Blumenstücke

C. G. BOERNER
LEIPZIG C1, UNIVERSITÄTSSTR. 26

Versteigerung
am 18. und 19. Februar
Katalog 205 (Preis 3 RM).

GRAPHIK ALTER MEISTER
DÜRER / LUCAS VON LEYDEN
A. VAN OSTADE / REMBRANDT
Graphik von Forain, Goya, Zorn u. a.

Katalog 206 (Preis 4 RM).

**HANDZEICHNUNGEN DES
XV. BIS XIX. JAHRHUNDERTS**

Versteigerungsanzeige C. G. Boerner, 18. Februar 1942 (Kunstrundschau. Berlin, Jhg. 50, 1942, Heft 2, S. 39)

Schreiben von Hans Boerner an die Devisenstelle Leipzig, Erwerb von Kunstobjekten aus der Sammlung Heine, 9. Mai, 1941 (Sächsisches Staatsarchiv Leipzig)

C. G. Boerner - Kunstantiquariat

ANKAUF, VERKAUF UND VERSTEIGERUNGEN VON GRAPHIK, DRUCKWERKEN UND HANDZEICHNUNGEN
TELEGRAMM-ADRESSE: BOERNERKUNST - FERNSPRACHEN: 1000
GEGRÜNDET 1826

LEIPZIG C1
UNIVERSITÄTSSTRASSE 26

9. Mai 1941

An den Oberfinanzpräsidenten -Devisenstelle- z.Hdn. des Herrn Regierungsrat Lössig
Leopold G. J.
Adolf Hitler-Str.12

Sehr geehrter Herr Regierungsrat!

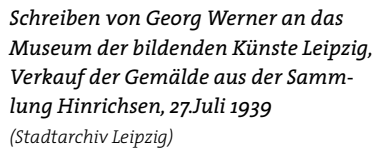
In der Angelegenheit H e i n e teilt mir Herr Rechtsanwalt Dr.Fritzsche hier mit, dass neuerdings bei Verwertung von Kunstgegenständen aus jüdischem Besitz die Reichskunstkammer die letzte Entscheidung treffen muss. Ich habe zufällig gestern den Referenten für diese Angelegenheiten an der Reichskunstkammer, den ich persönlich gut kenne, gesprochen, und er hat mir geraten, einen entsprechenden Antrag an die Reichskunstkammer in dieser Angelegenheit zu stellen, was gleichzeitig geschieht.

Ich bitte trotzdem im Auge zu behalten, dass mich die Ankäufe aus dem Heine'schen Nachlass auf das Lebhafteste interessieren. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das Ihrige dazu tun könnten, dass diese Sachen schliesslich an uns verkauft werden können.

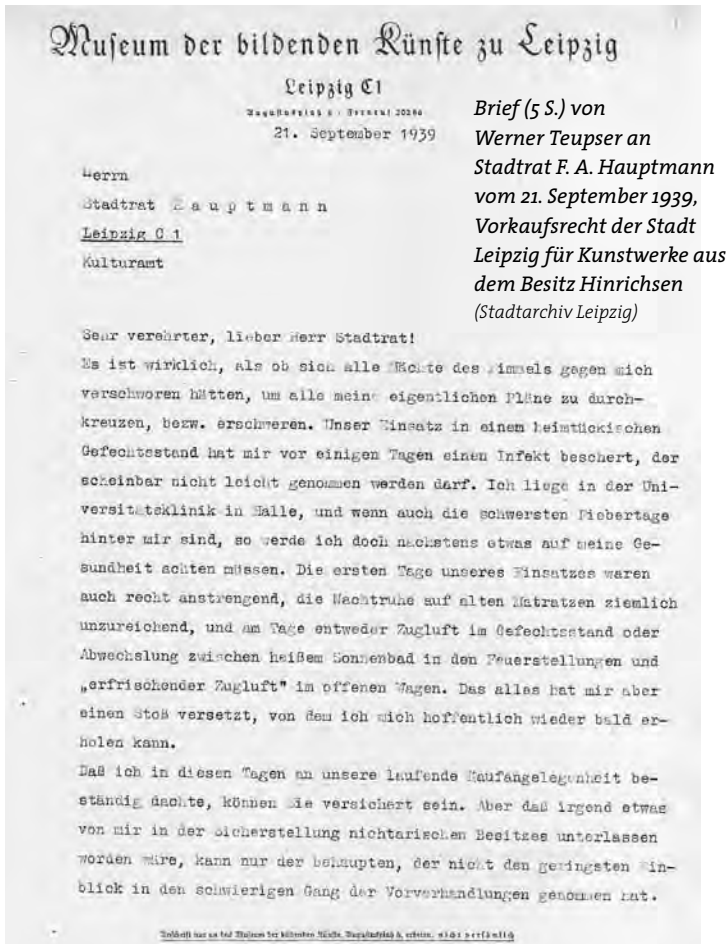
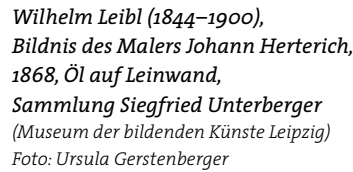
Heil Hitler!

H. Boerner

Geraubt und präsentiert: Schlaglichter auf das Leipziger Netzwerk der Täter und Profiteure am Kunstraub



Zeitungsartikel zur Ausstellung von Werken aus jüdischem Besitz, Mai 1940 (Leipziger Neueste Nachrichten vom 4.5.1940)



Brief (5 S.) von
Werner Teupser an
Stadtrat F. A. Hauptmann
vom 21. September 1939,
Vorkaufsrecht der Stadt
Leipzig für Kunstwerke aus
dem Besitz Hinrichsen
(Stadtarchiv Leipzig)

Seit Anfang des Jahres ist es meine größte Sorge gewesen. Aus einem Aktenstück, das ich besonders für diese Sache angelegt habe, geht zum Teil klar und deutlich hervor, daß ich von Anfang an auf alle wichtigen Dinge den Finger gelegt habe, bezw. zu legen versuchte. Da ich von vornherein als städtischer Beamter nicht ohne weiteres mit Nichtariern verhandeln konnte, da ferner selbst bei den höheren Reichsstellen über den Gang der Entwicklung und Liquidation nichtarischen Kunstbesitzes die entsprechenden Richtlinien nicht zu erfahren waren, mußte mit besonderem Geduld versucht werden, sich in diesen Gang einzuschalten. Ich habe von vornherein sowohl den Obergerichtsvollzieher, die Devisenstelle, das Reichswirtschaftsministerium, den mit der Schätzung Beauftragten Kunsthändler Werner, den Rechtsanwalt Franz, sowie auch Geheimrat H. nicht im geringsten darüber in Zweifel gelassen, daß die Stadt Leipzig unter allen Umständen das Vorkaufersrecht für alle Kunstwerke an dem Besitze des Geheimrats H. sich sichern möchte. Als ich nun am Montag, dem 21. Aug., wiederum, sowohl bei Geheimrat H. als auch bei Rechtsanwalt Franz vorstellig geworden war (den mit der Schätzung beauftragten Kunsthändler Werner hatte ich als Beauftragter der Reichskammer schon längst beauftragt, alle unsere Interessen zu wahren, was er auch in jeder Weise getan hat, ich selbst war ja als „Interessent“ von der Devisenstelle nicht als Schätzer herangezogen worden, obwohl ich vom Reichsminister für Erziehung und Unterricht als hierfür zuständig bestimmt war,) - erfuhr ich durch den Vertreter des Rechtsanwaltes Franz, daß Standaufführer Deutsche Geheimrat H. außerlegt habe, innerhalb 2 Tagen, seinen Kunstbesitz an einen mir unbekannten Kunsthändler in Berlin zu verkaufen. Gleichzeitig wurde mir mitgeteilt, daß

hier nicht ein, was von uns unterlassen worden wäre. Daß hier andere Kräfte mit im Werke waren, muß ich nach dem Gang der Dinge annehmen. Diesen gegenüber aber sind wir zunächst ohnmächtig gewesen.

Eine besondere Schwierigkeit lag für uns darin, daß wir ohne Deckungsvorschlag die Sache ins Auge fassen mußten, und ich nur für einige Bilder mit einer festen Zusage hinsichtlich sofortiger Bezahlung aufwarten konnte. Es ist für mich außerordentlich schwer, von hier aus auf irgendwelche weiteren Vorwürfe einzugehen. Ich bin mir aber bewußt, daß ich rasch, richtig und taktvoll gehandelt habe, obwohl diese Verhandlung nicht nur Feinnervigkeit und Fingerspitzengefühl, sondern weiter auch ein gewisses Maß von händlerischem Geschick erforderten, das nicht mit dem Maßstabe üblicher kaufmännischer Gepflogenheiten vielleicht gewertet werden darf. Bis zum Tage meiner Einberufung zum Rier ist jedenfalls nichts geschehen, was dem Museum, bezw. dem Kulturamt gegenüber den Vorwurf schwerer Unterlassungsünden rechtfertigte.

Ich möchte natürlich zum Schluß noch meine Freude zum Ausdruck bringen, daß es doch gelungen ist, diese schönen Stücke für unser Museum zu erwerben. Sie verstärken in der Tat einen Druckpunkt unserer schönen Sammlung. Es sind unersetzliche Werte, wie sie im Handel kaum wieder aufzutreiben sind. Fast alle Künstler Deutschlands haben nach diesen Dingen Ausschau gehalten und seit Jahren sich darum bemüht. Vor allen aber freue ich mich auch, daß wir ein Stadterbkaupt haben, das endlich für diese Dinge den rechten Elack besitzt. Daß die Erwerbung so rasch vonstatten ging, erscheint mir jetzt noch als ein Wunder, wenn ich an die ewigen Kämpfe und Leiden hinsichtlich der früheren Erwerbungen zurückdenke, die

Geheimrat H. dieses Ansinnen abgelehnt habe, was mir Geheimrat H. noch telefonisch bestätigte, indem er sagte, er würde seine Werke lieber an das Leipziger Museum verkaufen und würde mir durch Rechtsanwalt Franz weiteren Beschaid zukommen lassen. Auf jeden Fall hat mir der Vertreter von "Rechtsanwalt Franz - er selbst wurde mehrere Tage später erst zurückgemeldet - mitgeteilt, daß ich unter allen Umständen über den weiteren Verlauf der Dinge unterrichtet werden würde. Trotzdem habe ich sofort in dieser Angelegenheit nochmals Standartenführer Postzke geschrieben und um eine Unterredung gebeten. Ferner erwog ich sogar, wie Sie ja wissen, sehr verehrter Herr Stadtrat, ein Schreiben unmittelbar an die Kanzlei des Führers zu richten, da nach meinem persönlichen Gefühl sich scheinbar Stellen einzuschalten versuchten, denen nicht die Interessen der Stadt am Herzen zu liegen schienen. Ich weiß nun wirklich nicht, mit welchem zureichenden Grunde man dem Museum irgendeine Saumseligkeit vorwerfen könnte. Im Gegenteil habe ich viel mehr damit gerechnet, es könnte mir der Vorwurf gemacht werden, allzu voreilig das Interesse der Stadt an diesen Erwerbungen angelächelt zu haben. Jedenfalls war es doch völlig unmöglich einen Kaufvertrag abzuschließen,

- 1.) bevor das Reichswirtschaftsministerium seine Genehmigung gegeben hatte,
- 2.) bevor Geheimrat H. sein Einverständnis erteilte,
- 3.) der Treuhänder die ganze Sammlung aufgelassen hatte.

Ich hatte ja Sie, sehr verehrter Herr Stadtrat, als auch Fr. Foyer, eingehend über den Stand unterrichtet. Bis zum Tage meiner Einberufung zum Heer habe ich jedenfalls die Angelegenheit fest in der Hand gehabt. Am Mittwoch, den 23. Aug., war Herr Ferner noch nach Berlin gefahren, um einige Informationen einzuholen. Ich selbst war entschlossen, sowohl beim Reichswirtschaftsministerium als auch bei Standartenführer Postzke persönlich vorstellig zu werden. Ich sehe

immer aber mit viel Herzblut festgehalten werden mußten.
Seien Sie jedenfalls versichert, sehr verehrter Herr Stadtrat,
daß ich entschlossen bin, gegen alle Vorwürfe aufzutreten, und
naturgemäß auch gewillt bin, sämtliche Folgerungen daraus zu tragen
und zu ziehen. Ich werde nicht unterlassen, sobald ich wieder in
Leipzig bin, im Amt vorbeizukommen. Wahrscheinlich werde ich mir
sowieso einen längeren Erholungsurlaub bewilligen lassen müssen,
der dann restlos natürlich wiederum meinem eigentlichen Beruf
bestimmt sein soll.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner verehrungsvollsten Gesinnung

Heil Hitler!

P.S. Entschuldigen Sie die etwas unregelmäßige Disposition des Prospekts,
 den ich erst 3 Abende im Laufe aufgeben mußte.

Wem: Schriftwiese v. R. d. Herrn Tempel

M: Hake-Rose

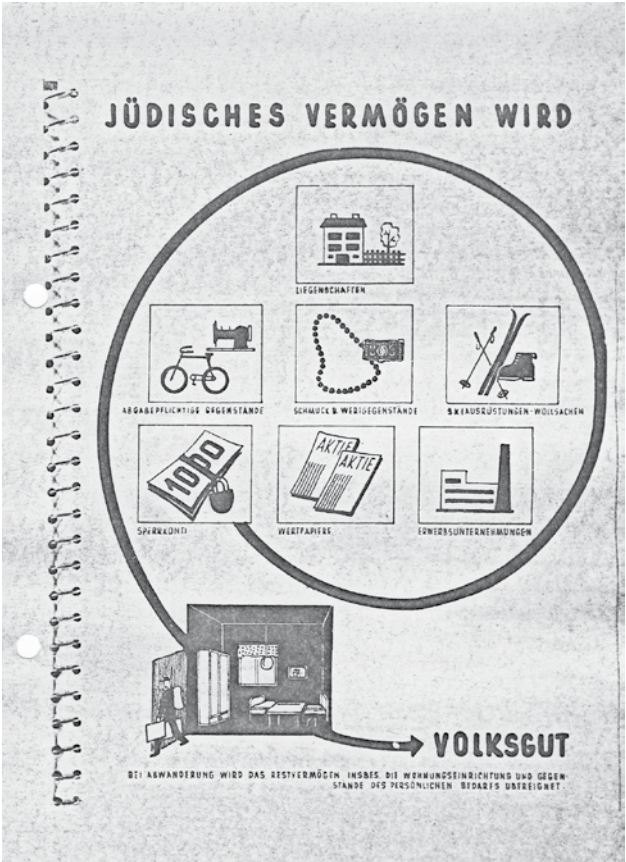
ggl. John, jedwache kann man hier nicht, In der Aktion
 für den besten. 7

1941 „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

Jüdisches Vermögen wird „Volksgut“

Der Ende 1938 beschlossene Zugriff des NS-Staates auf alle Vermögenswerte der Juden und die Liquidierung des jüdischen Wirtschaftssektors per Gesetz betraf nur noch die verbliebenen Reste von Unternehmen jüdischer Eigentümer. Die Mehrzahl der kleinen und mittleren Unternehmen der Einzelhandelsbranche war zu diesem Zeitpunkt längst liquidiert oder „arisiert“. Renommierete Unternehmen von internationalem Ansehen wie der berühmte Leipziger Musikverlag C. F. Peters, die der NS-Staat wegen ihrer internationalen Kontakte und wirtschaftlichen Potenz eine Zeitlang sogar vor den Begehrlichkeiten der aktivistischen „Arisierer“ der freien Wirtschaft geschützt hatte, gerieten nun ebenfalls in die Mühlen der „Arisierung“. Aus diesem letzten Akt der „Entjudung“ der Wirtschaft profitierte der Fiskus nochmals in nicht unerheblichem Maße. Spätestens Ende 1939 hatten die Nationalsozialisten und ihre Klientel das Ziel, die deutsche Wirtschaft zu „entjuden“ und die lukrativen Unternehmen in „arische“ Hände zu überführen, im Wesentlichen erreicht. Nun begann die „Verwertung“ der letzten Habe der drangsalierten jüdischen Bürger, die für sich keine Möglichkeit gesehen hatten, ins Exil zu gehen.

Im Herbst 1939 begann die Stadt Leipzig, Wohnraum zu „arisieren“ Die dort lebenden Juden wurden in so genannte „Judenhäuser“ zwangseingewiesen. Ein Erlass des Reichssicherheitshauptamtes vom 23. Oktober 1941 bestimmte nun ein generelles Auswanderungsverbot von Juden aus Deutschland und die „Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941“ legte fest, dass ab sofort allen Juden die deutsche Staatsbürgerschaft abzuerkennen und ihr gesamtes verbliebenes Vermögen zu beschlagnahmen sei. Ein Erlass des Reichssicherheitshauptamtes vom 13. März 1942 verordnete die Kennzeichnung der Wohnungen von Juden an der Eingangstür. Am 21. Januar 1942 begannen auch in Leipzig die Deportationen. Die spärlichen Wohnungseinrichtungen, welche die jüdischen Familien in die Elendsquartiere der „Judenhäuser“ mitnehmen konnten und selbst die Gepäckstücke, die sie zurücklassen mussten, wurden danach konfisziert. Seit 1942 bis zum Ende des NS-Staates „verwerteten“ verschiedene Leipziger Versteigerungsunternehmen die letzte Habe der in die Vernichtungslager deportierten Juden. Das prominenteste Beispiel eines Akteurs dieser Phase der „Arisierung“ war die Leipziger Firma Hans Klemm. Sie veräußerte in öffentlichen Versteigerungen die noch vorhandenen Bücher und Kunstgegenstände, selbst der letzte Teller und das letzte Hemd der Leipziger Juden wurden der „arischen“ Leipziger Bevölkerung angeboten. Die Versteigerungsprotokolle der Firma Klemm belegen, dass sich viele Leipziger Interessenten für die „herrenlosen“ Besitztümer fanden. Auch städtische Einrichtungen wie Bibliotheken und Museen nutzen die Gelegenheit und bereicherten sich am enteigneten Besitz der Leipziger jüdischen Bevölkerung. Wieso die deportierten Juden all diese Dinge des persönlichen Bedarfs nicht mehr benötigten, das haben die zahlreichen Käufer nicht hinterfragt.



Deckblatt eines Berichts der Treuhandstelle Prag, 1942: Grafische Darstellung „Jüdisches Vermögen wird Volksgut“ (Landesarchiv Berlin)

Eisenbahnbrücke, Leipzig um 1942 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)



- 15 -					
Nr.	Nachname u. Vorname	geb. am	Staatsangeh. (frühere)	Beruf	Wohnung
15.4	Hackel, Baruch I.	15.2.58 Ulmow	staatlös (Polen)	ohne	Färberstr.11 Vorderhaus
19.4	Hacker geb. Hacker, Dora S.	1.5.58 Masiatyn	staatlös (polen)	ohne	Nordstr.15 I.
20.4	Hagenow, Max I.	13.7.68 Rumburg	Dt.R.	ohne	Auenstr.14 Hinterhaus I. 2. Et.
21.4	Häufler geb. Gross, Cecillie	2.8.59 Gostynow	staatlös (Osterr.)	ohne	Färberstr.11 Vorderhaus
22.4	Hamburger geb. Kellmann, Jette S.	10.3.75 Goroda	Dt.R.	ohne	Auenstr.14 Hinterhaus I. 2. Et.
23.4	Hammel, Eugen I.	24.4.69 Rumburg	Dt.R.	ohne	Nordstr.15 I.
24.4	Hammel geb. Baruch, Paula S.	11.12.99 Hamburg	Dt. R.	ohne	Nordstr.15 I.
25.4	Harnelin geb. Harnelin, Elisabeth S.	9.3.76 Leipzig	Dt.R.	ohne	Nordstr.15 I.
26.4	Harnelin geb. Garfunkel, Dora	20.10.70 Grodz	Dt.R.	ohne	Nordstr.15 I.
27.4	Hartmann geb. Gans Lina S.	18.6.73 Vacha	Dt.R.	Hilfsarbeiterin	Färberstr.11 Vorderhaus
28.4	Harnes, Golda I.	18.3.55 Potsdam	staatlös (Russ.)	ohne	Leibnizstr.30, I
29.4	Harnes geb. Cohn Anna S.	17.9.79 Nordhausen	staatlös (Russ.)	ohne	Leibnizstr.30, I

Auszug aus einer Deportationsliste, Transport am 19. September 1942 nach Theresienstadt (Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig)

1941 „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

„Verwertet“ und bereichert:
Das Versteigerungshaus Hans Klemm

Das Versteigerungshaus Hans Klemm war um 1933 das umsatzstärkste Unternehmen der Branche in Leipzig. Firmeninhaber waren die Brüder Hans und Karl Klemm. Die Geschäfts- und Lagerräume befanden sich in der großen Fleischergasse 19. Als seit Frühjahr 1933 unter dem Druck der nationalsozialistischen Judenpolitik immer mehr Juden auswanderten, kletterten auch die Aufträge für das Auktionshaus Klemm in die Höhe. Karl Klemm war am 1. Mai 1937 in die NSDAP eingetreten. Nach der so genannten Polenaktion, der Verhaftung und Abschiebung von etwa 1600 Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit am 28. Oktober 1938 aus Leipzig in den deutsch-polnischen Grenzkorridor, wurden die Wohnungseinrichtungen der Betroffenen beschlagnahmt. Die Gestapo und der Leipziger Oberfinanzpräsident beauftragten die Firma Klemm mit der Versteigerung des zurückgebliebenen Eigentums. Seit 1939 füllten hauptsächlich die von der Gestapo und dem Oberfinanzpräsidenten erteilten Versteigerungsaufträge die Geschäftsbücher des Unternehmens. Die „Verwertung“ des den Juden geraubten Eigentums führte zu einer wesentlichen Erhöhung des Geschäftsumsatzes und machte die Brüder Klemm zu wohlhabenden Profiteuren der Judenverfolgung. Zehn Prozent des Versteigerungserlöses gingen an die Firma. Ausgaben für Spediteure und Inserate wurden erstattet. Klemm versteigerte das von Behörden beschlagnahmte Eigentum von Juden, darunter das bei Speditionen lagernde Umzugsgut. Auch bei den erzwungenen Haushaltsauflösungen durch die Wohnraumkonzentration in so genannten Judenhäusern waren die jüdischen Mieter gezwungen, ihr Eigentum versteigern zu lassen. Seit 1942 bis zum Ende des NS-Staates versteigerte die Firma Klemm das letzte Hab und Gut der aus Leipzig deportierten Juden. Bis Ende 1943 hatte auch das Versteigerungshaus Hermann Thiemig, das seit 1938 von Gertrud Thiemig geleitet wurde, vom Leipziger Oberfinanzpräsidenten kleinere Versteigerungsaufträge erhalten. Hans und Karl Klemm sicherten sich vor den Versteigerungen wertvolle und begehrte Güter, die sie selbst behielten, an Freunde und Bekannte verschenkten oder zu Vorzugspreisen abgaben. Nach 1945 führten Hans und Karl Klemm ihr Unternehmen weiter. Im Jahre 1946 verdichteten sich einzelne Vorwürfe über ihre Tätigkeit in der NS-Zeit. Am 26. Mai 1948 verhaftete die Leipziger Polizei Hans und Karl Klemm und die Staatsanwaltschaft nahm die Ermittlungen auf. Im Februar 1949 fand die Hauptverhandlung am Landgericht Leipzig statt. Die Handlungsweise der Firmeninhaber wurde als aktive Unterstützung des NS-Regimes in Tateinheit mit persönlicher Bereicherung gewertet. Hans Klemm wurde zu 2 Jahren und 6 Monaten, sein Bruder Karl zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafe verbüßten sie in der Strafanstalt Brandenburg-Görden. Das Privatvermögen wurde zugunsten des Freistaates Sachsen eingezogen.



Versteigerungshaus
Hans Klemm,
Große Fleischergasse 19,
um 1930
(Stadtarchiv Leipzig)



Briefkopf des
Versteigerungs-
hauses Hans
Klemm

Zeitungsannonce der Firma Hans Klemm über
Versteigerungstermin von „nichtarischem“
Eigentum, Färberstraße 11
(Leipziger Neueste Nachrichten vom 28.10.1942)



Versteigerungsanzeige
(Sächsisches Staatsarchiv Dresden)

Aufstellung der Ersterer größerer Posten und wertvollere Gegenstände, die aus den vorhandenen Akten über die Versteigerung jüdischen Vermögens ohne weiteres festzustellen sind:

Auftrag	Eigentümer	Gegenstand	Ersterer
26 514	Sonntag	versch.	Büchermuseum der Stadt Leipzig
do	do	do	Medizinische Poliklinik
do	do	do	OBH Wehrmachtsabteilung (Beschaffungsstelle)
do	do	Bücher	Rechtsanwalt Dr. Welsch
do	do	2 Gemälde	Museum der bildenden Künste
26 542	Simmern	versch.	OBH Wehrmachtsabteilung
26 543	Mayer	do	do
do	do	1 Schlafzimmer	Regina Harms, Lag.01, Kurprinzstr. 3, b.Harath
26 575	Kirschberger	Bücher	Rechtsanwalt Dr. Welsch
do	do	versch.	OBH Wehrmachtsstelle
26 739	Levy	do	do
26 826	Wotsch	Bücher	v. Nyssen, Lag.01, Universitätsstr.
26 970	Wey	Gelbte	Rechtsanwalt Dr. Welsch
do	do	versch.	OBH Wehrmachtsstelle
27 005	Kasner	1 Seidengobelins(4.400.-) Löcher	
27 757	Hinrichsen	21v. Autogramme	Sächs. Landesbibliothek, Dresden
28 037	do	1 Motorrad	Kurt Jentsech, Meideloh bei Bitterfeld
28 470	do	29 Fahrräder	Angelbrige der Polizei
25 226	Sperling	1 FKS(1.180.-)	Otto Köhler, Lag.05, Eisenbahnstr. 24
25 312	Gohn	1 Herrenzimmer	Konrad P. Schulz, Schenkstraße, Politischerstr. 10
27 055	Platzky	versch. Gemälde	Kunsthandlung Warner
do	do	do	do
28 968	Skutari	versch.	H. Walther, do
do	do	do	do
26 216	Sitkowski	do	H. Uhlenhaut, Max Hensch
26 616	Brandwein	do	Lokalrichter J. Kretschmann
26 732	Koppola	do	Gerhardt & Hey
27 103	Wolke	do	do
27 186	Broder	do	do

Aufstellung der
„Ersterer größerer
Posten und wertvol-
ler Gegenstände“
(Sächsisches Staatsarchiv
Leipzig, Versteigerungs-
haus Klemm)

1945 „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

Das Ende der NS-Herrschaft und der Umgang der DDR mit dem „arisierten“ Eigentum

Der in der Zeit der NS-Diktatur geschehene Raub von Eigentum und die „Arisierung“ von Unternehmen, Grundstücken, Hausrat und Kulturgütern war der größte Eigentumsentzug in der deutschen Geschichte. Nach dem Sieg der Alliierten über das NS-Regime im Frühjahr 1945 stand in den vier Besatzungszonen auch die Frage der Wiedergutmachung der von Deutschen begangenen Verbrechen. Nicht wieder gutzumachen war die Ermordung von sechs Millionen europäischer Juden, der Tod von Millionen von Opfern des Vernichtungskrieges im Osten, der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, die Ermordung von Menschen, die als „Zigeuner“, „Erbkranke“ oder „Asoziale“ stigmatisiert worden waren und jener, die sich gegen den Nationalsozialismus eingesetzt hatten.

Auch die meisten Opfer der „Arisierung“ waren 1945 nicht mehr am Leben. Nur ihre Nachkommen und die wenigen Überlebenden konnten nach 1945 die Rückerstattung ihres Eigentums oder wenigstens eine materielle Entschädigung einfordern. Und bis heute haben noch nicht alle von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Die Rückerstattung „arisierten“ Eigentums oder die materielle Entschädigung sind daher immer noch ein aktuelles Thema.

Nach 1945 hatten sich die Alliierten nicht auf eine einheitliche Regelung zu Restitution und Entschädigung einigen können. Am 10. November 1947 wurde für die amerikanische Zone ein „Gesetz über die Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände“ erlassen. Es war das erste seiner Art, dem bald auch ähnliche Verordnungen und Verfügungen für die französische und die britische Besatzungszone folgten. In der sowjetisch besetzten Zone dekretierte die Besatzungsmacht keine einheitliche Regelung. Die Wiedergutmachung des materiellen Unrechts des NS-Staates lag nicht im Zentrum ihres Interesses. Freilich gab es in den einzelnen Ländern ihrer Besatzungszone seit 1945/46 erste deutsche Initiativen zur materiellen Wiedergutmachung. In Sachsen verfügte die Landesverwaltung der Justiz am 21. Oktober 1946, dass der Weiterverkauf von Besitz, welcher in der NS-Zeit aus „politischen, religiösen oder rassischen Gründen“, durch Gesetze oder „unter dem Druck der Verhältnisse“ von den Opfern der NS-Diktatur veräußert worden war, an Dritte nur mit behördlicher Genehmigung verkauft werden durften. Gerichte veranlassten Sperrvermerke in den Grundbüchern, um „arisiertes“ Eigentum zu kennzeichnen. Durch diese Maßnahmen sollte verhindert werden, dass sich die Spuren des Unrechts verwischen.

Diesen frühen Initiativen zur Sicherung der Ansprüche von Opfern der „Arisierung“ waren jedoch schon zuvor von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) enge Grenzen gesetzt worden. Sie dekretierte am 30. Oktober 1945 mit dem Befehl Nummer 124 die Einziehung des Vermögens von Institutionen und politischen Funktionsträger des NS-Regimes sowie von als Nazi- und Kriegsverbrecher eingestuften Unternehmern. Noch bis 1989 verweigerten DDR-Behörden die Restitution von Unternehmen und Immobilien mit Verweis auf diese SMAD-Entscheidung. Die jüdischen Überlebenden wurde in der SBZ und DDR seit 1945 zwar mit nicht unerheblicher staatlicher Fürsorge durch die Referate für Verfolgte des Naziregimes entschädigt, doch das ging zumeist an den Interessen der „Arisierungs“-Opfer vorbei. Das sozialistische Programm der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Banken, Versicherungen bis hin zu mittelständischen Betrieben, hätte durchaus die Restitution „arisierten“ Kleinbetriebe, Häuser, Grundstücke, Kunstsammlungen und Vermögen zugelassen. Dennoch gab es nur punktuell Versuche, die „Arisierung“ wieder rückgängig zu machen. Als Hauptursache für die Zurückweisung jüdischer Restitutionsansprüche in der DDR sieht die historische Forschung derzeit das sozialistische Prinzip, Staatsbesitz – selbst wenn er aus der „Arisierung“ jüdischen Eigentums stammte – niemals zu privatisieren. Eine grundsätzliche Änderung der Rückgabesituation ergab sich erst, als im Rahmen des Einigungsvertrages von 1990 festgelegt wurde, dass alle offenen Vermögensfragen im Beitrittsgebiet nach dem Prinzip ‚Rückgabe vor Entschädigung‘ zu lösen seien.

Quelle: Rundverfügung vom 21.10.1946, in: Akten des Amtes für Rechtsschutz des Vermögens der DDR, 530/2. Zit. nach: Jan Philipp Spannuth: Rückerstattung Ost. Der Umgang mit dem „arisierten“ Eigentum der Juden und die Rückerstattung im wiedervereinigten Deutschland, Essen 2007, S. 83.

Der Fall des Musikverlags C. F. Peters

Im April 1945, Leipzig war von der US-Armee besetzt, traf der im Jahre 1936 in die USA emigrierte Walter Hinrichsen als amerikanischer Kulturoffizier in Leipzig ein. Im Juni 1945 erhielt Hinrichsen den Verlag seines in Auschwitz ermordeten Vaters Henri Hinrichsen zurück. C. F. Peters nahm unter der Geschäftsführung von Johannes Petschull die Produktion wieder auf. Hinrichsen hatte mit dem Leipziger Rechtsanwalt und Notar Dr. Martin Drucker einen renommierten Juristen an seiner Seite. Im September 1945, Leipzig war am 1. Juli 1945 an die sowjetische Besatzungsmacht gefallen, übertrug die Sowjetische Militäradministration (SMA) in Leipzig den Verlag an die SPD. Im August 1946 setzte der Rat der Stadt Leipzig die lokale SED als Treuhänder ein, da der Verlag unter den SMAD-Befehl Nr. 124, Sequestrierung von Unternehmen politisch belasteter Personen aus der NS-Zeit, gestellt worden war. Die SED in Leipzig ignorierte die Rückgabe des Unternehmens an Walter Hinrichsen und betrachtete den „Ariseur“ Kurt Hermann als den Verlagsinhaber. Hinrichsen wandte sich an die SMA in Sachsen. Daraufhin bestätigte ihn die sächsische Landesverwaltung in Dresden als Verlagsinhaber. Der Erfolg war aber nur von kurzer Dauer. Ende Januar 1949 riss die SED den Verlag wieder an sich. 1950/51 kam es zur endgültigen Enteignung. Der Verlag wurde als Volkseigentum deklariert. 1952 war C. F. Peters dem Druckerei- und Verlagskontor, einer SED-Holding, zugeordnet



Dokument zur Wiedergutmachung: Schreiben der Sächsischen Landesverwaltung (Sächsisches Staatsarchiv Dresden)

Dokumente Rückübertragung Musikverlag C. F. Peters an Walter Hinrichsen (Sächsisches Staatsarchiv Dresden)



Dokument zur Verstaatlichung von C. F. Peters, 1951 (Sächsisches Staatsarchiv Dresden)

1945 „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet.

Das Ende der NS-Herrschaft und der Umgang der DDR mit dem „arisierten“ Eigentum

Der Fall Sonntag: Ein „kleiner Posten“ für das Stadtgeschichtliche Museum

Am 10. November 1946 wandte sich Frau Laura (Lore) Sonntag aus New York an Hans Klemm, den Inhaber des Versteigerungshauses Klemm. Sie bat ihn, ihr bei der Wiederbeschaffung ihres in der NS-Zeit von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Leipzig, im Jahre 1940 konfiszierten Besitzes behilflich zu sein. Die Jüdin Laura Sonntag und ihre Kinder waren dem Naziterror entkommen, da sie in den Jahren 1939 und 1940 den Schritt ins Exil gewagt hatten und nach den USA ausgewandert waren. Es ging ihr nun vor allem darum, die Bücher ihres Mannes, des bekannten und wegen seiner kunstvollen Bucheinbände weit über Leipzig hinaus geschätzten Buchbinders und Künstlers Carl Sonntag (1883–1930), zurückzubekommen. Hans Klemm selbst hatte die Wohnungseinrichtung der damals in Großdeuben bei Leipzig lebenden Witwe in einer öffentlich angezeigten Auktion am 20. August 1941 versteigert. Für die wertvollen Bücher und Kunstwerke interessierten sich damals auch die Leipziger Bibliotheken und Museen. Im Jahre 1994 waren nach einem Restitutionsantrag der Erben der im Jahre 1979 verstorbenen Laura Sonntag Kunstwerke, welche die Stadt Leipzig seinerzeit für die Sammlung des Museums der bildenden Künste angekauft hatte, zurückerstattet worden. Auch das Stadtgeschichtliche Museum Leipzig kaufte am 19. August 1941 von dem Leipziger Versteigerungshaus Hans Klemm in der Großen Fleischergasse verschiedene Kunstwerke im Wert von 30 Reichsmark an. Es handelte sich um drei Aquarelle, einen Holzstich, einen Kupferstich, eine kolorierte Lithographie und zwei Fotos, die verschiedene Stadtansichten Leipzigs und seiner näheren Umgebung zeigen. Diese Objekte konnten erst im Verlaufe der Recherchen zur Ausstellung „Arisierung“ in Leipzig im Depot des Museums aufgefunden und dem Besitz Laura Sonntags zugeordnet werden.

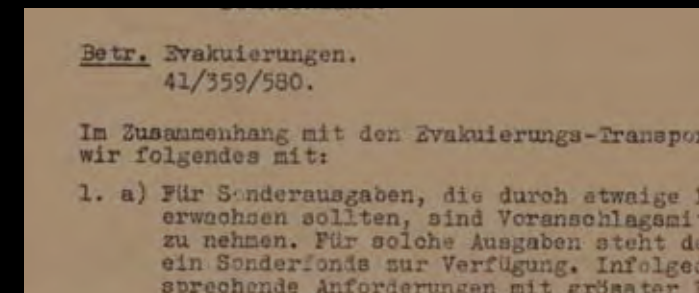


Gohliser Schlösschen,
Aquarell, 1887,
Ankauf am 19.8.1941
über das Versteigerungshaus
Klemm, Leipzig
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)

Esplanade vor dem Petersthore
in Leipzig, Kupferstich, um 1800
Ankauf am 19.8.1941
über das Versteigerungshaus
Klemm, Leipzig
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)

Die Deportation der Juden aus Leipzig in den Jahren 1942–1945

Steffen Held



Ausstellung

Stadtgeschichtliches Museum Leipzig
Neubau
11. November 2006 bis 28. Januar 2007

Gefördert durch die Europäischen Union,
den Fonds Erinnerung und Zukunft
der Stiftung Erinnerung, Verantwortung
und Zukunft
und die Hieronymus-Lotter-Gesellschaft
zur Förderung des Stadtgeschichtlichen
Museums Leipzig e.V.

„Jede Stadt hat ihre eigene Deportationsgeschichte“

Raul Hilberg

Einleitung

Die Deportation der Juden Europas in die Konzentrations- und Vernichtungslager und ihre Ermordung war das Ergebnis einer nach innen und außen gerichteten menschenverachtenden Machtpolitik der Nationalsozialisten und des NS-Staates.

In der nationalsozialistischen Weltanschauung bildete der Antisemitismus den ideologischen Kern. Die Judenpolitik rückte schnell ins Zentrum der Innen- und Außenpolitik der nationalsozialistischen Diktatur. Bis zum Frühsommer 1941 sah die nationalsozialistische Führung für die als Juden verfolgten Bürger in Deutschland die soziale Isolation von der nichtjüdischen Bevölkerung, die finanzielle Ausplünderung und den Raub ihres Eigentums verbunden mit der Vertreibung aus dem deutschen Reichsgebiet vor.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion drängten nationalsozialistische Funktionsträger zu einer mörderischen Praxis der Judenverfolgung im besetzten Europa. Im Reichssicherheitshauptamt wurde ein detaillierter Mordplan entwickelt. Als am 15. Oktober 1941 die Transporte von Juden aus deutschen Großstädten, aus Wien und Prag begannen, hatte die Chiffre „Endlösung der Judenfrage“ eine bis dahin unvorstellbare, grauenvolle Bedeutung erhalten.¹

In der stadtgeschichtlichen Forschung über Leipzig begannen Anfang der 1960er Jahre erste Schritte zur Aufarbeitung dieses dunkelsten Kapitels der Stadtgeschichte. Ein im Jahre 1961 in den Sächsischen Heimatblättern erschienener Beitrag gab auch einen Überblick über die „Judentransporte“ aus Leipzig.²

Die Geschichtspolitik der SED in der DDR-Zeit zeigte seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre nur wenig Interesse an einer weiteren Aufarbeitung der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Es vergingen fast zwanzig Jahre, ehe auch in der Forschung zum Nationalsozialismus neue Akzente gesetzt werden konnten. Vor dem Hintergrund des Jahrestages der 50. Wiederkehr der Reichspogromnacht im Jahre 1988 wurden vielfältige lokalgeschichtliche Forschungen in Leipzig initiiert.³ Weiterführende Studien über die Deportation der Juden aus Leipzig während des Zweiten Weltkrieges blieben zunächst noch aus. Erst in einem Gedenkbuch für die jüdischen Opfer, das sich empirisch auf die in der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig überlieferten Transportlisten stützt, wurden neue Erkenntnisse über die Deportation der als Juden verfolgten Bürger aus Leipzig formuliert.⁴ Im Rahmen der Recherchen für die Ausstellung „Der letzte Weg. Die Deportation der Juden aus Leipzig 1942–1945“ erschien zuletzt ein kürzerer Aufsatz, der auch als Würdigung des Nestors der Erforschung der Geschichte der Juden in Leipzig in der NS-Zeit, Manfred Unger, zu lesen ist.⁵

¹ Dieter Pohl, Holocaust. Die Ursachen, das Geschehen, die Folgen, Freiburg i.B. 2000, S. 61–64.

² Manfred Unger, Die „Endlösung“ in Leipzig. Eine Dokumentation zur Judenverfolgung 1933–1945, in: Sächsische Heimatblätter, H. 8, (1961), S. 449–464. Zwei Jahre später erschien der Beitrag in einer leicht veränderten Fassung in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG): Manfred Unger, Die „Endlösung“ in Leipzig. Dokumente zur Geschichte der Judenverfolgung 1933–1945, in: ZfG, XI. Jg., H. 5, 1963, S. 941–957.

³ Bernd-Lutz Lange, Juden in Leipzig, in: Leipziger Blätter 9, (1986), S. 50–57; Rosel und Joachim Nowotny, Namensgebung Henriette Goldschmidtschule, in: Leipziger Blätter 11, (1987), S. 43–45; Bernd-Lutz Lange, Die Kristallnacht, in: Leipziger Blätter 13, (1988), S. 27–30; Simson Jakob Kreutner, Mein Leipzig, in: ebd., S. 31–33; Wolfgang Grundmann, Der Neue Israelitische Friedhof, in: Museum für Geschichte der Stadt Leipzig (Hg.), Leipzig aus Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge zur Stadtgeschichte 5, Leipzig 1988, S. 259–269; Manfred Unger/Hubert Lang, Juden in Leipzig. Eine Dokumentation, Leipzig 1989.

⁴ Ellen Bertram, Menschen ohne Grabstein. Die aus Leipzig deportierten und ermordeten Juden, Leipzig 2001.

⁵ Steffen Held, Die Deportation der Juden aus Leipzig/Sachsen im Nationalsozialismus. Planung und Durchführung der Transporte, in: Sächsische Heimatblätter, Heft 2/2006, S. 123–127.



Die zentralen Planungen und Entscheidungen

Das von Reinhard Heydrich im Jahre 1939 geschaffene Reichssicherheitshauptamt plante und organisierte die Deportation der als Juden identifizierten und verfolgten Menschen in die Konzentrations- und Vernichtungslager und ihre Ermordung.

Im Verlaufe des August/September 1941 hatte Hitler seine Zustimmung zur Deportation der Juden aus Deutschland in Lager im kriegsbesetzten Osteuropa gegeben. Am 15. Oktober 1941 begannen die systematischen „Judentransporte“. Etwa zeitgleich traten die Polizeiverordnung über die Kennzeichnungspflicht durch einen an der Oberbekleidung aufzunähenden gelben Stoffstern mit der Aufschrift „Jude“ und das Auswanderungsverbot für deutsche Juden in Kraft.

Im Reichssicherheitshauptamt war das von Adolf Eichmann geleitete Referat Judenangelegenheiten/Räumungsangelegenheiten für die Durchführung der „Judentransporte“ zuständig. Eichmann erließ „Richtlinien“ für die Zusammenstellung der Transporte. Festgelegt war das mitzuführende Gepäck für die Betroffenen. Neben Bekleidung, Bettzeug und Dingen des täglichen Bedarfs sollten Reiseproviant, Lebensmittelvorräte und Arbeitsgerät mitgenommen werden. Die „Richtlinien“ bestimmten den Raub der letzten Habseligkeiten der Opfer durch die Behörden und sie bestimmten, dass in die polizeilichen Meldeunterlagen der Deportierten Vermerke wie „unbekannt verzogen“, „abgewandert“ oder „evakuiert“ aufgenommen wurden. Die „Richtlinien“ erhielten die Staatspolizeistellen. Mehrmals kam Eichmann in Berlin mit Vertretern der Staatspolizei(leit)stellen zu Besprechungen über geplante Transportwellen und Deportationsziele zusammen. Zusammenkünfte fanden beispielsweise am 23. Oktober 1941 und am 6. März 1942 statt.⁶ Soweit für die Umsetzung einzelner Bestimmungen auf lokaler Ebene die Mitwirkung von Behörden des Reiches und der Kommunen erforderlich war, wurden diese von den lokalen Staatspolizeistellen informiert.

Unbeeindruckt zeigte sich Heydrich von dem Drängen und Interventionen des NSDAP-Gauleiters und Reichsstatthalters in Sachsen Martin Mutschmann, seinen Gau sofort bei den ersten Transporten zu berücksichtigen.⁷ In den Planungen Heydrichs waren Transporte aus Sachsen erst zum Ende einer zweiten Deportationswelle, die zwischen Anfang November 1941 und Anfang Februar 1942 in Bewegung war, vorgesehen.

⁶ Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die „Judentransporte“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005, S. 85.

⁷ Christian Gerlach, Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden zu ermorden, in: WerkstattGeschichte 18 (1997), S. 7–44, hier S. 28.

Der erste Transport am 21. Januar 1942

Am 17. Januar 1942 fand unter Leitung des Leiters der Gestapostelle Ernst Kaußmann eine Besprechung mit Vertretern des Oberfinanzpräsidenten, des Arbeitsamtes und der Stadtverwaltung statt. Erst nach dieser Zusammenkunft wurden die für den Transport vorgesehenen Juden endgültig bestimmt.¹² Es gab mehrere Fälle, in denen bereits auf der Transportliste erfasste Männer und Frauen wieder gestrichen wurden, da sie in kriegswichtigen Unternehmen, beispielsweise in Leipziger Kürschnereien, die Bekleidungsstücke für die Wehrmacht produzierten, beschäftigt waren.¹³ Die „Richtlinien“ für die „Evakuierung nach Ostland“ bestimmten, dass in der Rüstungsindustrie beschäftigte Juden nicht deportiert werden sollten.¹⁴

Am Morgen des 19. Januar 1942 mussten sich die Betroffenen in einer Sammelstelle, der 32. Volksschule in der Yorkstraße 2/4, einfinden. In der Turnhalle und im Erdgeschoss des Schulgebäudes richteten Helfer aus der Jüdischen Gemeinde provisorische Schlafstellen ein, verteilten an die Wartenden Lebensmittel und leisteten Ordnerdienste.¹⁵ Einige der anwesenden Hilfskräfte der Jüdischen Gemeinde, Bruno, Eva und Anni Gewürtz, Isaak Lederberger, Frieda und Henney Bartfeld wurden nach Rücksprache des städtischen Sachbearbeiters Felix Gebhardt mit dem leitenden Gestapobeamten ebenfalls deportiert.¹⁶

Vermutlich am 18. Januar 1942 waren Helga und Gerda Gottschalk, die sich in Polizeihaft in der Wächterstraße befanden, von einem Gestapobeamten vor die Wahl gestellt worden, entweder nach Riga zur Arbeit in Textilfabriken zu gehen oder in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück zu kommen. Beide entschieden sich für Riga. Bei einer Wohnungskontrolle der Gestapo wurden Helga und Gerda Gottschalk ohne aufgenähte „Judensterne“ angetroffen. Zwei Tage nach dem Vorfall erhielten die jungen Frauen eine Vorladung zur Staatspolizeistelle in der Hindenburgstraße 34. Nach einem Verhör durch den Gestapobeamten Paul Zenner kamen sie in das Polizeigefängnis in der Wächterstraße. Kurze Zeit später fand vor einem ordentlichen Gericht ein Strafprozess statt, der mit einer Verurteilung zu sechs Tagen Gefängnis endete. Sie wurden aber nicht entlassen, sondern blieben weiter in Polizeihaft.¹⁷

Ähnlich wie Gerda und Helga Gottschalk war es den Geschwistern Helga und Irmgard Eisen ergangen. Die Schwestern waren als so genannte „Mischlinge“ wegen Nichttragens des „Judensterns“ verhaftet worden und fanden sich nun ebenfalls in der Sammelstelle wieder.

Am Morgen des 21. Januar 1942, einem Mittwoch, wurden die Juden mit Lastkraftwagen der Polizei zum Güterbahnhof Engelsdorf gebracht. In Leipzig herrschten Temperaturen von minus 17° C. Die Waggons, Personenwagen dritter Klasse, waren ungeheizt.¹⁸ Von Leipzig fuhren 561 Menschen ab.¹⁹ Die nächste Station war Dresden, um weitere 224 Männer, Frauen und Kinder aus dem Regierungsbezirk Dresden-Bautzen aufzunehmen. In Breslau hielt der Zug noch einmal. Die Menschen konnten Wasser fassen. Am 24. Januar traf der Transport in Riga ein.²⁰

Bei dieser Deportation handelte es sich um den einzigen „Judentransport“, der in Leipzig seinen Ausgangspunkt hatte. Für alle weiteren größeren Transporte bildete Leipzig eine Zwischenstation für Züge, die aus Thüringen oder Hessen kamen.

Am 9. Februar 1942 wurde das zurückgebliebene Eigentum der Deportierten durch die Auktionatoren Hans und Karl Klemm versteigert. Die Firmeninhaber des Versteigerungshauses Klemm hatten nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ 1933 Juden als neue Auftraggeber ausgemacht. Zu ihren Kunden gehörten zunehmend jüdische Leipziger, die Deutschland verlassen wollten und zur Vorbereitung der Auswanderung Teile ihres Besitzes versteigern ließen. Im Jahre 1938 erhielt die Firma Klemm den ersten Großauftrag durch die Gestapo. Zur Versteigerung kamen die Wohnungseinrichtungen der am 28. Oktober 1938 aus Leipzig abgeschobenen Juden polnischer Staatsangehörigkeit. Seit 1941 übernahm dann Klemm im Auftrag des Leipziger Oberfinanzpräsidenten den Hauptteil der Versteigerungen von Gegenständen aus dem Eigentum der als Juden verfolgten Bürger. Dabei handelte es sich sowohl um das in Deutschland verbliebene Eigentum der emigrierten Juden als auch die letzten Habseligkeiten der deportierten Juden.

Lokale Akteure und die Vorbereitung der Transporte in Leipzig

Die Staatspolizeistelle Leipzig bekam etwa drei Wochen vor einem Transport eine Information aus Eichmanns Dienststelle. Wie anderswo beauftragte auch die hiesige Gestapo mit entsprechenden Vorgaben den Leiter der Leipziger Bezirksstelle der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland⁸, Fritz Grunsfeld, mit der Erstellung von Transportlisten.⁹ Aber auch auf Betreiben der städtischen „Judenstelle“ beim Amt zur Förderung des Wohnungsbaues gelangten Namen auf die Listen. Es waren der Verwaltungsvorstand Curt Voigt und der Sachbearbeiter Felix Gebhardt, die Juden aus persönlichen Gründen deportieren ließen.¹⁰

Die Jüdische Gemeinde benachrichtigte die für einen Transport bestimmten Personen. Sie mussten sämtliches noch vorhandenes Vermögen angeben. Auch geringste Geldbeträge wurden auf ein Sonderkonto eingezahlt. Sogar Transportkosten für die Deportation in Höhe von 50 RM pro Person wurden eingefordert. Bei den Transporten in das Sonderghetto Theresienstadt wurden zwischen der Bezirksstelle und den Betroffenen „Heimeinkaufsverträge“ abgeschlossen. Dabei gelangten Geldbeträge, Wertpapiere, Versicherungspolice oder Schuldscheine an die „Reichsvereinigung“. Die jüdische Dachorganisation wurde von Eichmanns Zentralstelle für Auswanderung instruiert und kontrolliert. Damit sicherte sich das Reichssicherheitshauptamt den Zugriff auf dieses Vermögen.

Die Deportationen aus Leipzig wurden unter der Führung des Leiters des Judenreferats der Staatspolizeistelle durchgeführt. Bei den großen Transporten kamen alle Gestapobeamten zum Einsatz. Auch Kriminal- und Schutzpolizei waren beteiligt.¹¹

In den Sammelstellen, vor dem Abtransport, registrierten Gestapobeamte die eingetroffenen Juden, untersuchten das Handgepäck und führten Leibesvisitationen durch. Schmuck und Medikamente wurden beschlagnahmt. Mitarbeiter des Finanzamtes, der Stadterwaltung und des Arbeitsamtes sammelten die Arbeitsbücher, Invalidenausweise, Lebensmittel- und Steuerkarten ein.

Nach dem Abtransport wurde im Auftrag der Staatspolizeistelle und des Oberfinanzpräsidenten das zurückgebliebene bewegliche Eigentum der Deportierten inventarisiert. Ein Teil ging an bevorzugte Funktionsträger und Dienststellen. Der andere Teil wurde zur öffentlichen Versteigerung freigegeben.

8 Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland war am 4. Juli 1939 durch die 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz auf Betreiben des NS-Staates gegründet worden. Die Reichsvereinigung bildete die Dachorganisation der jüdischen Gemeinschaft. Zwischen der Zentrale in Berlin und den jüdischen Gemeinden fungierten Bezirksstellen als Mittelinstanzen mit überregionaler Zuständigkeit.

9 Manfred Unger, Die „Endlösung“ in Leipzig, S. 464, Anm. 38; Beate Meyer, Handlungsspielräume regionaler jüdischer Repräsentanten (1941–1945). Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Deportationen, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hg.), Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945, Göttingen 2004, S. 63–85, hier S. 66.

10 Sächsisches Staatsarchiv Dresden (SächsStA Dresden), NS-Archiv, VgM 10152, Akte 1, Bl. 27.

11 Hans-Dieter Schmid, Gestapo Leipzig. Politische Abteilung des Polizeipräsidiums und Staatspolizeistelle Leipzig 1933–1945, Beucha 1997, S. 52.

12 Stadtarchiv Leipzig (StadtAL), Ernährungsamt, Nr. 6, Bl. 121.

13 Siehe auch den Fall Käthe Leibel und die verschriftlichten Erinnerungen von Rolf Kralovitz im zweiten Hauptteil.

14 Norbert Haase/Stefi Jersch-Wenzel/Hermann Simon (Hg.), Die Erinnerung hat ein Gesicht. Fotografien und Dokumente zur nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933–1945, Leipzig 1998, S. 116f.

15 Siehe auch die verschriftlichten Erinnerungen von Rolf Kralovitz im zweiten Hauptteil.

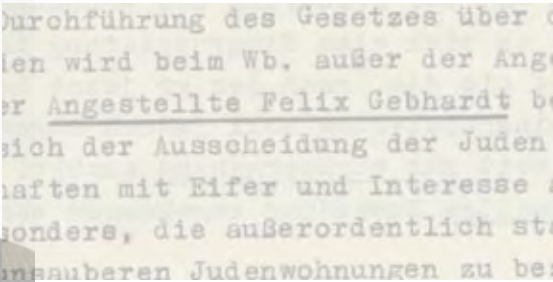
16 SächsStA Dresden, NS-Archiv, VgM 10152, Akte 1 (o. Blattzählung).

17 Gerda Gottschalk, Der letzte Weg, Konstanz 1991, S. 13f, 20.

18 Ebd., S. 21f.

19 Archiv der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, Nr. 2/91: Prüfungsbericht der Bezirksstelle Leipzig der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland 1941, S. 4.

20 Norbert Haase/Stefi Jersch-Wenzel/Hermann Simon (Hg.), Die Erinnerung, S. 119; Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die „Judentransporte“, S. 117.



Der zweite Transport am 10. Mai 1942

Nach der Besprechung im Reichssicherheitshauptamt am 6. März 1942 begannen Transporte in das Generalgouvernement (Distrikt Lublin und Warschauer Ghetto), die bis zum Oktober 1942 andauerten.²¹ Wenige Tage nach dieser Zusammenkunft forderte die Leipziger Gestapostelle die Jüdische Gemeinde auf, eine Transportliste anzufertigen, ohne dass Zeitpunkt und Ziel des Transportes bekannt waren.²² Erst Anfang Mai 1942 wurde ein Termin für den Transport bekannt gegeben. Ursprünglich war der 9. Mai vorgesehen. Am 7. Mai kam die Mitteilung, dass der Transport am 10. Mai stattfindet.²³

Für den Transport waren neben Juden aus der Stadt Leipzig auch Juden aus Borna, Grimma, Groitzsch, Bad Lausick, Leisnig und Roßwein (Regierungsbezirk Leipzig) sowie aus Mittweida (Regierungsbezirk Chemnitz) vorgesehen.²⁴ Aus Grimma waren am 8. Mai 1942 neun Juden unter Bewachung eines Polizeibeamten mit dem Frühzug nach Leipzig gefahren. Nach der Ankunft auf dem Hauptbahnhof führte der Polizist die Männer und Frauen in die Sammelstelle in der 32. Volksschule und übergab sie der Leipziger Gestapo.²⁵ Nach zwei Nächten in der Sammelstelle wurden die Juden zum Güterbahnhof Engelsdorf gebracht, wo sie auf die Ankunft des Zuges warteten. Der „Judentransport“ kam aus Eisenach. Hier war der Zug am 9. Mai, einem Sonnabend, abgefahren und hatte dann in Weimar gehalten, wo wieder Juden zusteigen mussten. Am 10. Mai traf der Transport in Leipzig ein. Am späten Abend stieß noch der erste „Judentransport“ mit 129 bis 132 Juden aus dem Regierungsbezirk Chemnitz mit Plauen und 70 Juden aus dem Regierungsbezirk Zwickau dazu.²⁶ Aus dem Gestapobezirk Leipzig wurden 287 Juden deportiert.²⁷ Der Zielort, das Ghetto Bełżyce im Distrikt Lublin, wurde erst nach Abfahrt des Zuges bestimmt. Am 12. Mai 1942 traf der Transport im Ghetto ein.²⁸

Ein Teil des Gepäcks der Leipziger Deportierten wurde nicht von der Sammelstelle zum Güterbahnhof gebracht. 118 Koffer, ein Rucksack und eine Damenhandtasche blieben zurück. Die Gepäckstücke wurden am 11. Mai vom Versteigerungshaus Klemm abgeholt. Dokumente, Bücher, Geld, kosmetische Artikel und Medikamente übernahm die Gestapo. Die Kleidungsstücke gingen in die öffentliche Versteigerung.²⁹

Für diesen Transport ist der erste Fall bekannt, dass eine auf den Transportlisten genannte Person untertauchte. Eva Heidenheim war zu diesem Zeitpunkt als Krankenschwester im jüdischen Krankenhaus tätig. Als sie von der bevorstehenden Deportation erfuhr, setzte sie sich mit einer nichtjüdischen Bekannten in Verbindung und bat um Hilfe. Von der Bekannten erhielt Eva Heidenheim einen Pass und fuhr damit nach Berlin, wo sie einige Monate versteckt wurde. In Leipzig hatte sie einen Abschiedsbrief zurück gelassen und einen Selbstmord vorgetäuscht. Von Ende 1942 bis zum Ende des Krieges wurde Eva Heidenheim von einer ihr bis dahin unbekannten Familie in Düsseldorf versteckt.³⁰

Im Sommer 1942 versuchte die Leipziger Gestapo eigenmächtig einen Zug für einen Transport nach Theresienstadt zu beschaffen. Verhandlungen mit der zuständigen Reichsbahndirektion verliefen aber erfolglos. Auch der Versuch, einen Transport mit Omnibussen oder Lastkraftwagen durchzuführen, ähnlich wie es Gauleiter Mutschmann in Dresden tat, scheiterte an der Beschaffung des Kraftstoffs.³¹

21 Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die „Judendeportationen“, S. 146.
22 Ellen Bertram, Menschen ohne Grabstein, S. 35.
23 StadtAL, Ernährungsamt, Nr. 6, Bl. 140, 145.
24 Ellen Bertram, Menschen ohne Grabstein, S. 35.
25 Gerhardt Gimpel, Juden in einer kleinen Stadt. Illustrierte Texte zur Stadtgeschichte von Grimma/Sachsen, Beucha 2005, S. 54.
26 Jürgen Nitsche, Vertreibung und Ermordung der Chemnitzer Juden, in: Ders./Ruth Röcher (Hg.), Juden in Chemnitz. Die Geschichte der Gemeinde und ihrer Mitglieder, Dresden 2002, S. 150-159, hier S. 157f.
27 Archiv der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, Nr. 2/91: Prüfungsbericht der Bezirksstelle Leipzig der Reichsvereinigung, S. 4.
28 Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die Judendeportationen, S. 205f, 208.
29 Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (SächsStA Leipzig), Versteigerungshaus Klemm, Nr. 21 (o.Bl.).
30 The Wiener Library London: Augenzeugenbericht Eva Heidenheim.
31 StadtAL, Kap. 1, Nr. 122, Bl. 137; Norbert Haase/Stefi Jersch-Wenzel/Hermann Simon (Hg.), Die Erinnerung, S. 172, 177f.

Der dritte Transport am 13. Juli 1942

In den neueren Studien wurde als Ziel dieses Transportes Auschwitz angegeben³² Nach Recherchen im Archiv der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau steht allerdings mit Sicherheit fest, dass Auschwitz nicht das Ziel war. Bisher gibt es aber keinen Hinweis auf den Verbleib des Transportes und der Menschen, die am 13. Juli 1942 deportiert wurden. Auch als der Zug Leipzig verlassen hatte, war nichts über den Zielort bekannt. Auf der Transportliste wurde nur „Osten“ vermerkt. Sammelstelle war vom 11. bis 13. Juli wieder die 32. Volksschule.³³ Aus Leipzig wurden 170 Menschen deportiert, aus Chemnitz stießen noch 18 dazu.³⁴ Bis Mitte Juli 1942 war fast die Hälfte der in Leipzig lebenden Juden deportiert worden. Zurückgeblieben waren vor allem ältere, kranke und gebrechliche Menschen über 65 Jahre, dazu die Mitarbeiter der jüdischen Gemeindeverwaltung und der vier Alters- und Pflegeheime.

Der vierte Transport am 19. September 1942

Die „Richtlinien“ für die Deportation in das Sonderghetto Theresienstadt vom 15. Mai 1942 bestimmten, dass bei den Transporten die in den Altersheimen untergebrachten Juden vorrangig deportiert werden sollten.³⁵ Der erste und auch größte „Judentransport“ nach Theresienstadt verließ, aus Weimar kommend, am späten Abend des 19. September 1942 Leipzig. 440 Männer, Frauen und Kinder mussten sich am Vortag in der Sammelstelle 32. Volksschule einfinden.³⁶ Am 19. September wurden die Menschen zum Güterbahnhof Engelsdorf gebracht, wo sie in aufgestellten Zelten mehrere Stunden auf die Ankunft des Zuges aus Weimar mit Schicksalsgefährten aus Thüringen warteten. Auch aus Halle (Saale) wurden Juden mit einem Omnibus für den Weitertransport zum Güterbahnhof gebracht. Am 20. September kam der Transport mit 877 Menschen in Theresienstadt an.³⁷ Auch mindestens 14 Mitarbeiter der Leipziger Gemeindeverwaltung sind am 19. September 1942 mit nach Theresienstadt deportiert worden.³⁸ Zwischen dem 2. und 17. September 1942 schieden mindestens 14 für den Transport vorgesehene Männer und Frauen aus dem Leben.

Nach der Deportation der Bewohner aus dem Altersheim in der Auenstraße 14 übernahm die Staatspolizeistelle das Grundstück und verlegte ihre Abteilung II (Innerpolitische Gegnerbekämpfung), die bisher in der Hindenburgstraße 34 untergebracht war, in das Gebäude. Die Abteilungen I (Verwaltung und Organisation) und III (Abwehr und Spionage) befanden sich seit Sommer 1940 in der Karl-Heine-Straße 12.³⁹ Eine jüdische Familie, die deportiert werden sollte, wurde von nichtjüdischen Bekannten versteckt. Walter und Hilda Leopold und die 5-jährige Tochter Anneliese tauchten am 17. September 1942 unter und hielten sich bis zum 4. Dezember 1943 versteckt. Nach dem schweren Luftangriff auf Leipzig meldete Walter Leopold mit einem gefälschten Ausweis eine neue Identität an. Die Familie lebte noch einige Monate in Leipzig, ging dann aber aus Furcht, entdeckt zu werden, nach Österreich. Sie lebten bis zum Kriegsende in Bludenz (Vorarlberg), wo Walter Leopold auf dem Landratsamt arbeitete.⁴⁰

32 Manfred Unger, Die „Endlösung“ in Leipzig; Ellen Bertram, Menschen ohne Grabstein; Steffen Held, Die Deportation.
33 StadtAL, Ernährungsamt, Nr. 6, Bl. 154.
34 Ellen Bertram, Menschen ohne Grabstein, S. 27; Jürgen Nitsche, Vertreibung und Ermordung, S. 157.
35 Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die „Judendeportationen“, S. 162.
36 StadtAL, Ernährungsamt, Nr. 6, Bl. 162; Ellen Bertram, Menschen ohne Grabstein, S. 43.
37 Gedenkstätte Terezin, Nr. A 3294, Tagesbefehl 217; Ellen Bertram, Menschen ohne Grabstein, S. 43.
38 Ellen Bertram, Menschen ohne Grabstein, S. 43.
39 Hans-Dieter Schmid, Gestapo Leipzig, Beucha 1997, S. 14.
40 Andrea Lorz, Als Zivilcourage Heldentum war, in: Leipziger Blätter, 49 (2006), S. 82f.

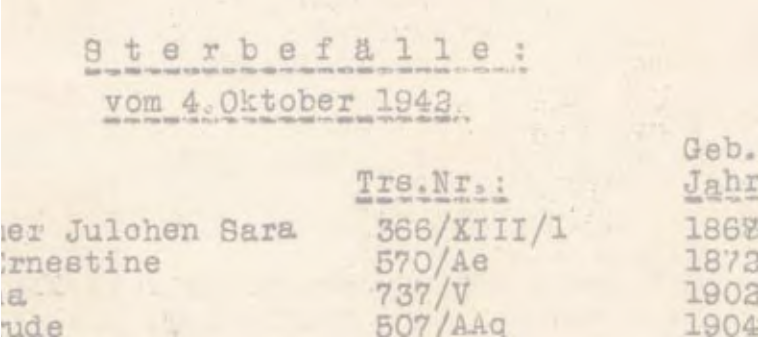
16.2.1943
145

29.2.1943
29

18.6.1943
18

19.6.1943
18
2

13.1.1944
46



Der fünfte und sechste Transport im Februar 1943

Im Herbst/Winter 1942 fanden keine Transporte aus Leipzig statt. Erst durch die „Fabrikaktion“ mit der Verhaftung der in der Rüstungsindustrie beschäftigten jüdischen Zwangsarbeiter im Februar 1943 wurden die Deportationen wieder aufgenommen. Am 20. Februar 1943 hatte das Reichssicherheitshauptamt neue Richtlinien zur „Evakuierung von Juden nach dem Osten (KL Auschwitz)“ herausgegeben. Alle Juden, auch Zwangsarbeiter in Rüstungsbetrieben, außer in „Mischehen“, sollten deportiert werden.⁴¹ Bereits am 16. Februar 1943 waren in Leipzig 145 Juden im Gebäude der ehemaligen Höheren Israelitischen Schule untergebracht worden. Am nächsten Tag wurden sie nach Berlin transportiert. Von dort kam eine kleinere Gruppe nach Theresienstadt, die übrigen kamen nach Auschwitz.⁴² Am 28. Februar 1943 wurden weitere 29 Juden im ehemaligen Schulgebäude einquartiert. Am nächsten Tag kamen sie nach Dresden in das „Judenlager“ Hellerberg. Von dort wurden sie nach Theresienstadt und Auschwitz deportiert.⁴³ Vor den Transporten im Februar 1943 gelang es einer jungen Frau mit ihrem 2-jährigen Sohn, vor allem durch die Hilfe des Paters Aurelius Arkenau vom Dominikanerkloster Leipzig-Wahren, ein Versteck zu finden. Sie lebten mit einer neuen Identität bis zum Kriegsende in Halle (Saale) bei einer Familie.⁴⁴

Die Transporte sieben, acht und neun im Juni 1943

Den Transporten vorausgegangen war die Auflösung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Verhaftung der leitenden Mitarbeiter. In Leipzig wurde Fritz Grunsfeld verhaftet. Die zur Deportation bestimmten Juden wurden im Gestapo-Gefängnis in der Riebeckstraße inhaftiert. Am 18. Juni 1943 ging ein Transport mit 18 Männern und Frauen nach Theresienstadt. Am nächsten Tag wurden nochmals 18 Juden nach Auschwitz deportiert. Es war der erste und auch einzige direkte Transport aus Leipzig mit dem Ziel Auschwitz. Am 19. Juni 1943 wurden noch zwei Juden nach Theresienstadt verschleppt.⁴⁵

Im Sommer 1943 erklärten die Nationalsozialisten Deutschland für „judenrein“.

Der zehnte Transport am 13. Januar 1944

Zu Beginn des Jahres 1944 brachte die Gestapo auf Befehl Himmlers dann alle diejenigen Jüdinnen und Juden nach Theresienstadt, deren „Mischehen“ wegen Scheidung oder Tod des Partners nicht mehr bestanden.⁴⁶ Beim größten Luftangriff auf Leipzig in der Nacht des 3./4. Dezember 1943 wurde auch die 32. Volksschule, die Sammelstelle vor den Transporten, zerstört. Als Sammelstelle für diesen Transport wurde am 11. und 12. Januar 1944 die Städtische Arbeitsanstalt in der Riebeckstraße und das Polizeigefängnis in der Wächterstraße genutzt.⁴⁷ Am 13. Januar 1944 wurden 46 Menschen nach Theresienstadt deportiert.

⁴¹ Wolf Gruner, Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938–1945). Neue Perspektiven und Dokumente, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hg.), Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945, Göttingen 2004, S. 21-62, hier S. 58.
⁴² StadtAL, Ernährungsamt, Nr. 6, Bl. 175f.
⁴³ Ebd., Bl. 185.
⁴⁴ Siehe die ausführliche Schilderung dieses Falles im zweiten Hauptteil.
⁴⁵ StadtAL, Ernährungsamt, Nr. 6, Bl. 192.
⁴⁶ Wolf Gruner, Von der Kollektivausweisung, S. 59.
⁴⁷ StadtAL, Ernährungsamt, Nr. 6, Bl. 197.

Der elfte Transport am 14. Februar 1945

Am 15. Januar 1945 befahl das Reichssicherheitshauptamt, die noch existierenden „Mischehen“ zu zerreißen und die jüdischen Partner zu deportieren.⁴⁸ Am 8./9. Februar 1945 hatte ein großer Teil der noch in Leipzig lebenden Juden von der Gestapo die Aufforderung erhalten, sich am 13. Februar 1945 in der 27. Volksschule in der Zillerstraße 9 einzufinden, um am nächsten Tag zum Arbeitseinsatz nach Theresienstadt gebracht zu werden. Am 14. Februar 1945 bestiegen die Männer, Frauen und Kinder die Straßenbahn und wurden zum Hauptbahnhof eskortiert. Dort mussten sie auf den Transport aus Frankfurt am Main warten, dem sie angeschlossen wurden. Der Transport war infolge von Gleisschäden im Stadtgebiet von Dresden vier Tage unterwegs und traf am 18. Februar 1945 in Theresienstadt ein. Unmittelbar nach der Ankunft starb Alexander Eisenberg. Nach der Befreiung des Lagers verstarben noch Scheindel Lindner und Mindla Mohs, so dass 166 Menschen dieses Transportes im Sommer 1945 mit den wenigen Überlebenden der vorhergehenden Transporte nach Leipzig zurückkehren konnten.⁴⁹

Für den letzten Transport am 14. Februar 1945 sind mehrere Fälle bekannt, dass vor allem Christen jüdischer Abstammung versteckt wurden. Besonders große Hilfe und Unterstützung fanden Betroffene in katholischen Kreisen in den Leipziger Stadtteilen Lindenau und Plagwitz. Zwei Geistliche des Oratoriums des Hl. Philipp Neri in der Pfarrei Liebfrauen, Pfarrer Theo Gunkel und Kaplan Josef Gülden, hatten ein dichtes Hilfsnetz geknüpft.⁵⁰ Karoline Scherf wurde im „Dreimäderlhaus“ der Gemeinde untergebracht und bis Kriegsende versteckt gehalten.⁵¹ Ihr Ehemann Paul Scherf, der 1937 als Volksschullehrer entlassen worden war, war seit Mitte November 1944 durch die „Organisation Todt“ für die Arbeit an militärischen Anlagen in Osterode zwangsverpflichtet worden. Dieses Los teilte er mit vielen nichtjüdischen Ehemännern aus „Mischehen“ in Leipzig.

Einzeltransporte

Etwa 30 bis 50 Männer und Frauen, genaue Zahlen sind bisher nicht ermittelbar, wurden mit Einzeltransporten in Sonderabteilen regulärer Züge oder in Zellenwagen der Polizeiverwaltung in Konzentrationslager, überwiegend nach Auschwitz und Ravensbrück verschleppt und ermordet. In vielen Fällen lautete der offizielle Vorwurf: Vergehen gegen die Kriegswirtschaftsverordnung. Tatsächlich resultierten viele Verhaftungen aus den in unbestimmten Zeitabständen durchgeführten Durchsuchungen in den „Judenhäusern“. Vielfach fanden die Gestapobeamten oder die städtischen Mitarbeiter der kommunalen „Judenstelle“ nicht erlaubtes Obst, Gemüse oder Fleisch, unerlaubte Geldbeträge, aber auch Abschriften von Predigttexten und Denkschriften des katholischen Bischofs Clemens von Galen und des evangelischen Bischofs Theophil Wurm, die die Deportation der Juden verurteilten. Verhaftungen erfolgten auch nach Denunziationen und Bespitzelungen. Am 13. September 1943 wurde Beate Kranz wegen „Tarnung der Rassezugehörigkeit“ verhaftet. Sie war denunziert worden. Beate Kranz besaß neben der „Juden-Kennkarte“ einen Postausweis, der nicht den gesetzlich vorgeschriebenen Zusatznamen Sara enthielt. Sie wurde verhaftet und im Polizeigefängnis eingesperrt. Anfang November 1943 kam sie in das Gestapo-Gefängnis in der Riebeckstraße, um mit dem nächsten Transport nach Auschwitz verschleppt zu werden. Am 6. November 1943 kam Beate Kranz nach Auschwitz. Am 3. Januar 1944 wurde sie ermordet.⁵²

⁴⁸ Wolf Gruner, Von der Kollektivausweisung, S. 59.
⁴⁹ Ellen Bertram gibt für diesen Transport ein Todesopfer, Alexander Eisenberg, an. Ellen Bertram, Menschen ohne Grabstein, S. 47.
⁵⁰ Martin Habicht, Verfolgung und Widerstand nichtproletarischer Kräfte im Raum Leipzig – Westsachsen 1933-1945, Habil., Ms., 2 Bde., Univ. Leipzig 1989, S. 160, 232.
⁵¹ Marie-Luise Kreuter, „Können wir uns noch in die Augen sehen, wenn wir hier nicht das tun, was uns möglich ist?“ in: Wolfgang Benz (Hg.), Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer, München 2003, S. 83-96, hier 95.
⁵² Ich bin Herrn Thomas Küttler zu Dank verpflichtet, der mir Briefe an seinen Großvater, den Pfarrer Otto von Harling, die der Ehemann von Berta Kranz schrieb, zur Verfügung stellte.

14.2.1945
169

30-50

Fazit

Am 31. Dezember 1941 lebten in Leipzig etwa 2000 als Juden verfolgte Männer, Frauen und Kinder.⁵³ Unter Berücksichtigung der zwischen Januar 1942 und Februar 1945 Verstorbenen und der 150 bis 300 Zugezogenen aus anderen Orten Deutschlands wurden etwa 2000 Juden aus Leipzig deportiert.

Nachweisbar sind elf aus Leipzig abgegangene Transporte.⁵⁴ Der größte Transport erfolgte am 21. Januar 1942 nach Riga, der kleinste mit zwei Personen am 19. Juni 1943 nach Theresienstadt. Außerdem wurden in zahlreichen, nicht zu beziffernden, Einzeltransporten mit ein bis zwei Personen, zwischen 30 und 50 Juden deportiert. Mindestens 700 Menschen sind in das Sonderghetto Theresienstadt deportiert worden. Von der Zwischenstation Theresienstadt kamen bis Oktober 1944 etwa 400 Menschen nach Auschwitz. Kaum mehr als 220 der aus Leipzig in die verschiedenen Lager deportierten über 2000 Menschen haben überlebt.

Der Beginn und der zeitliche Schwerpunkt der „Judentransporte“ aus Leipzig lag im Jahr 1942. In vier Transporten wurden bereits zwei Drittel der zwischen Januar 1942 und Februar 1945 aus Leipzig deportierten Juden nach Riga, Bełżyce, einen bislang nicht bekannten Ort und nach Theresienstadt verschleppt. Im Jahr 1943 kam es zu überwiegend kleineren Transporten. Für die Jahre 1944 und 1945 steht jeweils ein Transport zu Buche.

Als im April 1945 amerikanische Truppen Leipzig besetzten und die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten beendeten, waren nur noch wenige der als Juden verfolgten Bürger in der Stadt.

⁵³ Archiv der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, Nr. 2/91: Prüfungsbericht der Bezirksstelle Leipzig der Reichsvereinigung 1941, S. 4. Ellen Bertram weist 1831 deportierte Juden aus. Ellen Bertram, Menschen ohne Grabstein, S. 27.

⁵⁴ Bislang wird von neun Transporten aus Leipzig ausgegangen.

Fotos, Dokumente und Texte aus der Ausstellung „Der letzte Weg“ Die Deportation der Juden aus Leipzig 1942–1945



1 Die Deportationsopfer aus Leipzig Täterprofile



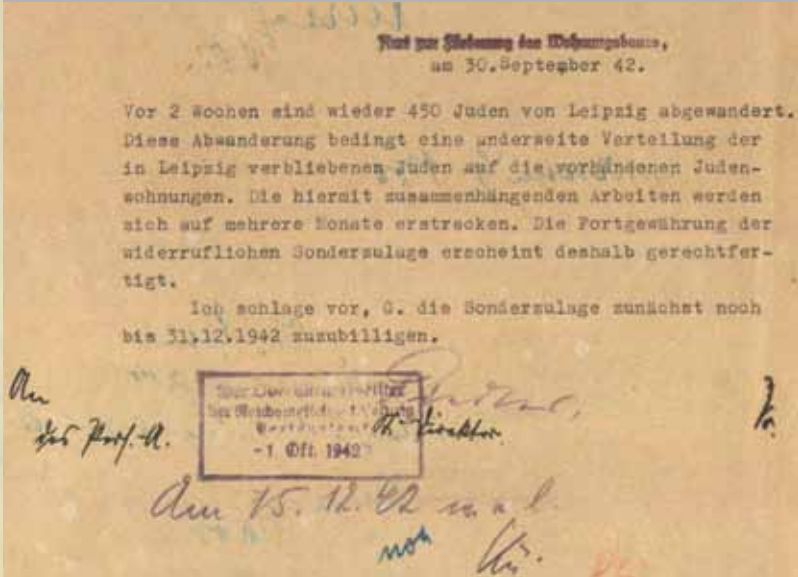
Paul Zenner (Bundesarchiv Berlin)

Paul Zenner wurde am 14. Januar 1908 in Reinsdorf bei Zwickau als Sohn eines Bergarbeiters geboren. Er besuchte von 1914 bis 1922 die Volksschule. Nach dem Schulabschluss erlernte er das Schlosserhandwerk. Im Anschluss absolvierte er die Sächsische Landespolizeischule in Meißen. 1929 wurde er zum Polizeiwachtmeister in Zwickau befördert. Am 1. Mai 1933 war er in die NSDAP eingetreten, und er gehörte der SS an. Im Juli 1934 erfolgte die Versetzung zur Politischen Abteilung des Polizeipräsidiums Leipzig. Zenner war nicht verheiratet; er hatte zwei Kinder. Seit Mai 1938 war er als Kriminalassistent bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Leipzig, als Sachbearbeiter im Judenreferat tätig und wurde später zum Kriminalsekretär befördert. Nach Kriegsende lebte er in der Bundesrepublik. Im Jahre 1966 lief bei Staatsanwaltschaft Göttingen ein Ermittlungsverfahren gegen Zenner wegen Mordes. Ein Gerichtsprozess fand aber nicht statt.



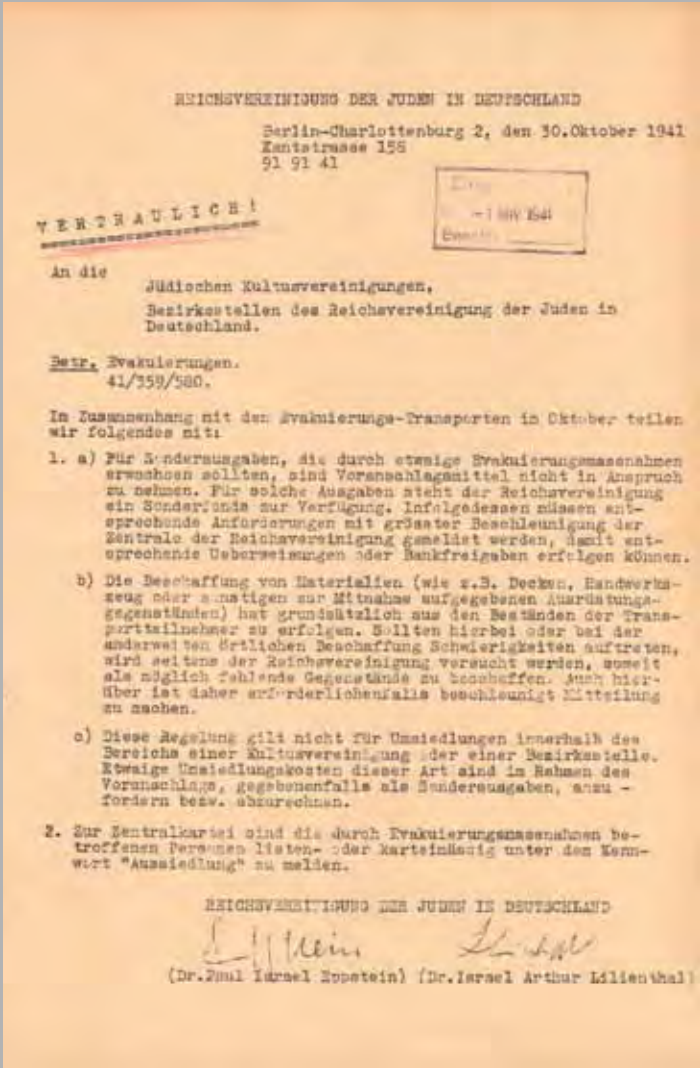
Felix Gebhardt (Stadtarchiv Leipzig)

Felix Gebhardt wurde am 27. April 1894 in Leipzig als Sohn eines Kupferschmiedes geboren. Nach dem achtjährigen Besuch der Volksschule erlernte er keinen Beruf, sondern war als ungelernter Arbeiter tätig. Im Ersten Weltkrieg war er Soldat. In der Weimarer Republik übte er verschiedene Tätigkeiten aus. Ende 1931 wurde er arbeitslos und fand erst im Oktober 1933 eine neue Anstellung. Seit 1938 war er als Kanzleiangestellter in der Leipziger Stadtverwaltung beschäftigt, seit Juni 1939 als Sachbearbeiter in der „Judenstelle“ im Amt zur Förderung des Wohnungsbau- es. Im Juli 1940 stellte er einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP, zwei Jahre später wurde er Mitglied. Gebhardt war zweimal verheiratet, beide Ehen blieben kinderlos. Im Juni 1945 wurde Gebhardt als Angestellter der Stadt Leipzig entlassen. Im Juli 1947 kam er in Untersuchungshaft. Er wurde wegen der verbrecherischen Handlungsweisen gegenüber den Juden angeklagt. Im Mai 1948 fand am Landgericht Leipzig der Prozess statt, der mit seiner Verurteilung zu zehn Jahren Gefängnis endete.



Dokumente aus der Personalakte von Felix Gebhardt, die seine Beteiligung an der Vorbereitung der Transporte belegen (Stadtarchiv Leipzig)

2 Die Deportationsopfer aus Leipzig Fallbeispiele



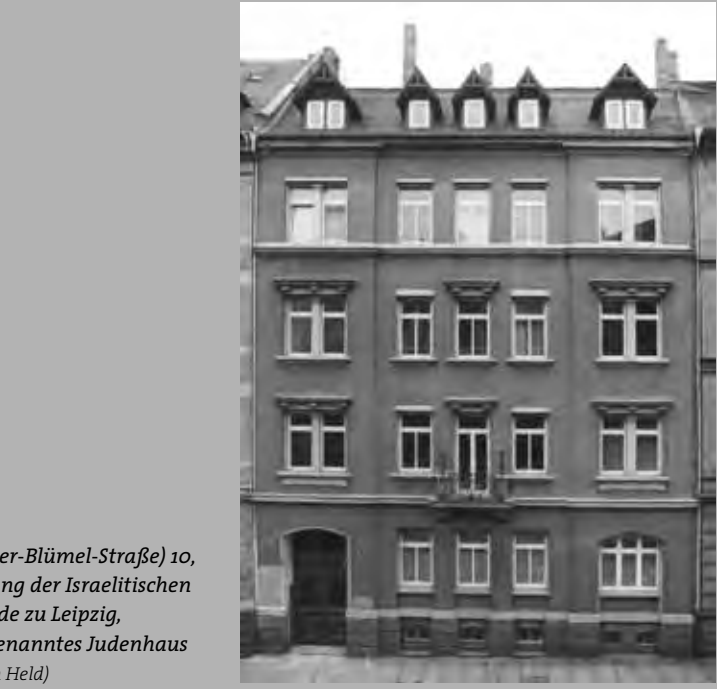
Rundschreiben der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zu den „Evakuierungen, 1941 (Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig)



Rundschreiben der Bezirksstelle Mitteldeutschland in Leipzig zur Erfassung persönlicher Dokumente der Deportierten, 1941 (Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig)



Erfassung der persönlichen Dokumente von Hermann Silberberg in Leipzig, 1942 (Bundesarchiv Berlin)



Löhrstraße (Walter-Blümel-Straße) 10, Sitz der Verwaltung der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, seit 1939 ein so genanntes Judenhaus (Privatbesitz Steffen Held)

2 Die Deportationsopfer aus Leipzig: Fallbeispiele

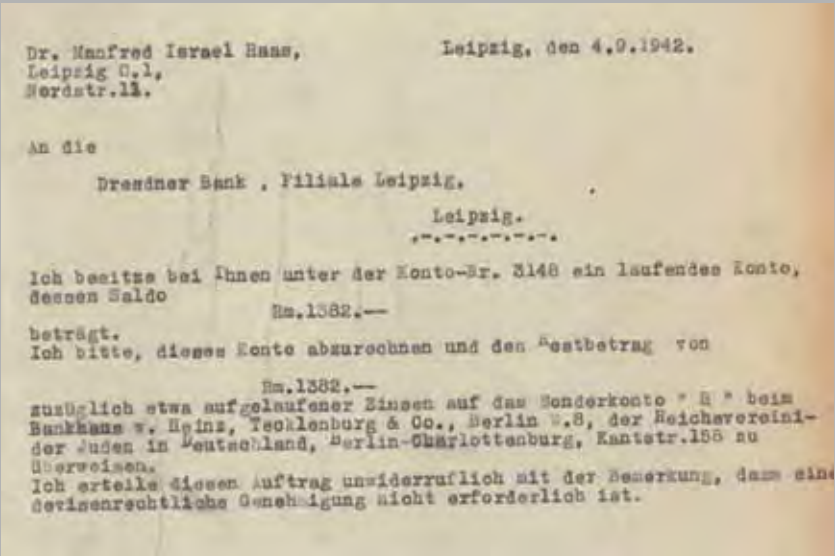
Dr. med. Manfred Haas



Dr. Manfred Haas
(Sächsisches Staatsarchiv Leipzig)

Dr. med. Manfred Moses Haas wurde am 3. Januar 1885 im bayrischen Mühlhausen geboren. Haas war Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten und Urologie. Er war verheiratet mit Olga, geborene van Wien. Am 19. September 1942 wurden Manfred und Olga Haas nach Theresienstadt deportiert. Am 9. Oktober 1944 kamen sie mit einem Transport nach Auschwitz und wurden ermordet.

32. Volksschule in der Yorkstraße 2/4
[heute Erich-Weinert-Straße],
Sammelstelle vor den
Transporten.
Das Gebäude wurde beim
Bombenangriff am
4. Dezember 1943 zerstört
(Stadtgeschichtliches Museum
Leipzig)



2 Die Deportationsopfer aus Leipzig

Transporte



Luftbild vom Güter-
und Rangierbahnhof
Engelsdorf,
April 1945
(Stadtgeschichtliches
Museum Leipzig)



Das bislang einzig
bekannte Foto von
einem Transport
Leipziger Juden,
wahrscheinlich vom
Güterbahnhof
Engelsdorf,
1942/43
(Aus: Manfred Unger/
Hubert Lang:
Juden in Leipzig.
Eine Dokumentation.
Leipzig, 1989, S. 196)

2 Die Deportationsopfer aus Leipzig Deportationsziele



(Grafik: Hendrik M. Pampel)

Transporte aus Leipzig (mit mehr als einer Person)

Datum	Transport nach	Personen
21. Januar 1942	Riga	561
10. Mai 1942	Bełżyce	287
13. Juli 1942	unbekannt	170
19. September 1942	Theresienstadt	440
16./17. Februar 1943	Theresienstadt/Auschwitz (über Berlin)	145
28. Februar 1943	Theresienstadt/Auschwitz (über Dresden)	29
17. Juni 1943	Theresienstadt	16
18. Juni 1943	Auschwitz	18
19. Juni 1943	Theresienstadt	2
13. Januar 1944	Theresienstadt	46
14. Februar 1945	Theresienstadt	169



(Grafik: Hendrik M. Pampel)

2 Die Deportationsopfer aus Leipzig: Fallbeispiele Rosalie Cohn



Rosalie Cohn,
Foto um 1946
(Sächsisches Staatsarchiv Leipzig)

Rosalie Ruscha Cohn, geborene Jacobowitz, wurde am 15. April 1870 in Adelnau geboren. Sie war seit 1904 mit dem Kurzwarenhändler Herrmann Cohn, geboren am 2. Januar 1863 in Jessnitz (Anhalt), verheiratet. Das Ehepaar hatte zwei Töchter, Grete und Hertha. Herrmann Cohn starb bereits am 18. September 1923 in Leipzig. Drei Jahre später starb die Tochter Hertha ganz unerwartet. Die Tochter Grete heiratete den Rauchwarenhändler Elias Dresner. Sie wurde mit ihrem Mann am 28. Oktober 1938 nach Polen abgeschoben [so genannte Polenaktion]. Das Ehepaar Dresner wurde 1942 ermordet. Am 19. September 1942 wurde Rosalie Cohn nach Theresienstadt deportiert. Sie überstand die Lagerzeit in Theresienstadt und konnte im August 1945 nach Leipzig zurückkehren. Ihre Töchter und Schwiegersöhne wurden Opfer des Holocaust. Zwei Enkelkinder hatten überlebt. Rosalie Cohn starb am 15. Oktober 1959 in Leipzig.



Kennkarte Rosalie Cohn,
Innenseite und Vorderseite,
1939
(Stadtgeschichtliches Museum
Leipzig)



Aufnäher K. L. Terezině,
nach 1942
(Stadtgeschichtliches
Museum Leipzig)

2 Die Deportationsopfer aus Leipzig: Fallbeispiele Clara Schott



Clara Schott
(Aus: Das litterarische Leipzig,
Leipzig 1897, S. 69)

Clara Caroline Schachne wurde am 9. Juni 1858 in Meseritz (Prov. Posen) als Tochter eines Wollhändlers geboren. 1881 zog Clara Schachne mit ihren Eltern von Cottbus nach Leipzig. Sie schrieb mit 18 Jahren ihre erste Erzählung „Um der Ehre Willen“ und war dann literarisch und journalistisch tätig. Als Autorin veröffentlichte sie unter dem Pseudonym Clara Schott. Für zahlreiche deutsche und ausländische Zeitungen und Zeitschriften schrieb sie Aufsätze, Novellen, Skizzen und Modeberichte. Clara Schott veröffentlichte ebenso jüdisch-deutsche Erzählungen, hatte aber vor allem als Märchen-, Kinder- und Jugendschriftstellerin Erfolg. Aufsehen erregte sie am Ende des 19. Jahrhunderts mit der provokanten Schrift »Zur Männerfrage«. Nach 1933 verschwanden ihre bis dahin immer wieder neu verlegten Bücher aus den Buchläden. Clara Schachne [Schott], die nie geheiratet hatte, lebte zuletzt im Israelitischen Altersheim – Ariowitsch-Stiftung in der Auenstraße 14 [heute Hinrichsenstraße]. Sie wurde am 19. September 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo sie nach zwei Wochen Ghettoaufenthalt am 4. Oktober 1942 starb.



Auenstraße 14
[heute Hinrichsenstraße]
In das 1931 errichtete
Israelitische Altersheim –
Ariowitsch-Stiftung
zog 1942 eine Abteilung der
Staatspolizeistelle Leipzig ein.
(Stadtgeschichtliches Museum
Leipzig)



Zwei Bücher von Clara Schott
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)

Weichert Verlag an C. Schott
(Lehmstedt Verlag Leipzig)

2 Die Deportationsopfer aus Leipzig Dokumente aus Theresienstadt

Ghetto Theresienstadt, Theresienstadt, d. 22. IX. 1942
Tagesbefehl Nr. 217
vom 22. September 1942.

1./ Transport Bg:
Ueberweisung der Lagerkommandatur ist Mittwoch, den 23. d.M. ein Transport von 2000 Teilnehmern aus dem Altreich und der Ostmark in ein anderes Ghetto, ebenso wie die Transporte Bg und Bp abzufertigen. Die Einberufungen zu diesem Transport erfolgen in Leipzig das heutige Tages. Alle notwendigen Weisungen bezüglich des Transport und Abgangs des Gepäcks ergeben in Wege der Transportleitung.

2./ Transportorte:
Nachstehende Transporte sind aus dem Ghetto abzugeben:
am 19. IX. 1942 Bg Osten mit 2000 Personen
am 21. IX. 1942 Bp Osten mit 2000 Personen
am 22. IX. 1942 B1 Osten mit 1000 Personen
Die einfarthende angeführten Transporte sind in Ghetto eingeleitet:
am 19. IX. 1942 III/4 aus Köln a/Rh. mit 40 Personen
am 20. IX. 1942 XVI/1 aus Weimar mit 877 Personen
am 21. IX. 1942 I/56 " Berlin mit 100 Personen

3./ Fragen von Armbinden:
Es wird nochmals eindringlichst darauf aufmerksam gemacht, dass das Tragen von Armbinden aller Art im Allgemeinen verboten ist, und nur die ausdrücklich zugelassenen, hierfür ausnahmsweise gestatteten sind:
1./ Gelbe Binde mit Aufschrift * O.W.* und Kennnummer für die Ordnungswacht.
2./ Rote Binde für die Feuerwehr.
3./ Schwarze Binde mit Aufschrift * O.W.* für den Ordnungswacht.
4./ Weiße Binde mit schwarzem Aufdruck * R.D.* und Kennnummer für den Hilfsdienst.
5./ Weiße Binde mit schwarzem Aufdruck * Ausnahm* für den Informationsdienst.
Die mit Kennnummer zu tragenden Binden sind ohne Kennnummer ungültig.

4./ Urteil des Ghettogerichts:
W o l f Asselt, Fr.Hr. Nr. 42/566, wohnhaft in T. 1 mit Freiheitsentziehung auf 4 1/2 Jahre von 7 Jahren, verurteilt durch Entzug der wahren Tageskost um 4. Tage des Strafvollzugs. Als Straffaktor wurde der Verlust des Rechtes, eine Dienststelle im Ghetto zu bekleiden, ausgesprochen. Die Strafe ist unabdingt.
Strafbede Teil der Verurteilten: wohnhaft am 22. VIII. 1942 verabschiedete Lebensmittel.

5./ Binstellung alter Glühlampen:
Über behördliche Anordnung müssen mit sofortiger Wirksamkeit sämtliche ausgebrannte oder anderweitig geschädigten Glühlampen gesammelt und abgeliefert werden. Neue Glühlampen werden nur gegen Binstellung der alten Lampen ausgetauscht. Die Lampen sind in Wege der zuständigen Ghettoverwaltung abzuliefern.

22. IX. 42 Der Amtseigenen

Starbefeile vom 4. Oktober 1942

Lfd.Nr.	Tr.Nr.	Geb.-Jahr	Urk.-Nr.
43	Feldschere Julia Sara	350/IV/9	1888
44	Kaymann Otto Israel	316/XI/1	1883
45	Klimke Elise Israel	307/XI/1	1876
46	Kluge Mary Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
47	Kluge Charlotte Sara	7476/I/82	1887
48	Kluge Jenny Sara	7476/I/82	1887
49	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
50	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
51	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
52	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
53	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
54	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
55	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
56	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
57	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
58	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
59	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
60	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
61	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
62	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
63	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
64	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
65	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
66	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
67	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
68	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
69	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
70	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
71	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
72	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
73	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
74	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
75	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
76	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
77	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
78	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
79	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
80	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
81	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
82	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
83	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
84	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
85	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
86	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
87	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
88	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
89	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
90	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
91	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
92	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
93	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
94	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
95	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
96	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
97	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
98	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
99	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
100	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
101	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
102	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
103	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
104	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
105	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
106	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
107	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
108	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
109	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
110	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
111	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
112	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
113	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
114	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
115	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
116	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
117	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
118	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
119	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
120	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
121	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
122	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
123	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
124	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
125	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
126	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
127	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
128	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
129	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
130	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
131	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
132	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
133	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
134	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
135	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
136	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
137	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
138	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
139	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
140	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
141	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
142	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
143	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
144	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
145	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
146	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
147	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
148	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
149	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
150	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
151	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
152	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
153	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
154	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
155	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
156	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
157	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
158	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
159	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
160	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
161	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
162	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
163	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
164	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
165	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
166	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
167	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
168	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
169	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
170	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
171	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
172	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
173	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
174	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
175	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
176	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
177	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
178	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
179	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
180	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
181	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
182	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
183	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
184	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
185	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
186	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
187	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
188	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
189	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
190	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
191	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
192	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
193	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
194	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
195	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
196	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
197	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
198	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
199	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887
200	Kluge Jenny Sara, geb. Hirsch	7476/I/82	1887

Abteilung für innere Verwaltung
Matrik und Beerdigungswesen.
Theresienstadt, am 4. 10. 1942.

Sterbefälle

Am 4. Oktober 1942 wurde in T. VI ein Mädchen geboren.
Vater: Hans Gustav Israel, Tr.Nr. 1006/XII/3
Mutter: Rosa Rosa Sara, geb. Baum, Tr.Nr. 1006/XII/3

Sterbefälle vom 4. Oktober 1942

Lfd.Nr.	Tr.Nr.	Geb.-Jahr	Urk.-Nr.
1	Ottobauer Julchen Sara	350/XII/1	1887
2	Ottobauer Ernestine	370/AA	1873
3	Seidel Anna	737/IV	1808
4	Kohn Estrada	807/AA	1904
5	Beckmann Kathi Gisela Sara	896/IV/11	1870
6	Kohn Hermine	896/IV	1853
7	Port Emma, geb. Kohn	7183/I/66	1861
8	Bräse Siegfried	850/AA	1871
9	Heinemann Richard Israel	322/VI/1	1878
10	Hirschmann Anna, geb. Weiss	48/AA	1878
11	Steingut Flora Sara, geb. Seiden	47/V/1	1851
12	Mattendorff Franz Israel	8008/I/00	1883
13	Dieter Clara Sara, geb. Mahr	1803/I/84	1873
14	Einstein Simon Israel	337/XII/1	1883
15	Fuld Jakob Israel	1088/XVII/1	1883
16	Peisach Regina Sara	873/II/18	1873
17	Mayer Jette Sara	818/XII/8	1870
18	Levy Kathilde Sara	785/XII/8	1878
19	Appel Simon Israel	823/VI/1	1866
20	Marburger Louis Israel	890/VI/1	1870
21	Decker Friederike Sara	835/XII/3	1871
22	Weil Doris Sara	437/XI/1	1883
23	Marr Otto Israel	80/III/1	1890
24	Goldberg Hannel Sara	863/IV/11	1870
25	Willig Leonore	144/AA	1899
26	Kuders Herine	335/II	1873
27	Kohn Fanny Sara	838/IV/3	1870
28	Lehrfeld Anna	838/AA	1871
29	Mehr Annelie Sara	808/II/8	1884
30	Schachne Caroline Sara	400/XII/1	1890
31	Straneky Eduard	1435/II	1881
32	Friedmann Heinrich Israel, geb. Kohn	5077/I/80	1886
33	Karpow Ernestine	806/AA	1888
34	Kuders Henriette Anna Sara	803/VI/1	1888
35	Mann Emanuel Israel	707/IV/8	1853
36	Mann Emma Sara, geb. Steiner	871/XII/1	1885
37	Kopetzky Henriette Sara	807/XI/1	1888
38	Lichtenstein Moritz Moses J.	818/IV/8	1883
39	Mann Karoline Sara	107/II/26	1873
40	Mayer Meier Israel	831/II/26	1881
41	Musmann Josef Israel	88/III/1	1888
42	Dux Samuel Israel	407/IV/8	1883

Sterbefälle vom 4. 10. 1942

Lfd.Nr.	Tr.Nr.	Geb.-Jahr	Urk.-Nr.
93	Reedy Helene	478/IV/8	1873
94	Kessler Kathi Sara	177/IV/8	1881
95	Frankenstein Anna Sara, geb. Jarecki	87/IX/8	1873
96	Haus Ludwig Israel	305/II/8	1870
97	Wolf Emma Sara, geb. Ullmann	1346/XI/3	1878
98	Hohenberger Leopold Israel	436/IV/8	1869
99	Feldmann Helene Sara	6383/I/81	1868
100	Fuld Sara, geb. Hirsch	4826/I/48	1870
101	Levin Bernhard Israel	4387/I/48	1886
102	Dettner Karl Israel	478/II	1871
103	Halpern Deborah Sara, geb. Segalowitz	158/XI/1	1876

Von der jüdischen Lagerleitung in Theresienstadt
herausgegebene Informationsblätter

Oben links:
„Tagesbefehl Nr. 217“: Ankunft des Tranportes Weimar/Leipzig
am 20. September 1942

Die weiteren Abbildungen:
„Sterbefälle vom 4. Oktober 1942“: Verstorbene Juden aus Leipzig
(Gedenkstätte Terezin)

*Leopold (li.) und Margarete
Waldheim
(Privatbesitz Hubert Lang, Leipzig)*

4.
a) Der Abschluss des Vertrages wird die Verpflichtung Abnormen-
den Vertrag Partner(n) auf Lebenszeit Hilfen
zu gewähren, die Wünsche hinsichtlich
ihm/als erkrankten Mitglied und mit Arznei-
mitteln zu betreiben und für notwendigen Krankenhausaufenthalt
sorgen.
b) Das Recht der anderweitigen Unterbringung bleibt vorbehalten.
c) Bei einer Veränderung der gegenwärtigen Unterbringungsform kann
der Vertragspartner/die Vertragspartei keine Ansprüche
herleiten.

5.
Bei Eintritt einer Körperlichen oder geistigen Erkrankung
des/der Vertragspartner(s) sowie eines sonstigen Zustands, der
das dauernde Verbleiben in der Gemeinschaftsunterbringung aus-
schließt und eine anderweitige Unterbringung geboten erscheinen
lässt, ist die Reichsvereinigung berechtigt, die erforderlichen
Maßnahmen zu treffen. Entsprechendes gilt bei wiederholten groben
Verstößen gegen die Ordnung der Gemeinschaftsunterbringung.

6.
a) Der Einkaufsbetrag geht mit der Leistung in das Eigentum der Reichs-
vereinigung über.
b) Ein Rechtanspruch auf Rückzahlung dieses Betrags besteht, auch
beim Tod des Vertragspartners oder bei einer Aufhebung des
Vertrages, aus sonstigen Gründen, nicht.

Mitteldeutschland 1943
Ort Leipzig
Iersel. Religionsgemeinschaft
zu Leipzig 1943
Kennort: Kennnummer:
Anschrift:
(Unterschrift) (Unterschrift)

Beisitzent - Vermögenserklärung
zum Kolonialanwerbevertrag Nr. V
Zu- und Vornamen: W a l d h e i m, Leopold Israel
 (bei Ehefr. od. ehel.
 Nachkommen:)
B r u f: ohne
Wohnung: Leipzig, Humboldtstrasse 15 III
 (Stadt, Stadtteil,
 Strasse, Hausnummer)
Kennort: Leipzig Kennkarte Nummer: A 01381
geboren am: 19.9.1864 in: Sternberg Kreis:
 Mecklbg
Konfession: jud. Staatsangehörigkeit: Dt.R.
Familienstand: ~~Waise~~ - verheiratet - ~~verheiratet~~ ~~geschieden~~
getraut lebend:
IN Mischehe? nein
Bei nicht Vollgeschäftsfähigen: Name und Anschrift des Vormundes/
 Pflegers/ gesetzlichen Vertreters
 -.-.-.-.-
Des Ehegatten: Vorname: Marg-
 arete früherer Name: Michael
Geburtsdatum: 28.8.1873 Geburtsort: Leipzig
Konfession: jud.
Anschrift: Leipzig, Humboldtstrasse 15III
Kennort: Leipzig Kennkarte Nummer: A-01382
Ehelicher Güterstand:
 ges. Güterstand

A. Bewegliches Vermögen

Ich besitze gegenwärtig folgende bewegliche Vermögen:

1. Konten bei Goldanstalten
Art, Nummer, Goldbestand, Höhe, Aufbewahrungsort der
dazu gehörigen Sperrblätter, Kenn- oder Bezeichnungssort.-nummern
s. Anlage 1 RM 107,50

2. Wertpapiere bei Goldanstalten
Nummer oder sonstige Bezeichnung, Stückzahl, Kennart-Kurswert
s. Anlage 4 a-b RM 7682.--

3. Briefe und Wertpapiere, die nicht bei Goldanstalten liegen
Höhe bzw. Nenn- und Kurswert, Aufbewahrungsort:

4. Einiglich gesicherte Forderungen
(ohne Rentenschulden, grundstücksgleiche Rechte und
persönliche beschränkte Dienstbarkeiten wie Nieß-
brauch, Wohn- oder Altenteilrechte)
Buch- und Brief - Hypotheken bzw. -Grundschulden.
Art, Grundstück, Grundbuchbezeichnung (Band, Blatt, Abteilung)
Rang, Grundstückseigentümer, Verzinsung, Tilgungsbeträge,
Fälligkeit der Zinsen und Tilgungsbeträge:
s. Anlage 2 RM 10818,51

5. Sonstige Ansprüche
(ohne Gehalts-, Ruhegehalts- oder Rentenanprüche,
Sozialversicherungsrenten, Pensionsrechte, Patent-, Ur-
heber-, Erfindungs-, Betriebs- oder ähnliche Rechte, Ansprü-
che aus vertraglichen Mieten sowie Unterhaltsansprüche)
Kaufpreis- und Verlehnungsorderungen, Renteleistungen usw.

Sofort realisierbar?
(Vermerk der Bearbeitungs-
stelle)

6. Lebensversicherungen
(keine sonstigen Versicherungen)
Nummer der Police, Versicherungsgesellschaft, Höhe,
Fälligkeit, Rückkaufswert:

HEIMLICHE VERTRAG 2

Zwischen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
und
Herrn/Frau Walchheim / Eheleute. Leopold Israel u. Margarete Sara
Walchheim
wird folgender Heimkaufvertrag geschlossen:

a) Herr/Frau Walchheim / die Eheleute. Leopold Israel u. Margarete Sara
Walchheim
erkennen Folgendes an:

Da der Reichsvereinigung die Aufbringung der Mittel für die
Gesamtheit der gemeinschaftlich (in Theresienstadt) unterzu-
bringenden, auch der hilfsbedürftigen, Personen obliegt, ist
es Pflicht aller für die Gemeinschaftsunterbringung bestimmten
Personen, die über Vermögen verfügen, Zirkeln von ihnen an
die Reichsvereinigung zu entrichtenden Zinkaufbetrag nicht
nur die Kosten ihrer eigenen Unterbringung zu decken, sondern
darüber hinaus soweit als möglich auch die Mittel zur Ver-
sorgung der Hilfsbedürftigen aufzubringen.

b) Herr/Frau Walchheim / die Eheleute. Walchheim
kauft/kauften sich am. 20.11.42... ab in die Gemeinschafts-
unterbringung mit einem Betrag von. 18.500.- RM
(in Worten. achttausendfünfhundert et. 61/100 RM) ein.

2.

Der Zinkaufbetrag soll wie folgt entrichtet:

a) in bar: RM.....

b) durch die- hiermit - mit beiliegendes Urkunde-
vollzogene Abtretung von

Wertpapiere in Höhe von v. RM 7.500.-
Abtretung einer Ford v. v. 10.518.51

3.

In die Gemeinschaftsunterbringung können nur Gegenstände nach
Maßgabe beidseitiger Weisungen eingebracht werden.

7. Sonstige bewegliche Vermögenswerte:
(ohne Wohnungseinrichtungen - und Kunstgegenstände, Gold- und Silberwaren, Schmuck, Juwelen, Sammlungen, Wäsche, Bekleidungsstücke, Hausrat)

8. Höhe des (in Ziffern 1 - 7) angegebenen Vermögens:

RM 19000,- M. Alter 41

9. Notwendiger monatlicher Lebensunterhalt
so weit er aus dem beweglichen Vermögen (also zum Beispiel, nicht aus Mieteinnahmen) bestritten werden muss:
Zur Auszufüllen, falls Beilegung erforderlich

Ich erkläre ausdrücklich, dass ich meine vorstehenden Angaben nach bestem Wissen gemacht und dabei nichts verschwiegen habe. Ich bin mir bewusst, dass unrichtige oder unvollständige Angaben behördliche Massnahmen zur Folge haben.

Es ist mir bekannt, dass die in dieser Heimeinkauf - Vermögenserklärung enthaltenen Angaben über Vermögenswerte, die nach Abschluss des Heimeinkaufvertrages als Einkaufsbetrag auf die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland übertragen werden, in die vor der Abgabe abgabende amtliche Vermögenserklärung nicht aufgenommen werden dürfen.

..... Leipzig, den 7.9. 1942

(Unterschrift)

Jude/Kennort: Leipzig, Kenn-Nummer A-51381
Anschrift:

Margarete von Helldorf
Jude/Kennort Leipzig, Kenn-Nummer A-51382

- 4 -

Auszufüllen durch die Bearbeitungsstelle

G. Berechnung des Einkaufsbetrags

1. Konten	RM	482, --
2. Wertpapierdepots Kurswert	RM	—
3. Barmittel und Wertpapiere, die nicht bei Goldanstalten liegen	RM	—
4. Rückkaufwert von Lebensversicherungen	RM	—
5. Einglich gesicherte Forderungen	RM	20518,17
6. Sonstige sofort realisierbare Ansprüche	RM	—
7. Sonstige bewegliche Vermögenswerte	RM	—

8. Höhe des beweglichen Vermögens... RM 20500,17

a b c g l i c h

B 9. Notwendiger Lebensunterhalt, der genauiffer 42 der Richtlinien zu belassen ist

RM

G Einkaufsbetrag

RM 10100,17

78

2 Die Deportationsopfer aus Leipzig: Fallbeispiele

Paul Michael, Dr. Otto Michael Barnet Licht



Paul Michael
(Privatbesitz Hubert Lang,
Leipzig)



Dr. med. Otto Michael
(Privatbesitz Hubert Lang,
Leipzig)

Paul Michael, ein Bruder von Margarete Waldheim, gehörte am 19. September 1942 zu den Transportopfern. Er wurde am 3. Juni 1876 in Leipzig geboren. Bis 1936 lebte Paul Michael in Erfurt, wo er 1933 als Reichsbahnoberrat entlassen worden war. Sein Zwillingsbruder, Dr. med. Otto Michael, war der letzte Chefarzt am Israelitischen Krankenhaus. Er wurde am 18. Juni 1943 nach Theresienstadt deportiert und ist dort am 15. Juni 1944 gestorben. Die Vierte unter den Geschwistern war Antonie Michael, geboren am 12. Juli 1874 in Leipzig. Sie wurde höchstwahrscheinlich ein Opfer der Euthanasie in Sachsen. Einziger Überlebender der vier Geschwister war Paul Michael.

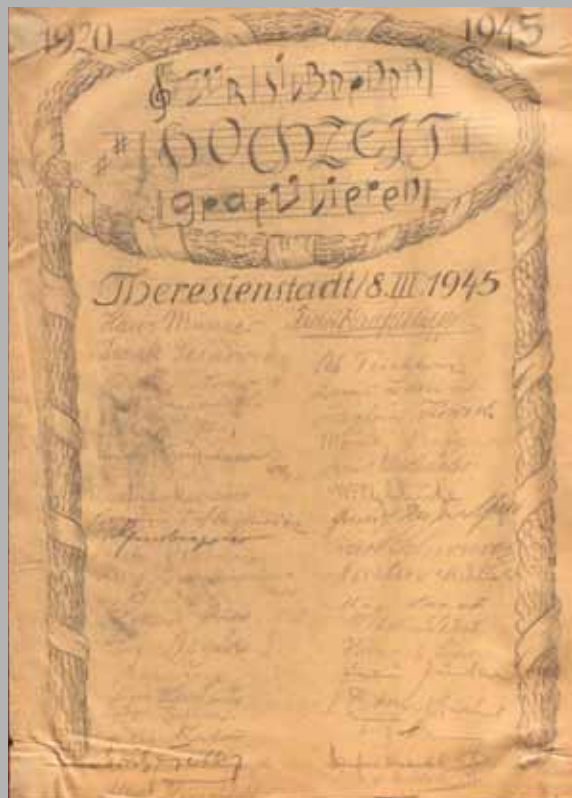
Auszug aus den Lebenserinnerungen von Paul Michael:

„Als wir, d.h. das Ehepaar Waldheim und ich, am 19. September 1942, also an Pöllings [Leopold Waldheim] Geburtstag, nach Theresienstadt abtransportiert waren und Pölling dort in einem Blindenheim untergebracht werden sollte, erwirkte Grete [Margarete Waldheim] durch Beharrlichkeit die Erlaubnis, bei ihm bleiben zu dürfen. Hätte sie es doch nicht getan! Denn im Dezember desselben Jahres starb Pölling im 78. Lebensjahr an der im Lager endemisch herrschenden Enteritis, und nun hatte das Schicksal das Grausamste für Grete aufgespart: Infolge des Massensterbens blieb die Leiche ihres geliebten Mannes noch drei Tage neben ihrer Lagerstatt liegen. Im Mai darauf starb sie selbst an Stomatitis, Mundfäule, durch die ihre Zunge so anschwellte, daß sie den ganzen Gaumen ausfüllte und ihren Tod äußerst qualvoll machte.“

Am 14. Februar 1945 wurden der bekannte Leipziger Chorleiter Barnet Licht und der Maler Ernst Kaufmann nach Theresienstadt deportiert. Im Sommer 1945 konnten sie nach Leipzig zurückkehren.



Barnet Licht, Zeichnung von Ernst Kaufmann im
Sonderghetto Theresienstadt
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)



Festgabe für Barnet Licht, Bleistiftzeichnung von Ernst Kaufmann im Sonderghetto Theresienstadt mit den Unterschriften der aus Leipzig deportierten Juden
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)

2 Die Deportationsopfer aus Leipzig: Fallbeispiele

Familie Bruckmann



Familie Bruckmann
(Privatbesitz Edith Roemer,
München, ebenfalls nebenstehende Briefe)

Das Ehepaar Sally und Gerta Bruckmann wurde mit ihren Kindern Siegfried (geb. 24. Mai 1925), Günther (geb. 30. November 1927) und Waltraut (geb. 30. Januar 1930) am 10. Mai 1942 nach Bełżyce deportiert. Sally Bruckmann (geb. 22. August 1890 in Xanten) war von 1912 bis 1918 Religionslehrer an der Höheren Israelitischen Bürgerschule in Leipzig. Nach der Heirat ließ sich das Ehepaar in der Geburtsstadt von Gerta (geborene Baum, geb. 13. Juni 1892 im bayrischen Nabburg) nieder. Der älteste Sohn Werner konnte 1936 nach Palästina emigrieren. 1939 zog die Familie von Nabburg nach Leipzig um. Sally Bruckmann wurde Lehrerin an der Jüdischen Volksschule. Günther Bruckmann wurde in Majdanek ermordet, die anderen Familienangehörigen starben 1942 wahrscheinlich in Bełżyce.

Auszug aus einem Brief von Gerta Bruckmann aus dem Ghetto Bełżyce, 20. Juni 1942:

„Wenn es regnet, das tut es sehr oft, ist es sehr kalt und dieser furchtbare Schlamm. [...] Gretel. Das Weibchen ist nicht zum Wiedererkennen: ruhig und traurig. Es tut uns sehr weh, das winzige blasse Gesicht. Sie liegt oft aus Hunger und Schwäche und friert, eben zu wenig Nahrung und dabei hat sie nie viel gegessen. Die Buben arbeiten täglich für andere, damit sie eine Kleinigkeit verdienen, wenn sie nicht Pflichtarbeit haben. Unser Papa ist so mager geworden. [...] Betet täglich für uns, es ist so dringend nötig. Möchte uns doch der I. Gott Kraft geben.“

Auszug aus einem Brief von Sally Bruckmann aus dem Ghetto Bełżyce, 26. August 1942:

„Wir sind heute, nach einer fast 6 wöchentlichen, völlig ungenügenden Ernährung ohne jeden Fettzusatz, so geschwächt, dass uns jeder notwendige Gang zu einer physischen Qual wird. Unsere Waltraud ist nicht wiederzuerkennen, ein Skelett, das vor Müdigkeit und Hunger fast immer auf der Strohmattlage liegt. Friedl hat, hervorgerufen durch die unzureichende Ernährung, eine sehr schmerzhaft Furunkulose, Günter aus gleicher Ursache Gelbsucht, und unsere arme Mutti von einem Fliegenstich in der oberen rechten Schulter ein Karbunkel, so bösartig und schmerzhaft, dass sie nachts ohne Schlaf daliegt und stöhnt und jammert. [...] Es wird einem durch all das, was das schwere Leben noch viel unerträglicher macht, sehr schwer an die Allbarmherzigkeit und Güte des himmlischen Vaters zu glauben. Die Frage, was haben gerade wir verbrochen, dass wir so leiden müssen, wird immer lauter, immer brennender, und niemand ist da, der sie beantwortet.“

Handwritten: +Leibgeb. 10.5.42 Bełżyce

TRANSPORT-LISTE					
Transp. Nr.	Nr. u. Name	geb.am: in:	Staats- angeh. (frühere)	Beruf	Wohnung
255.	Bruckmann, Sally I.	22.8.90 Xanten	St.N.	Lehrer	Jacobstr.7,1
256.	Bruckmann, Gerta Gerta geb. Baum	13.6.92 Nabburg/Bay.	St.N.	ohne	Jacobstr.7,1
257.	Bruckmann, Siegfried Anton I.	24.5.25 Nabburg/Bay.	St.N.	Hilfsarbeiter	Jacobstr.7,1
258.	Bruckmann, Günther I.	30.11.27 Nabburg/Bay.	St.N.	Hilfsarbeiter	Jacobstr.7,1
259.	Bruckmann, Waltraut	30.1.30 Nabburg/Bay.	St.N.	Schülerin	Jacobstr.7,1

Handwritten: 9.5.42

Auszug aus der Transportliste vom 10. Mai 1942 mit den Namen der Bruckmanns (Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig)

3
Flucht in den Tod
Käthi und Feodor Lewin
Ella Löwenberg

Am Dienstag, dem 1. September 1942, erhielten Käthi und Feodor Lewin und die Schwester bzw. Schwägerin Ella Löwenberg von der Jüdischen Gemeinde die Mitteilung, dass ihre „Evakuierung“ nach Theresienstadt vorgesehen war, und sie sich am 3. September im Gemeindebüro zur Regelung der Formalitäten einfinden sollten. Ihr Entschluss hatte schon länger festgestanden. Bereits nach dem ersten Transport aus Leipzig am 21. Januar 1942 hatten sie gegenüber Dritten die Absicht geäußert, im Falle ihrer Deportation aus dem Leben zu scheiden, und sich darauf vorbereitet.

In der Nacht vom 2. zum 3. September 1942 vergifteten sie sich mit Arzneimitteln. Während Käthi Lewin in der Nacht verstarb, fielen Feodor Lewin und Ella Löwenberg ins Koma. Sie starben wenig später im Jüdischen Krankenhaus. Zwischen dem 2. und 17. September 1942 schieden mindestens weitere fünf zum Transport vorgesehene Männer und Frauen aus dem Leben.

Auszug aus der Transportliste nach Theresienstadt
am 12. September 1942
(Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig)

Transp. Nr.	N a m e u. Vorname	- 23 - geb. am in	Staats- angeh. (frühere)	Beruf	Wohnung
235. ✓	Levy, geb. Hanna, An- guste S.	17.5.67 Hannovers	Dt. R.	ohne	Pfirberstr. 11, Vorderh.
236. +	Levy, Eugen I.	7.4.76 Graz/Louis	Dt. R.	Hilfsar- beiter	Humboldt- str. 21, 2. Bdg.
237. +	Levy, Josef I.	21.5.96 Oberdollendorf	Dt. R.	Arbeiter	Hordstr. 11, II
238. +	Levy geb. Löwenstein Clara S.	14.10.00 Olsherg/Westf.	Dt. R.	Kinder- gärtnerin	Hordstr. 11, II
239. ✓	Lewin, Aron Moses I.	7.8.74 Aue	staatenlos (Russl.)	Arbeiter	Gustav Adolf- str. 7 E. 4. B.
240. ✓	Lewin geb. Gillowen Hanna S.	20.5.74 Hannover	staatenlos (Russl.)	ohne	Gustav Adolf- str. 7 E. 4. B.
241. ✓	Lewin geb. Hermann Ester S.	28.7.88 Hannover H. Angerburg	Dt. R.	ohne	Humboldt- str. 13 E. 4
242.	Lewin Feodor I.	17.6.68 Sibilla	Dt. R.	ohne	Jacobstr. 7, II
243.	Lewin geb. Leontel, Käthi, Charo- line S.	1.11.78 Hannover	Dt. R.	ohne	Jacobstr. 7, II
244. ✓	Lewin, Feo- dor	7.2.65 Hannover	Dt. R.	ohne	Pfirberstr. 11 Hinterh.

Transp. Nr.	N a m e u. Vorname	- 25 - geb. am in	Staatsan- geh.r. (frühere)	Beruf	Wohnung
255. ✓	Lösche, geb. Hilke S.	8.12.75 Hildburg- hausen	Dt. R.	ohne	Auenstr. 14 Hinterh.
256.	Löwenberg, geb. Löwen- stein Ella S.	26.9.74 Hannover	Dt. R.	ohne	Jacobstr. 7, II
257. +	Löwenstein geb. Friede- rike S.	23.10.57 Leipzig	Dt. R.	ohne	Pfirberstr. 11 Vorderh.
258. ✓	Löwi, Ignatz Hermann I.	5.1.80 Graz/Louis	Dt. R.	Hilfsar- beiter	Keilstr. 5, II
259. ✓	Löwi geb. Obermayer, Jenny S.	15.4.88 Wien	Dt. R.	ohne	Keilstr. 5, II
260. ✓	Lohmeyer geb. Baruch Kalle S.	10.5.72 Cherock	staatenlos (Polen)	ohne	Humboldtstr. 21, II
261. ✓	Luski, Jakob I.	15.3.75 Wilna	staatenlos (Russl.)	Hilfsar- beiter	Gustav- adolfstr. 7 E. 4
262. ✓	Lustig, Bernhard I.	7.9.62 Unslieben	Dt. R.	ohne	Auenstr. 14 Hinterh.
263. +	Mann, geb. Sie- beth S. Hellenstedt	10.11.67 Hannover	Dt. R.	ohne	Humboldt- str. 13 E. 2
264. ✓	Magnuschof Abraham I.	18.12.67 Schulitz	Dt. R.	ohne	Humboldt- str. 13, IV
265. ✓	Magnuschof geb. Lippmann, Hilda S.	24.11.73 Schulitz	Dt. R.	ohne	Humboldt- str. 13, IV

Der Polizeipräsident Leipzig Leipzig am 4. Sep. 1942

07/E-11K.13 469/42.

Anzeige über die Aufhebung eines Toten. 4. Sep. 1942

(Entscheidung vom 4. Januar 1937 (DVL I & II))

B.

1. Ort der Auffindung (mit Angabe des Gemeindeforts): Leipzig - 81, Jakobstr. 7, II in der Hofung.

2. Jahr, Tag und Stunde der Auffindung: 1942, am 3. September vormitags 9 Uhr.

3. Ort mit Angabe des Besatzungsbezirks, wo sich der Leichnam, Scharfhand oder der Scharfhand befindet: kein zu 1.

4. Jahr, Tag und Stunde des Unfalls, Selbstmordes oder Sterbefalles: kein zu 2.

5. Ort des Unfalls: kein zu 1.

6. Jahr, Tag und Stunde des Unfalls: kein zu 2.

7. Des Toten:

a) Vorname und Familienname: Caroline Käthi Lewin geb. Löwenstein

b) Geburtsort und Geburtsjahr: 1. 11. 1878

c) Geburtsort: Hannover

d) Staatsangehörigkeit: deutsch

e) Religion: ev.

f) Beruf: kein

g) Wohnort: Leipzig - 81, Jakobstr. 7, II

Formular „Anzeige über Aufhebung eines Toten“
(Sächsisches Staatsarchiv Leipzig)

Todesanzeige Feodor Lewin Leichenbestattungsschein Käthi Lewin
(Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig)

Sofort abzugeben: Friedhofsamt, Friedhofsweg 3

Geöffnet: Montage bis Freitag von 9-12 Uhr, Samstag von 9-12 Uhr, am Feiertagen nur, wenn 2 oder 3 Feiertage aufeinander folgen, am 2. Feiertage von 10-12 Uhr. Sonstige Feiertage: 1. Sonntag, 2. Sonntag, 3. Sonntag

Nachrichte angeht.

Todesanzeige

Bei Überführung nach dem israelitischen Friedhofe.

Namen des Verstorbenen: Lewin, Feodor Israel

Stand: ohne

Wohnung: Leipzig G. 1, Jakobstr. 7

Geburtsort, -tag und -jahr: 17.6.68 in Sibilla

Tag und Stunde des Todes: 5. September 1942 10.20 Uhr

Alter: 74 Jahre 2 Monate 18 Tage. Sterbungs-Nr. 1000

Todesursache: Schlafmittelvergiftung

Name des Vaters bzw. der Mutter: Hermann I. Löwi

Stand des Vaters bzw. der Mutter: ohne

Nachrichte angeht: nach dem Tode

Name der Bestattungsgesellschaft: Fritz Mandke

Überführt nach: Berlinerstr. 120 24.9.42

Bestattungstag und -ort auf dem Friedhofe: am 17. 11. 42

12. Gelegenheit, bei der sich der Unfall ereignete (bei Ausübung des eigenen Berufes, beim Spiel oder Sport, beim Gehen in verkehrsreichen Straßen, erkrankungsmäßig in der Trunkenheit, vernünftig in der Trunkenheit usw.):

13. Ursache des Unfalls:

14. Vingt unzweifelhaft Selbstmord vor?

15. Beweggründe des Selbstmordes: Dringender Lebenskampf.

16. Vingt der Verdacht einer schuldigen Tötung durch fremde Hand vor?

17. Vingt der Verdacht einer absichtlichen Tötung durch fremde Hand vor?

18. Ist der Leichnam an eine Leichenhalle abgeliefert worden, oder aus welchem Grunde ist das nicht geschehen?

19. Bestattungsart (Grb- oder Feuerbestattung): Feuerbestattung

20. Zeit der amtlichen Aufhebung nach Jahr, Tag und Stunde:

21. Ist die Bestattung der Aufhebungsschein beantragt worden?

a) Des Antragstellers Vorname und Familienname:

b) Beruf:

c) Wohnort (Straße und Hausnummer):

22. Ist der Antragsteller

a) den Toten selbst gefunden?

b) der Leiche die erste Anzeige erhalten?

c) War der Antragsteller zur Anzeige verpflichtet?

Leichenbestattungsschein

(für weibliche Erwachsene über 14 Jahre).

1. Name und Beruf der Verstorbenen: Lewin, Käthi, geb. Löwenstein

2. Geburtsort und -jahr: 1. 11. 1878

3. Familienstand (verheiratet, geschieden, verwitwet):

4. Ist die Verstorbenen in den letzten letzten Jahren geistig gesund gewesen, oder war sie geistig krank?

5. Bestattungsort (Grb- oder Feuerbestattung): Feuerbestattung

6. Bestattungsort (Grb- oder Feuerbestattung): Feuerbestattung

7. Tag und Stunde des Todes: 5. September 1942 10.20 Uhr

8. Name des Bestattungsgesellschafts: Fritz Mandke

9. Name des Bestattungsgesellschafts: Fritz Mandke

10. Tag und Stunde des Todes: 5. September 1942 10.20 Uhr

11. Ist der Bestattungsgesellschafts: Fritz Mandke

12. Ist der Bestattungsgesellschafts: Fritz Mandke

4 Überleben in Verstecken
Gerettete und ihre Retter



Polnischer Pass von Käthe Leibel
(Privatbesitz Jochen Leibel)

- 6 -					
Transp.- Nr.	S a m e und Varnam	geb. am in	Staats- angeh. (frühere)	Beruf	Wohnung
24.	Kosterlitz geb. Hanes Stephanie S.	19. 5. 19 Berlin	Dt. R.	Polenli- berin	alter Mühl- str. 10, Erdg.
25.	Kraus geb. Gullemann Käte H.	17. 3. 07 Posen	Dt. R.	Sekre- tärin	Fürberstr. 11, Vhs, III.
26.	Kraus Helf I.	24. 3. 34 Leipzig	Dt. R.	ohne	* *
27.	Kreuthammer Berita I.	22. 9. 00 Leipzig	staatl. Hilfs- (Oesterr.)	arbeiter	Gust. Adolf-Str. 7 IV
28.	Kraus Toni S. geb. Oehsen- haus	8. 10. 97 Leipzig	Dt. R.	Hilfs- arbeiterin	Gust. Adolf-Str. 7 I
29.	Kuch geb. Leibstein Josephine H. Helia S.	17. 12. 06 Leipzig	staatl. Hilfs- (Oesterr.)	arbeiterin	Gust. Adolf-Str. 7 I
30.	Leibel Käte S.	11. 2. 14 Leipzig	staatl. Stoffli- (Polen) rerin	Gr. Fleischergasse 20, II.	
31.	Leibel Richard I.	6. 6. 40 Leipzig	staatl. ohne		
32.	Levy Lavin Jul. Herta I.	9. 6. 02 Hannover	Dt. R.	Hilfs- arbeiter	Reichsstr. 1, Erdg. III.
33.	Levy geb. Becker Margot S.	5. 3. 03 Saargau	Dt. R.	Hilfs- arbeiterin	* *
34.	Liebhenschel geb. Beck Irma S.	1. 7. 03 Hilons	Dt. R.	Arbeiterin	Wend Gusten- Adolf-Str. 7

Auszug aus Transportliste
vom 17. Februar 1943
(Israelitische Religionsgemeinde
zu Leipzig)

Käthe Leibel wurde am 11. Februar 1914 in Leipzig geboren, ihr Sohn Richard Joach-
im 6. Juni 1940. Der Vater war Nichtjude, eine Heirat daher aufgrund der „Nürn-
berger Gesetze“ ausgeschlossen, seine Identität durfte nicht bekannt werden.

Die erste Liste für den ersten Judentransport aus Leipzig enthielt auch die Namen
Käthe und Joachim Leibel. Als Arbeitskraft in einem kriegswichtigen Unterneh-
men erreichte Käthe Leibel die Streichung der Namen. Durch ihre Tätigkeit war
sie auch vor den nächsten Transporten relativ sicher. Im Februar 1943 jedoch er-
schienen die Namen Käthe und Joachim Leibel wieder auf einer Liste. Zwei Tage
vor dem Transporttermin tauchte Käthe Leibel mit ihren Sohn unter. In ihrem
Zimmer in der Großen Fleischergasse 28 hinterließ sie einen Abschiedsbrief, in
dem sie Selbstmord vortäuschte. Als aber Polizei und Gestapo keine Leichen
fanden und Gerüchte über eine mögliche Flucht kursierten, fahndeten sie nach
Käthe Leibel und ihrem Sohn.

Käthe Leibels Bekannte Johanna Landgraf hatte als erste von einer Möglichkeit
zum Untertauchen gesprochen. Sie suchte Rat bei Erich Zeigner, der wandte sich
an Pater Aurelius Arkenau. Käthe Leibel wurde im Dominikanerkloster in Leipzig-
Wahren versteckt, während ihr Sohn, der an Keuchhusten litt, für acht Wochen bei
Martha Philipp, die eine zweijährige Tochter hatte, untergebracht wurde. Käthe
Leibel erhielt dann die Identität der in Berlin bei einem Bombenangriff verstorbe-
nen Helga Rousseau. Sie wohnte mit ihrem Sohn bis zum Ende des Krieges unter
diesem Namen in Halle (Saale) bei der Familie Koch.

Dokument
Kennkarte
Helga Rousseau
(Privatbesitz
Jochen Leibel)



Jochen Leibel
im Alter von 2 Jahren
(Privatbesitz Jochen Leibel)



Aurelius Arkenau (li.)
(Privatbesitz Jochen Leibel)

Pater Aurelius Arkenau wurde am 7. Januar 1900 im oldenburgischen Essen als
Sohn eines Landwirts geboren. 1925 zum Priester geweiht, kam der katholische
Geistliche 1940 als Superior des St. Albert-Konvents in das Dominikanerkloster
nach Leipzig-Wahren.

In seinen Erinnerungen schilderte Arkenau ein Schlüsselerlebnis für sein Eintre-
ten für die Verfolgten des Nazi-Regimes. Etwa 1942 wurde er auf dem Bahnhof in
Magdeburg Zeuge, wie Gestapobeamte mit Hunden Juden hetzten und wie Vieh
in Waggons hineintrieben. In diesem Augenblick wurde sein Zorn gegen den Na-
tionalsozialismus so stark, dass er sich zum Handeln entschloss.



Johanna Landgraf
(Privatbesitz Jochen Leibel)



Johanna Landgraf während der
Ausstellungseröffnung
am 10. November 2006 im
Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig
(Foto: Hendrik M. Pampel)



Im so genannten Judenhaus Walter-Blümel-Straße 21 [heute Löhrstraße], von links: Else Freier, Rolf Kralovitz, Martha Kralovitz, dahinter Renate Freier, um 1941 (Privatbesitz Rolf Kralovitz)

Rolf Kralovitz wurde am 15. Juni 1925 in Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig als Sohn von Max und Martha Kralovitz geboren.

Seit 1941 musste Rolf Kralovitz Zwangsarbeit auf städtischen Friedhöfen leisten, außerdem war er als Aushilfe beim einzigen jüdischen Friseur Günther Pulvermacher in der Walter-Blümel-Straße 10 tätig. Am 11. Oktober 1943 wurde Rolf Kralovitz mit seiner Mutter und der Schwester Annemarie von der Gestapo verhaftet. Mutter und Schwester kamen in das Konzentrationslager Ravensbrück bzw. Auschwitz, Rolf Kralovitz nach Buchenwald. Rolf Kralovitz überlebte als einziger seiner Familie den Holocaust. Nach der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald kehrte er zunächst nach Leipzig zurück. Später wanderte er über München in die USA aus und lebte einige Zeit in New York. 1953 kehrte Rolf Kralovitz nach Deutschland zurück und übernahm in München die Position eines Produktionsleiters beim Fernsehen des Westdeutschen Rundfunks. 1976 erblindete er. Rolf Kralovitz lebt heute mit seiner Ehefrau Brigitte, geborene Meckauer, in Köln.

Im August 2006 berichtete Rolf Kralovitz über Erlebtes in den Jahren 1941 bis 1943. Es sind Erinnerungen über die Deportation der Juden aus Leipzig. Der Bericht von Rolf Kralovitz wurde aufgezeichnet. Für die Ausstellung „Der letzte Weg. Die Deportation der Juden aus Leipzig 1942–1945“ wurde ein knapp 12-minütiger Ausschnitt für eine Hör-Station erstellt.

Rolf Kralovitz:

„Im Januar 1942 wohnte ich mit meiner Mutter und meiner Schwester in der Löhrstraße (damals Walter-Blümel-Straße) 21 in einem Zimmer in einem so genannten Judenhaus. Es war an einem Sonntag, als ich von der Packhofstraße zur Nordstraße kam. Dort traf ich einen Jungen aus meiner Klasse von der Carlebach-Schule. Er begrüßte mich und fragte mich ob wir auch dabei sind. Ich fragte: „Bei was dabei?“ Er antwortete: „Weißt du das nicht?“ Ich gab zur Antwort: „Nein, ich weiß gar nichts.“ Darauf sagte der Junge: „Weißt du denn nicht, es sind doch heute Listen rausgekommen? Die Menschen werden alle fortgeschafft. Meine Familie ist nicht dabei.“ Ich verspürte große Angst. Ich sah Gestapobeamte durch die Straßen gehen. Ich bin in die Walter-Blümel-Straße in unser Zimmer gerannt und bin gleich wieder auf die Straße gelaufen. Ich ging in andere „Judenhäuser“. Unter den Menschen herrschte große Aufregung. Es wurden Rucksäcke und Koffer gepackt. Ich verabschiedete mich von Bekannten, deren Namen auf den Listen standen. Anwesende Mitarbeiter der Jüdischen Gemeinde baten mich, am nächsten Tag wieder zu kommen. Am Montag sollten die Menschen bereit stehen. Am Morgen kamen Gestapobeamte mit den Listen in die einzelnen Häuser und holten die Leute ab. Sie wurden zu Fuß in die nahegelegene 32. Volksschule in der Yorkstraße gebracht. Ich half mit, in der Turnhalle und in einigen Klassenzimmern im Erdgeschoss der Schule Stroh für Schlafstellen zu verteilen und das Gepäck zu tragen. Im Laufe des Montags kamen alle in das Schulgebäude. Sie mussten warten und wurden ärztlich untersucht, ob sie transportfähig waren. Dies waren natürlich alle, ob krank oder nicht. Schmuck und Silberbesteck mussten ja schon einige Jahre zuvor abgegeben werden. Jetzt mussten sie sogar die goldenen Trauringe abgeben.

Beim ersten Transport nach Riga gab es einige Firmen, die bei der Gestapo gesagt hatten, dass sie die Leute, ihre Arbeitskräfte, die die Gestapo verhaftet hatte, unbedingt brauchten, da sonst die Rüstungsaufträge nicht erfüllt werden konnten. Tatsächlich gab es eine größere Anzahl, vielleicht 30, 40 oder 50, genau weiß ich es nicht, Menschen, die bereits mit ihrem

Gepäck in der Schule waren und die dann im Laufe des Montags oder Dienstags freigelassen wurden und in die Firmen, für die sie zwangsverpflichtet waren, wieder zur Arbeit kamen. In diesen Firmen arbeiteten sie in so genannten Judenabteilungen. Juden durften ja nicht mit anderen zusammenarbeiten. Auch in kleineren Firmen, zum Beispiel auf dem Brühl durften die jüdischen Pelznäherinnen nicht mit den nichtjüdischen Kürschnern zusammenarbeiten, sondern in einem abgetrennten Arbeitsraum. Ich musste auf dem städtischen Ostfriedhof arbeiten. Auch dort waren die Arbeitsplätze getrennt. Wir hatten sogar eine Toilette, die gekennzeichnet war „Nur für Juden“. Da durften dann wieder die Nichtjuden nicht hin. Beim ersten Transport waren jüdische Zwangsarbeiter zurück gestellt worden. Beim zweiten und dritten Transport weiß ich es nicht mehr genau. Auf jeden Fall war eine solche Reklamation bei den nächsten Transporten kaum mehr möglich. Das glaube ich jedenfalls.

Ich erzähle die Geschichte mit dem Theresienstadt-Transport im September 1942. Damals sind wir, einige Jugendliche, unter anderen Detlef Zellner, an einem Sonntag, als die Leute wegkamen, in die Nordstraße zum Schulhof der 32. Volksschule gegangen. Ein Zugang zum Schulhof war auch von der Nordstraße. Wir gingen dann zum Zaun vom Schulhof, da wir erfahren hatten, dass die Menschen wegkamen. Es war am frühen Nachmittag des Sonntag. Wir wollten einigen Bekannten zuwinken. Da quietschten plötzlich Autoreifen und ein PKW hielt. Wir, etwa 8-10 meistens Jugendliche, wurden von Gestapobeamten verhaftet und in die Volksschule gebracht. Im Erdgeschoss des Schulgebäudes mussten wir uns mit dem Gesicht zur Wand aufstellen und standen dort längere Zeit. Wir wussten nicht, was mit uns geschieht. Nach vielleicht 1 bis 2 Stunden kam ein Gestapobeamter und befahl uns, mitzukommen. Wir mussten das Gepäck der Leute auf so genannte Überfallwagen der Polizei aufladen. Die Juden kamen einzeln aus dem Gang zwischen Schule und Turnhalle heraus. Darunter war auch eine Familie Kurzmantel. Es war ein Ehepaar mit ihrer 16-jährigen Tochter Fritz, einem hübschen Mädchen. Da war ein Gestapobeamter, der hatte die Tochter als Gehilfin ausgesucht und die ganze Zeit an seiner Seite gehabt. Er benahm sich gegenüber dem Mädchen anständig. Als ich nun am Ausgang der Schule stand, wir hatten das Gepäck bereits aufgeladen, da kam Frau Kurzman-

tel durch die Tür und hat tatsächlich dem Gestapobeamten die Hand gegeben und ihm Auf Wiedersehen gewünscht. Nach Frau Kurzmantel kam im Rollstuhl Ludwig Bamberger mit seiner Ehefrau Olla. Ich kannte Olla Bamberger sehr gut, sie war eine Freundin meiner Mutter. Als nun Olla Bamberger sah, wie Frau Kurzmantel dem Gestapobeamten die Hand gab, schrie sie diese an: „Sind Sie verrückt geworden. Was wollen Sie denn von dem Mann.“ Sie hat sich furchtbar aufgeregt. Ich staunte über den Mut von Frau Bamberger, vor der Gestapo das Verhalten von Frau Kurzmantel zu beanstanden.

In Leipzig wohnten einige Chinesen. Und es gab einige Fälle, dass eine Jüdin einen Chinesen geheiratet hat. Auch ein Fräulein Kaufmann hatte viel Geld an einen Chinesen bezahlt, damit dieser sie heiratete. Es ist aber nicht zur Heirat gekommen. Der Chineser hatte seine Zusage nicht eingehalten und Fräulein Kaufmann wurde auch nach Riga deportiert. Ich habe ihr das Gepäck von der Löhrstraße 21 zur Yorkstraße getragen. Fräulein Kaufmann, die etwas dick war, trug eine Handtasche. Aus dieser Tasche fiel plötzlich eine Schachtel mit Entfettungsspillen. Ich wollte noch von Herrn Weil erzählen. Dieser kam eines Tages zum Friseur Pulvermacher und war ganz traurig. Er erzählte, dass es jetzt soweit wäre. Er hatte an diesem Tag einen Gerichtstermin und wurde von seiner nichtjüdischen Frau geschieden. Er hatte Angst, da er nun nicht mehr in einer „Mischehe“ lebte und dadurch nicht mehr geschützt war. Er fürchtete nun, mit dem nächsten Transport fortgeschafft zu werden. Es war ja so, dass die Frauen zur Gestapo bestellt und aufgefordert wurden, sich von ihren jüdischen Männern scheiden zu lassen. Einige haben diesen Schritt getan, viele haben es nicht getan. Diesen Frauen ist es sehr hoch anzurechnen. Ich erinnere mich zum Beispiel noch an Martha Abramowitz und Erna Rosenthal.

Weil war ganz bedrückt. Ein, zwei Tage später, er wohnte in der Nordstraße 11, hat er sich aus dem zweiten Stock in den Hof gestürzt. Er war sofort tot. Ich war dabei, als er in den Sarg gelegt wurde, da ich bei den Beerdigungen von der Jüdischen Gemeinde aus mithelfen musste. Wir haben ihn zum Alten Friedhof rausgefahren. Es durfte ja nur noch auf dem Alten Jüdischen Friedhof in der Berliner Straße beerdigt werden. Auf dem Neuen Friedhof waren Beerdigungen verboten worden. Ich kenne aber nicht den Grund.

Im Oktober 1943 wurden meine Mutter, meine Schwester und ich verhaftet. Die anderen „Volljuden“ waren alle schon deportiert worden. Meine Mutter wollte sich von mir verabschieden. Da hat eine Gestapobeamtin sie an den Haaren von mir weggerissen. Meine Mutter, meine Schwester und die anderen Frauen und ein 3½-jähriges Kind wurden die neun Stufen zum Hof runtergestoßen. Da habe ich meine Mutter und meine Schwester zum letzten Mal gesehen. “



Mit diesem Koffer, den seine Tante Hedwig Burgheim in Leipzig zurückgelassen hatte, wanderte Rolf Kralovitz nach der Befreiung nach Amerika aus. (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)



13. – 17. Jahrhundert

Um 1250 Existenz einer jüdischen Siedlung („Juden-burg“) außerhalb der Stadtmauern

1349 Judenverfolgungen

1364 Neuansiedlungen in Leipzig

1423 Ersterwähnung einer Judengasse

Mitte des 15. Jh. Vertreibung der Juden

Seit Ende des 15. Jh. temporäre Anwesenheit von Juden zur Leipziger Messe

18. Jahrhundert

1710 Niederlassungsrecht für einen Hamburger Kaufmann mit Familienangehörigen als Münzjude. Beginn der neuzeitlichen Geschichte der Juden in Leipzig

1784 Promotion des jüdischen Medizinstudenten Salomon Hirsch Burgheim aus Burg an der Universität Leipzig

1785 In Leipzig lebten 38 Juden

19. Jahrhundert

1814 Konzessionierung des ersten jüdischen Friedhofes im Johannistal

1820 Einweihung der „Hamburg-Berliner-Synagoge“

1846 In Leipzig lebten 300 Juden

2. Juni 1847 Abschluss des Gründungsprozesses der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig

Februar 1848 Zulassung des ersten jüdischen Advokaten, Isidor Kaim

10. September 1855 Einweihung der Hauptsynagoge an der Gottschedstraße

1864 Einweihung des jüdischen Friedhofes an der Berliner Straße

1867 In Leipzig lebten 1150 Juden

1869 Gründung des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes in Leipzig

1874 Wahl von Moritz Kohner zum Stadtrat, der erste jüdische Stadtrat

Oktober 1892 Verbot des Schlachtens von Tieren ohne Betäubung in Sachsen (indirektes Schächtverbot)

1900 In Leipzig lebten 5500 Juden

20. Jahrhundert

1904 Einweihung der orthodoxen Brodter Synagoge in der Keilstraße 4

1913 Eröffnung der Höheren Israelitischen Schule in der Gustav-Adolf-Straße 7

1922 Einweihung der orthodoxen Ez-Chaim-Synagoge in der Otto-Schill-Straße/Apels Garten

1928 Einweihung des jüdischen Friedhofes an der Delitzscher Straße (heute Neuer Israelitischer Friedhof). Einweihung des Israelitischen Krankenhauses – Eitingon-Stiftung

1931 Einweihung des Israelitischen Altersheimes – Ariowitsch-Stiftung in Leipzig

Nach dem 30. Januar 1933: Der nationalsozialistische Antisemitismus wurde Staatsdoktrin

22. März 1933 Verordnung des Sächsischen Ministeriums des Innern über die Unzulässigkeit von Schlachtungen ohne Betäubung (Schächtverbot)

1. April 1933 Boykott gegen jüdische Geschäfte, Arztpraxen und Anwaltskanzleien

7. April 1933 „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“: Beamte jüdischer Herkunft werden aus dem Staatsdienst entlassen; „Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft“: Berufsverbote für Anwälte jüdischer Herkunft

Juli 1935 Zutrittsverbot für Juden in städtischen Freibädern

15. September 1935 Auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg wurden die so genannten „Nürnberger Gesetze“ beschlossen: „Reichsbürgergesetz“ und „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“

Ende 1935 In Leipzig wurden etwa 15 000 Einwohner als Juden verfolgt

9. November 1936 Abbruch des Denkmals für Felix Mendelssohn Bartholdy vor dem Gewandhaus im Leipziger Musikviertel

Juni 1937 Zwangsauffassung des jüdischen Friedhofes im Johannistal

26. April 1938 Verordnung über die Vermögensanmeldung ab 5000 Reichsmark für Juden

Juni 1938 Verhaftung von Juden in einer reichsweiten Aktion und Verschleppung in Konzentrationslager: In Leipzig wurden 45 Juden verhaftet, 31 im KZ Sachsenhausen inhaftiert

25. Juli 1938 Vierte Verordnung zum „Reichsbürgergesetz“: Berufsverbot für jüdische Ärzte ab 1. Oktober 1938, zur Behandlung von Juden sollten so genannte „Krankenbehandler“ zugelassen werden

27. September 1938 Fünfte Verordnung zum „Reichsbürgergesetz“: Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte ab 1. Dezember 1938, zur Rechtsvertretung von Juden sollten so genannte „Konsulenten“ zugelassen werden

28. Oktober 1938 In der so genannten „Polenaktion“ wurden 15 000 bis 17 000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit über die deutsch-polnische Grenze abgeschoben: darunter 1600 aus Leipzig, mehrere Hundert Juden fanden im Polnischen Generalkonsulat Zuflucht

9./10. November 1938 „Reichspogromnacht“: In Leipzig wurden zwei Synagogen zerstört, Brände in mehreren Gebäuden gelegt, Plünderungen in jüdischen Geschäften und Wohnungen, Verhaftung von etwa 550 Leipziger Juden

21. Februar 1939 Dritte Anordnung zur Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden: Juden deutscher Staatsangehörigkeit müssen alle Gegenstände aus Edelmetallen und Edelsteinen (mit Ausnahme des Eherings) abliefern, in Leipzig an das Städtische Leihhaus

30. April 1939 „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden“: Aufhebung des Mieterschutzes, Zwangszuweisungen in bestimmte Wohnungen

1. Juni 1939 In Leipzig wird im kommunalen Amt zur Förderung des Wohnungsbaues eine „Judenstelle“ errichtet, Beginn der Wohnraumkonzentration der Juden in so genannten „Judenhäusern“

September 1939 In Leipzig werden Juden polnischer Staatsangehörigkeit verhaftet und in die Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt

9./10. November 1939 Massenverhaftungen nach dem Attentat auf Hitler, in Leipzig wurden 98 Bürger, darunter 47 Juden, verhaftet

18. April 1940 Einführung des Arbeitszwangs für Juden durch die Leipziger Stadtverwaltung als erste Großstadt in Deutschland

1. September 1941 Polizeiverordnung über die Kennzeichnungspflicht deutscher Juden durch einen an der Oberbekleidung aufzunähenden gelben Stoffstern mit der Aufschrift „Jude“

15. Oktober 1941 Beginn der Deportationen von Juden aus dem „Reich“

20. Januar 1942 „Wannsee-Konferenz“ in Berlin zur Koordinierung der Maßnahmen zur Vernichtung der europäischen Juden

21. Januar 1942 Erster Transport von Juden aus Leipzig nach Riga. Es folgten Deportationen nach Belzyce (10. Mai 1942), „nach Osten“ (13. Juli 1942), nach Theresienstadt (19. September 1942), nach Theresienstadt/Auschwitz (17. Februar, 27. Februar und 18. Juni 1943), Theresienstadt (20. Juni 1943, 13. Januar 1944, 14. Februar 1945)

April 1945 Einmarsch amerikanischer Truppen in Leipzig, Kriegsende

Mai 1945 Jüdische Leipziger, Überlebende des Holocaust, errichteten eine neue Jüdische Gemeinde

28. Oktober 1945 Einweihung der Gemeindesynagoge der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig in der Keilstraße 4

Bis Ende 1945 Rückkehr von etwa 200 Überlebenden aus dem Sonderghetto Theresienstadt, dem Konzentrationslager Buchenwald und einigen anderen Lagern nach Leipzig

Mai 1948 Strafprozess gegen zwei Mitarbeiter der so genannten „Judenstelle“ der Leipziger Stadtverwaltung in der NS-Zeit, Urteil: 10 Jahre Gefängnis bzw. Zuchthaus

November/Dezember 1948 Strafprozess gegen ehemalige leitende Angestellte und Wachpersonal der Hugo-Schneider-AG (Hasag) aus dem Zweigbetrieb in Kamienna in Leipzig; vier Todesurteile wurden ausgesprochen

Februar 1949 Strafprozess gegen die Inhaber des Leipziger Versteigerungshauses Klemm wegen Bereicherung am Besitz von jüdischen Bürgern in der NS-Zeit, Urteil: 2 ½ Jahre sowie 2 Jahre Gefängnis

8. Mai 1951 Einweihung des Mahnmals auf dem Neuen Israelitischen Friedhof

Januar 1953 Flucht von Vorstandsmitgliedern der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig nach Westberlin; im Laufe des Jahres flüchteten etwa 70 jüdische Leipziger Einwohner in die Bundesrepublik

9. November 1955 Einweihung einer neuen Trauerhalle auf dem Neuen Israelitischen Friedhof

1962 Gründung des Leipziger Synagogalchors durch Oberkantor Werner Sander

10. November 1966 Einweihung eines Gedenksteines für die Opfer des Holocausts am Grundstück der 1938 zerstörten Hauptsynagoge in der Gottschedstraße

Mai 1991 Die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig zählte 35 Mitglieder

Juli 1991 Die ersten jüdischen Emigranten aus der früheren Sowjetunion wurden Mitglieder der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig

Juni 1995 Auftakt einer zweijährlich stattfindenden Jüdischen Woche „Schalom“

Januar 1998 Amtsantritt des ersten Rabbiners nach dem Holocaust als sächsischer Landesrabbiner

21. Jahrhundert

Juli 2001 Einweihung des Großen Mahnmals in der Gottschedstraße

Dezember 2005 Eröffnung des Thora-Zentrums der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig

Januar 2006 Eröffnung eines jüdischen Kindergartens

Juli 2007 Die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig zählt knapp 1300 Mitglieder.

Siebente Jüdische Woche „Schalom“, Eröffnung der Sonderausstellung „Arisierung“ in Leipzig *Verdrängt. Beraubt. Ermordet.* im Neubau des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig

Weiterführende Literatur

Antisemitismus in Sachsen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. v. d. Ephraim Carlebach Stiftung. Dresden 2004.

„Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis. Hrsg. v. Fritz-Bauer-Institut. Frankfurt/Main 2005.

„Arisierung“ in Leipzig. Annäherung an ein lange verdrängtes Kapitel der Stadtgeschichte. Hrsg. v. Monika Gibas. Leipzig 2007.

Bajohr, Frank: Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit. Frankfurt/ Main 2001.

Barkai, Avraham: Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1945. Frankfurt/ Main 1988.

Bausteine einer jüdischen Geschichte der Universität Leipzig. Hrsg. v. Stephan Wendehorst. Leipzig 2006.

Behrends, Rainer: Bankhaus Kroch. Die Fassade des ersten Hochhauses am Augustusplatz ist saniert worden. In: Leipziger Blätter 40. (2002), S. 10-13.

Bertram, Ellen: Menschen ohne Grabstein. Die aus Leipzig deportierten und ermordeten Juden. Leipzig, 2001.

Bucholtz, Erika: Henri Hinrichsen und der Musikverlag C. F. Peters. Deutsch-jüdisches Bürgertum in Leipzig von 1891 bis 1938. Tübingen 2001.

Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Leipzig. Aufstieg, Vernichtung und Neuanfang. Chemnitz/ Leipzig 1993.

Familie Eitingon und die Eitingon-Stiftung. Hrsg. v. Bürgerverein Waldstraßenviertel e.V. Leipzig 2006.

Fellmann, Walter: Der Leipziger Brühl. Geschichte und Geschichten des Rauchwarenhandels. Leipzig 1989.

Gauder, Dietmar: In der Geschichtsfalle, ohne es zu merken. Vornamengebung und jüdische Identität zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. Das Beispiel Leipzig. In: Geschichte als Falle. Deutschland und die jüdische Welt. Hrsg. v. Michael Wolffsohn u. Thomas Brechenmacher. Neuwied 2001, S. 45-82.

Geisenhainer, Katja: „Rasse ist Schicksal“. Otto Reche (1879–1966) – ein Leben als Anthropologe und Völkerkundler. Leipzig 2002.

Grubel, Fred: Schreib das auf eine Tafel die mit ihnen bleibt. Jüdisches Leben im 20. Jahrhundert. Wien/ Köln/ Weimar 1998.

Harmelin, Wilhelm: Brody, die alte Pelzstadt in Galizien. Ihre Bedeutung für die Leipziger Rauchwarenwirtschaft. In: Das Pelzgewerbe, Jg. XVII, NF, 1966, Nr. 4, S. 179-183.

Harmelin Preiskel, Rosemary: Sesshaft am Brühl. Die Harmelins – eine Kaufmannsfamilie in zwei Jahrhunderten. In: Leipziger Blätter 31 (1997), S. 41-45.

Held, Steffen: „Wir haben zwar heute an Stelle der einstigen 15.000 Juden nur noch etwa 1.000, dafür sind aber etwa 50.000 Ausländer aller Art hier“. Stadtverwaltung und Zwangsarbeit in Leipzig im Zweiten Weltkrieg. In: Leipziger Kalender. Hrsg. v. Stadtarchiv Leipzig. Leipzig 2002, S. 287-300.

Held, Steffen: Carl Goerdeler in Leipzig. Antisemitismus und Kommunalverwaltung 1933–1936. In: Leipziger Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur 1 (2003). Hrsg. von Dan Diner. München 2003, S. 283-310.

Held, Steffen: Von der Entrechtung zur Deportation. Die Juden in Sachsen. In: Sachsen in der NS-Zeit. Hrsg. v. Clemens Vollnhals. Leipzig 2002, S. 200-223.

Held, Steffen.: Zwischen Tradition und Vermächtnis. Die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig nach 1945. Hrsg. v. Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig. Hamburg 1995.

Herzog, Andreas: Theodor Fritschs Zeitschrift Hammer und der Aufbau des „Reichs-Hammerbundes“ als Instrument der antisemitischen völkischen Reformbewegung (1902–1914). In: Das bewegte Buch. Buchwesen und soziale, nationale und kulturelle Bewegungen um 1900. Hrsg. v. Andreas Herzog u. Mark Lehmstedt. Wiesbaden 1999, S. 153-182.

Herzog, Andreas: Das schwärzeste Kapitel der Buchstadt vor 1933. Theodor Fritsch, der „Altmeister der Bewegung“, wirkte in Leipzig. In: Leipziger Blätter 30 (1997), S. 56-58.

Herzog, Andreas: „Wie ein Gast zur Nacht“. Der jüdische Schriftsteller Schmuel Josef Agnon in der Buch- und Handelsstadt Leipzig. In: Leipziger Blätter 27 (1995), S. 81-83.

Hiltner-Hennenberg, Beate: Salomon Jadassohn: Komponist – Musiktheoretiker – Pianist – Pädagoge. Eine Dokumentation über einen vergessenen Leipziger jüdischen Musiker des 19. Jahrhunderts. Leipzig 1995.

Hinterthür, Bettina: Noten nach Plan. Die Musikverlage in der SBZ/DDR – Zensursystem, zentrale Planwirtschaft und deutsch-deutsche Beziehungen bis Anfang der 1960er Jahre. Stuttgart 2006.

Höppner, Solvejg: Jewish Immigration to Saxony 1834–1933 – an Overview. In: Jahrbuch des Simon-Dubnow- Instituts I (2002), S. 135-152.

Höppner, Solvejg: Der Talmud-Thora-Verein und die Etablierung des orthodoxen Kultus in der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig. In: Leipzig, Mitteldeutschland und Europa. Festgabe für Manfred Straube und Manfred Unger zum 70. Geburtstag. Hrsg. v. Hartmut Zwahr, Uwe Schirmer u. Henning Steinführer. Beucha 2000, S. 171-180.

Höppner, Solvejg: „Ostjude ist jeder, der nach mir kommt ...“. Jüdische Einwanderer in Sachsen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Werner Bramke u. Ulrich Heß. Leipzig 1998, S. 343-369.

Höppner, Solvejg/ Jahn, Manfred: Jüdische Vereine und Organisationen in Chemnitz, Dresden und Leipzig 1918–1933. Ein Überblick. Dresden 1997.

Hollitzer, Siegfried: Eugen Gollomb – Mosaiksteine zu einem Lebensbild. In: Forschungsstelle Judentum, Theologische Fakultät Leipzig, Mitteilungen und Beiträge 14 (April 1998), S. 4-25.

Hoyer, Siegfried: Judaistische Studien an der Universität Leipzig bis 1933. In: Leipzig, Mitteldeutschland und Europa. Festgabe für Manfred Straube und Manfred Unger zum 70. Geburtstag. Hrsg. v. Hartmut Zwahr, Uwe Schirmer u. Henning Steinführer. Beucha 2000, S. 211-217.

Hoyer, Siegfried: Die Verbindungen jüdischer Studenten an der Universität Leipzig vor dem Ersten Weltkrieg. In: GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte, Bd. 5. Köln 2001, S. 51-64.

Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig. Hrsg. von der Ephraim Carlebach Stiftung. Leipzig 1994.

Kabus, Sylvia: Wir waren die Letzten. Gespräche mit vertriebenen Leipziger Juden. Beucha 2003.

Kemp, Annerose: Henriette-Goldschmidt-Schule. Leipzig 2001.

Kemp, Annerose: „Wir haben Väter der Stadt, wo bleiben die Mütter?“ Zum Wirken von Henriette Goldschmidt. In: Bildung, Studium und Erwerbstätigkeit von Frauen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Hans-Martin Moderow u. Steffen Held. Beucha 2002, S. 63-74.

Kirchhof, Heike: Jüdisches Leben in Leipzig gestern – heute – morgen. Ein Literatur- und Bestandsverzeichnis der Rolf-Kralovitz-Bibliothek der Ephraim Carlebach Stiftung Leipzig. Leipzig 2006.

Kowalzik, Barbara: Lehrerbuch. Die Lehrer und Lehrerinnen des Leipziger jüdischen Schulwerks 1912–1914, vorgestellt in Biogrammen. Leipzig 2006.

Kowalzik, Barbara: Das jüdische Schulwerk in Leipzig 1912–1933. Köln, Weimar, Wien 2002.

Kowalzik, Barbara: Das Leipziger Jüdische Schulwerk in den Jahren 1938/39. In: Leipziger Kalender. Hrsg. vom Stadtarchiv Leipzig. Leipzig 2002, S. 227-260.

Kowalzik, Barbara: Das Grundstück Gustav-Adolf-Straße 7 – Mahnzeichen deutscher und jüdischer Geschichte. In: Leipzig, Mitteldeutschland und Europa. Festgabe für Manfred Straube und Manfred Unger zum 70. Geburtstag. Hrsg. v. Hartmut Zwahr, Uwe Schirmer u. Henning Steinführer. Beucha 2000, S. 193-211.

Kowalzik, Barbara: Jüdisches Erwerbsleben in der Inneren Nordvorstadt Leipzigs 1900–1933. Leipzig 1999.

Kowalzik, Barbara: Wir waren eure Nachbarn. Die Juden im Leipziger Waldstraßenviertel. Leipzig 1996.

Kralovitz, Rolf: Der gelbe Stern in Leipzig. Köln 1992.

Kreutner, Simson Jakob: Mein Leipzig. Gedenken an die Juden meiner Stadt, Leipzig 1992.

Laak, Dirk van: „Arisierung“ und Judenpolitik im „Dritten Reich“, Essen 2003 (www.geschichtskultur-ruhr.de/medien/liberary/dvlaak.pdf).

Lämmerhirt, Maike: Die jüdische Siedlung in Leipzig im Mittelalter, In: Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins e.V. Beucha 2006, S. 27-54.

Lang, Hubert: Juristen jüdischer Herkunft in Leipzig. In: 63. Deutscher Juristentag in Leipzig, Redaktionsbeilage. Frankfurt/Main 2000, S. 60-71.

Lang, Hubert: Martin Drucker – Das Ideal eines Rechtsanwalts. Hrsg. von der Ephraim Carlebach Stiftung. Leipzig 1997.

Lange, Bernd-Lutz: Ein Beitrag in den „Blättern“ und seine Folgen. In: Leipziger Blätter 40 (2002), S. VIII.

Lange, Bernd-Lutz: Davidstern und Weihnachtsbaum. Erinnerungen von Überlebenden. Leipzig 1992.

Lange, Bernd-Lutz: Jüdische Spuren in Leipzig. Ein Begleiter durch die Stadt. Leipzig 1993.

Lexikon des Holocaust. Hrsg. v. Wolfgang Benz. München 2002.

Löffler, Katrin: „Monument konfessioneller Gleichberechtigung“. In: Leipziger Blätter 47 (2005), S. 62-64.

Longerich, Peter: „Davon haben wir nichts gewußt!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945. München 2006.

Lorz, Andrea: Suchet der Stadt Bestes. Lebensbilder jüdischer Unternehmer aus Leipzig. Leipzig 1996.

Lorz, Andrea: Als Zivilcourage Heldentum war. In: Leipziger Blätter 49 (2006), S. 82f.

Lorz, Andrea: Die Erinnerung soll zum Guten reichen. Aus dem Leben und zu den Leistungen Leipziger jüdischer Ärzte. Leipzig 2005.

Lorz, Andrea: Schuhhaus H. Nordheimer. Lebensbilder jüdischer Unternehmer in Leipzig. Leipzig 2002.

Lorz, Andrea: Strebe vorwärts. Lebensbilder jüdischer Unternehmer in Leipzig. Leipzig 1999.

Lorz, Andrea: Suchet der Stadt Bestes. Lebensbilder jüdischer Unternehmer aus Leipzig. Leipzig 1996.

Middell, Katharina: Brody, Leipzig, Lyon: Europäische Handelsbeziehungen und ihre Träger (1770–1820). In: Leipzig, Mitteldeutschland und Europa. Festgabe für Manfred Straube und Manfred Unger zum 70. Geburtstag. Hrsg. v. Hartmut Zwahr, Uwe Schirmer u. Henning Steinführer. Beucha 2000, S. 531–544.

Molkenbuhr, Norbert: C. F. Peters 1800–2000. Ausgewählte Stationen einer Verlagsgeschichte. Leipzig 2001.

Musikstadt Leipzig im NS-Staat. Beiträge zu einem verdrängten Thema. Hrsg. v. Thomas Schinköth. Altenburg 1997.

Plowinski, Kerstin: Die jüdische Bevölkerung Leipzigs 1853–1925–1933. Sozialgeschichtliche Fallstudien zur Mitgliedschaft einer Großgemeinde. Phil. Diss., Leipzig 1991.

Plowinski, Kerstin: Möge ihm ein langes Leben beschieden sein. Seit vierzig Jahren hält der Leipziger Synagochor jüdisches Musikgut lebendig – seit dreißig Jahren unter Leitung von Helmut Klotz. In: Leipziger Blätter 40 (2002), S. 22f.

Reinhold, Josef: Noch gibt es Spuren. Zur Geschichte des ehemaligen israelitischen Friedhofs im Johannis-tal. In: Leipziger Blätter 40 (2002), S. 24–26.

Reinhold, Josef: Zwischen Aufbruch und Beharrung. Juden und jüdische Gemeinde in Leipzig während des 19. Jahrhunderts. Hrsg. von der Ephraim Carlebach Stiftung, Dresden 1999.

Reinhold, Josef: Die jüdische Bevölkerungsminorität in der Wirtschaft Sachsens zwischen Reichsgründung und NS-Herrschaft. In: Sächsische Heimatblätter 43 (1997), H. 1, S. 40–47.

Reinhold, Josef: Polen/Litauen auf den Leipziger Messen des 18. Jahrhunderts. Weimar 1971.

Sachsen in der NS-Zeit. Hrsg. v. Clemens Vollnhals. Leipzig 2002.

Schäbitz, Michael: Juden in Sachsen – jüdische Sachsen? Emanzipation, Akkulturation und Integration 1700–1914. Hannover 2006.

Schinköth, Thomas: Musik als Lebenshilfe: Barnet Licht. Altenburg 2000.

Schinköth, Thomas: „Es fehlt[e] diese Selbsterkenntnis: Ich bin ein Mensch – du bist ein Mensch“. Jüdische Musikerinnen und Musiker in Leipzig 1933–1945. In: Zwischen Ausgrenzung und Vernichtung. Jüdische Musikerinnen und Musiker in Leipzig und Frankfurt am Main 1933–1945. Leipzig 1996, S. 5–29.

Schinköth, Thomas: Jüdische Musiker in Leipzig 1855–1945. Altenburg 1994.

Spannuth, Jan Philipp: Rückerstattung Ost. Der Umgang der DDR mit dem „arisierten“ Eigentum der Juden und die Rückerstattung im Wiedervereinigten Deutschland. Essen 2007.

Unger, Manfred: Zu Antisemitismus und Judenverfolgung in Leipzig: Das Jahr 1935. In: Leipziger Kalender. Hrsg. vom Stadtarchiv Leipzig. Leipzig 1999, S. 291–312.

Unger, Manfred: Ein wahrhaft königlicher Kaufmann. Philipp Rosenthal – der zweite Gründer der Leipziger Messe. In: Leipziger Blätter 27 (1995), S. 90–92.

Unger, Manfred: Die Juden in Leipzig unter der Herrschaft des Nationalsozialismus. In: Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus. Hrsg. v. Arno Herzig u. Ina Lorenz in Zusammenarbeit mit Saskia Rohde. Hamburg 1992, S. 267–289.

Unger, Manfred/Lang, Hubert: Juden in Leipzig. Eine Dokumentation. Leipzig 1989.

Unger, Manfred: Die „Endlösung“ in Leipzig. Eine Dokumentation zur Judenverfolgung 1933–1945. In: Sächsische Heimatblätter, H. 8 (1961), S. 449–464.

Unger, Manfred: Die „Endlösung“ in Leipzig. Dokumente zur Geschichte der Judenverfolgung 1933–1945. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XI. Jg., (1963), H. 5, S. 941–957.

Voerkel, Stefan: Leere Stühle: Die neue Gedenkstätte für die verfolgten Leipziger Juden. In: Leipziger Blätter 39 (2001), S. 5.

Willingham, Robert Allen: Jews in Leipzig: Nationality and Community in the 20th Century. Austin, Univ. of Texas, Diss., 2005.
In: <http://dspace.lib.utexas.edu/bitstream/2152/847/1/willinghamr73843.pdf>.